Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark, durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig i. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig i. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848. Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Mittwoch, den 16. Dezember 1925** | **5. Jahrgang • Nr. 281**

Massensturm gegen Fürstenraub wächst

Arbeiter und Beamte der Post Merseburg für den Volksentscheid

Eine öffentliche Versammlung der Postler von Merseburg nahm am vergangenen Sonntag an folgende

Resolution:

„Die heute, am 13. Dezember, im „Tivoli" zu Merseburg stattfindende öffentliche Versammlung aller bei der Post beschäftigten Arbeiter und Beamten, einberufen von der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft, Mitgliedschaft im Deutschen Verkehrsbund, fordert, angesichts der rapid steigenden Erwerbslosenziffer sowie der schweren wirtschaftlichen Lage aller Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten, alle Arbeiterparteien, Gewerkschaften und sonstigen proletarischen Organisationen auf, sich restlos für den Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung und Enteignung aller Fürstenhäuser einzusetzen. Die Versammelten erheben schärfsten Protest dagegen, daß, währenddem man Hunderttausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten aus Sparsamkeitsrücksichten abgebaut hat, währenddem man alle Lohn- und Gehaltserhöhungen der Staatsarbeiter und Beamten ablehnt, den ehemaligen Fürsten Millionenwerte aus Mitteln der deutschen Republik, das heißt der Steuerzahler, ausgehändigt werden.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung — Keinen Pfennig den Fürsten

Beschluß der Erwerbslosen von Torgau

Eine Erwerbslosenversammlung am 12. Dezember in Torgau beschloß nachstehende Forderungen der KPD.- und SPD.-Fraktion im Reichstag zu unterbreiten:

1. Beide Fraktionen müssen Anträge für sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung einbringen und dafür eintreten.

2. Die Fraktionen haben dahingehend zu arbeiten, den Ländern die Durchführung in Sachen der Fürstenabfindung zu entziehen, ferner mit allen Mitteln sich für ein Reichsgesetz einzusetzen, das die restlose Enteignung der Fürsten vorsieht. Gelingt dieses Vorhaben nicht, muß der Volksentscheid herbeigeführt werden.

3. Das Reich hat sofort den Kreisen und Gemeinden Mittel zur Verfügung zu stellen, um Arbeiten in Angriff zu nehmen bei Tariflöhnen. **Erwerbslosenrat Torgau.**

Freie Gewerkschaften gegen Fürstenabfindung für Volksentscheid

Eine Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Steinarbeiter, Ortsgruppe Leipzig, befaßte sich mit dem Offenen Brief der KPD. an die SPD. und den ADGB. und beschloß einstimmig, alle Kräfte für einen Volksentscheid über die Fürstenabfindung einzusetzen.

•

Eine am 13. Dezember stattgefundene **Metallarbeiterversammlung der nordwestlichen Gruppe des DMV. in Düsseldorf**, nahm eine Entschließung einstimmig an, die sich scharf gegen das Verhalten der Gewerkschaftsbureaukratie in der Frage der Fürstenabfindung richtet. Verlangt wird, daß **die Forderungen der Kommunistischen Partei auf Volksentscheid von den Gewerkschaften unterstützt werden.**

•

Eine vom Ortsausschuß der freien Gewerkschaften Eydtkuhnen einberufene Versammlung nahm folgende Entschließung an:

„Die am 11. Dezember 1925 stattgefundene öffentliche Gewerkschaftsversammlung, einberufen vom Ortsausschuß Eydtkuhnen, verlangt, daß **alle Vermögenswerte der früheren Fürsten und ihrer Angehörigen ohne Entschädigung vom Staate beschlagnahmt und alle Zahlungen sofort eingestellt** werden. Um zu verhindern, daß dennoch das Reich oder die Länder den Fürsten und ihren Angehörigen Millionenwerte aushändigen, während hunderttausende Erwerbslose, Rentenempfänger, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene weiter hungern und im Elend umkommen, **fordert die Versammlung, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, vom ADGB., der SPD. und der KPD. sofortige Einleitung eines Volksentscheids**, betreffs entschädigungsloser Enteignung des gesamten Vermögens der ehemaligen Fürsten."

Sozialdemokratische Arbeiter für entschädigungslose Enteignung der Fürsten

Die Instanzen sabotieren

(Eig. Drahtm.) **Hamburg**, 16. Dezember.

In der Mitgliederversammlung des SPD.-Bezirks Elbeck von Hamburg wurde auf Antrag vor der Versammlung beschlossen, den Vortrag der sozialdemokratischen Bürgerschaftsmitgliedes Radloff über Handelsverträge und Zölle von der Tagesordnung abzusetzen und dafür die Frage der Abfindung der Fürstenhäuser zu behandeln. **Von dem Sozialdemokraten Black wurde ein Antrag eingebracht, der von der Partei die Forderung der entschädigungslosen Enteignung der ehemals regierenden Fürstenhäuser aufgestellt wissen will.** In der sehr lebhaften Diskussion unterstrichen sämtliche Redner gegen den Vorsitzenden Radloff den Antrag, der **einstimmig angenommen** wurde.

Die Fürstenabfindungsprozesse sollen fortgesetzt werden

„Rechtskräftige Millionen" für das Räuberpack

Der Rechtsausschuß widmete am **Dienstag** viele Stunden behaglichster theoretischer Diskussion der Frage der Auslegung des Artikels 72 der Reichsverfassung. Es handelte sich um die bei der Erledigung des Aufwertungsgesetzes streitig gewordene Frage, was unter den Worten „ein Drittel des Reichstages" zu verstehen ist: ein Drittel der anwesenden Reichstagsmitglieder in einer beschlußfähigen Sitzung oder ein Drittel aller vorhandenen Reichstagsmitglieder. Ueber diese praktisch bedeutungslose Frage unterhielten sich die gelehrten Herren den ganzen Vormittag und werden diese Unterhaltung auch Donnerstag, in der letzten Sitzung des Rechtsausschusses in diesem Jahre, fortsetzen. **Dagegen lehnten sie mit Entrüstung die Zumutung der Kommunisten ab, in dieser letzten Sitzung den dringenden Antrag auf Erlaß eines Sperrgesetzes mit Bezug auf die Fürstenabfindungsprozesse zu behandeln und dadurch zu verhindern, daß die monarchistischen Gerichte noch einen Monat freien Spielraum haben, um den habgierigen deutschen Exfürsten ihre unverschämten Wucherforderungen „rechtskräftig" zuzusprechen.** Gegen diese Zumutung wandten sich alle bürgerlichen Parteien; es stimmten dafür nur die **Kommunisten** und die **Sozialdemokraten.**

Welcher Weg führt zur kampffähigen proletarischen Einheitsfront gegen das Fürstenpack?

Halle, den 16. Dezember.

Die Beteiligung an einer, von einer einzelnen politischen Organisation einberufenen Aktion kommt für das hallische Gewerkschaftskartell nicht in Frage, solange die Arbeiterschaft politisch in mehrere Teile zerrissen ist. Im Interesse der gesamten Arbeiterschaft ist dringlichst zu wünschen, daß die gemeinsame Not auch zur politischen Einigung des Proletariats führen wird.

(Schlußsätze des Schreibens des Gewerkschaftskartells Halle an die Bezirksleitung der KPD.)

Es ist immerhin zu begrüßen, daß das Gewerkschaftskartell, **wenn** es sich auch nicht an mündlichen Verhandlungen entsprechend den Vorschlägen der KPD. beteiligt hat, eine **schriftliche Antwort** gegeben hat. Wir sind der Ueberzeugung, daß unsere Anfrage und die Antwort nicht eine Angelegenheit von Bureau zu Bureau ist, sondern etwas, was **der gesamten Arbeiterklasse unterbreitet** werden muß. Wir wollen daher kurz und präzise zu der Antwort des Gewerkschaftskartells, nur unter dem Hinblick des Nutzens für eine kampffähige proletarische Einheitsfront, Stellung nehmen.

Wenn das Gewerkschaftskartell von einer Aktion spricht, die nur von **einer einzelnen** politischen Organisation veranstaltet wird, so hatte es ja doch die Gelegenheit, durch das Zusammengehen mit der KPD. diese angebliche Aktion einer einzelnen Organisation umgestalten zu einer Aktion von proletarischen Organisationen. Es war ausdrücklich in der Einladung der KPD. vermerkt, daß die Kommunisten durchaus nicht erpicht sind darauf, daß nun die Demonstration am kommenden Sonntag unter ihrem Namen geht. Wir haben es vielmehr klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht, **daß wir eine gemeinsame Demonstration aller proletarischen Organisationen wünschen, möglichst mit gemeinsamem Aufruf, mit gemeinsamen Parolen und mit Stellung von Rednern von allen Seiten.**

Auch wir sind der Ansicht, daß, um der gemeinsamen Not zu steuern, eine politische Einigung des Proletariats erfolgen muß. **Aber wie denkt sich denn eigentlich das Gewerkschaftskartell diese politische Einigung, wenn es alles mögliche tat, um ja nicht ein einziges Mal eine politische Fühlungnahme der in den verschiedenen Parteien organisierten Proletarier zustandezubringen?** Wenn etwas seit der Revolution geeignet war, ein einiges Vorgehen des Proletariats herbeizuführen, so doch ganz sicher der **schamlose Fürstenraubzug, gegen den sich alle Proletarier ohne Unterschied der Partei einmütig wenden.** Und wenn die KPD. gerade wegen dieser Einmütigkeit den Vorschlag gemeinsamer Demonstrationen gemacht hat, so wird jeder Arbeiter einsehen, — dessen sind wir sicher — daß die Kommunisten diesmal wirklich etwas unternommen haben, **was den Gesamtinteressen des Proletariats entspricht.**

Ist etwa das Gewerkschaftskartell der Ansicht, daß eine Einigung des Proletariats durch bloße Verhandlungen am grünen Tisch zustande kommen könnte, dann tun uns die Führer des Gewerkschaftskartells in Halle leid wegen ihrer Illusionen! Wir sind unsererseits der Auffassung, daß eine **kampffähige** Einheitsfront des Proletariats nur zustande kommen kann **von unten her** dadurch, daß sich die Massen im wirklichen **praktischen** Kampf um ihre **proletarischen** Interessen finden. Und weil wir das wissen, deswegen unser Vorschlag der **gemeinsamen** Demonstration unter **gemeinsamen** Parolen.

Gerade unseren Vorschlag betrachten wir als den **allerersten** Schritt zu jener politischen Einigung des Proletariats, von der auch das Gewerkschaftskartell spricht. Und die Führer des Gewerkschaftskartells Halle sollten, statt daß sie rein theoretisch und allgemein von der Notwendigkeit der Einigung sprechen, endlich daran denken, wirklich die **allerminimalsten Vorbedingungen** dazu zu erfüllen.

Wenn in dem Schreiben des Kollegen Sorgenfrei darauf hingewiesen wird, daß ja der ADGB. schon die geeigneten Schritte unternehmen werde, und wenn beigefügt wird ein Schreiben, das das Gewerkschaftskartell an den ADGB. gesandt hat mit Forderungen in derselben Richtung, so sind die Erfahrungen der Arbeiter inbezug auf die in Berlin sitzenden Führer des ADGB. solche schlechten, daß **nicht einmal sozialdemokratische Arbeiter daran glauben, daß von oben herab, von der Führung des ADGB., irgendwie der Anstoß zur Massenaktion gegen den Fürstenraub kommen könnte.** Also diese „Beruhigungspille" hätte sich der Kollege Sorgenfrei ruhig ersparen können! Sie wirkt nicht einmal mehr auf sozialdemokratische Arbeiter, geschweige denn auf Kommunisten!

Wir werden unsererseits, ganz gleich, ob offene oder versteckte

Bettelpfennige, Hohn und Spott für die notleidenden Beamten

Der Regierungsantrag auf 30 Mark „Beihilfe" angenommen — Schamloser Umfall des Zentrums und der Demokraten — Die SPD. gehorcht dem Luther-Diktat

Die **Beamten** und **Kriegsopfer** sind nun auch, ebenso wie vor ihnen die Erwerbslosen **um eine Illusion** ärmer geworden. Wochenlang hatte der Haushaltausschuß des Reichstages, nachdem er die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge auf Hilfe für die Beamten abgelehnt hatte, dazu gebraucht, um auf einen **Zentrumsantrag** hin **die Erhöhung der Teuerungszulage auf 25 bzw. 20 Prozent für die unteren sechs Gruppen** zu beschließen. War aber schon der Beschluß des Haushaltausschusses im höchsten Maße unzureichend, so ist der Beschluß, der am Dienstag im Reichstag gefaßt wurde, **noch viel elender,** geradezu eine Verhöhnung der Beamtenschaft und eine Provokation für die Kriegsopfer.

Vom Dezember 1924 bis zum Dezember 1925 — **ein ganzes Jahr** hindurch! — hatte man den Beamten eine Gehaltserhöhung, den Kriegsopfern eine Erhöhung ihrer Hungerrenten in Aussicht gestellt **. . . um sie nun doch wiederum zu betrügen.**

An sozialen Phrasen, an Beteuerungen des sozialen Herzens hat es auch diesmal nicht gefehlt. **Der Reichskanzler Luther, der höchst persönlich den Kampf gegen die Beamten und Kriegsopfer leitete,** trat in einer ungeheuerlich provozierenden Weise gegen den bescheidenen Ausschußantrag auf und ließ keinen Zweifel darüber, daß die geschäftsführende Regierung ihn nicht durchführen werde, möge der Reichstag beschließen was er wolle.

Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Bayrische Volkspartei standen geschlossen hinter Luther. **Das Zentrum brachte es sogar fertig, seinen eigenen zum Beschluß des Haushaltausschusses erhobenen Antrag dadurch niederzustimmen, daß es mit dafür eintrat, den Regierungsantrag vor dem Ausschußantrag zur Abstimmung zu bringen.**

Die Sozialdemokraten hatten erst die kommunistische Fraktion bestürmt, nur ja für den Ausschußantrag einzutreten, obwohl dieser völlig unzureichend war. Ihre Redner hatten mehrfach so laut wie möglich beteuert, daß die Sozialdemokratie nicht dem Regierungsantrag zustimmen könne. **Nach einer Unterredung, die Hermann Müller und Wels mit Luther gehabt hatten, schwand ihr Widerstand gegen den skandalösen Regierungsantrag jedoch schnell dahin. Müller und Wels stimmten sogar mit den Deutschnationalen und dem Zentrum dafür, daß zuerst über den Regierungsantrag abgestimmt werden müsse, ohwar dadurch das Schicksal der Beamtenforderungen besiegelt wurde. Darauf ließ die sozialdemokratische Fraktion erklären, daß sie für den Regierungsantrag stimmen werde.** Die Forderungen der Beamten wurden also auch diesmal den Koalitionsinteressen der SPD. geopfert! Selbst einigen Sozialdemokraten war diese Haltung zu toll: **Rosenfeld, Levi, Toni Sender, Frau Wurm und andere verließen vor aller Augen den Saal, andere blieben bei der Abstimmung sitzen.**

Danach blieben für den Ausschußantrag nur die Kommunisten übrig, deren weitergehende Anträge schon vorher von allen Parteien abgelehnt worden waren.

(Siehe dazu auch Reichstagsbericht auf der 3. Seite.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251216-15/fragment/page=0001

Sabotage an unseren Bemühungen des Zustandebringens einer kämpfenden Einheitsfront des Proletariats betrieben wird, weiter alles tun, um endlich den Aufstieg des deutschen Proletariats zu ermöglichen. **Ob mit oder ohne SPD., ob mit oder ohne ADGB., wir werden weiter mobilisieren und organisieren, um einen Volksentscheid gegen den Fürstenraubzug als ersten Schritt praktischer Einheitsfront des Proletariats durchzuführen.**

Der Wortlaut des Antwortschreibens des Ortskartells Halle des ADGB. an die KPD.

Nachstehend im genauen Wortlaut das schon im vorhergehenden Artikel behandelte Schreiben des Ortskartells Halle des ADGB.:

An die
Kommunistische Partei Deutschlands
Bezirksleitung Halle

Werte Kollegen!

Wir haben mit Interesse von Ihrem Schreiben vom 11. Dezember 1925 Kenntnis genommen. Die Frage der Fürstenentschädigung hat den Vorstand des Ortsausschusses Halle bereits beschäftigt. Wir teilen Ihnen daher in der Anlage das auf Grund der Sitzung des Kartellvorstandes vom 3. Dezember 1925 an den Bundesvorstand gerichtete Schreiben mit.

Wir sind der Meinung, daß damit bereits dem erheblichsten Teil des in Ihrem Schreiben Erörterten Genüge getan ist. Es steht zu erwarten, daß der ADGB. seinerseits mit Nachdruck gegen das Unrecht sich wenden wird und die geeigneten Schritte unternimmt. Wir sind ferner der Meinung, daß die von den Spitzenorganisationen nunmehr einzuleitenden Maßnahmen die nachdrücklichste Förderung durch die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter erfahren werden.

Die Beteiligung an einer von einer einzelnen politischen Organisation einberufenen Aktion kommt für das hallische Gewerkschaftskartell nicht in Frage, solange die Arbeiterschaft politisch in mehrere Teile zerrissen ist.

Im Interesse der gesamten Arbeiterschaft ist dringlichst zu wünschen, daß die gemeinsame Not auch zur politischen Einigung des Proletariats führen wird.

Mit gewerkschaftlichem Gruß
Sorgenfrei

•

An
den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund
Berlin.

Werte Kollegen!

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft verschlechtert sich von Tag zu Tag. Betriebsstillegungen und Arbeiterentlassungen betreiben in immer weiterem Umfange die werktätigen Massen. Mittel zur Behebung der Not der Erwerbslosen und Notleidenden werden in nur unzureichendem Maße bereitgestellt. Ueberall wird auf die angebliche Mittellosigkeit des Reiches und der Länder hingewiesen.

Gleichwohl wird der Versuch gemacht, ohne Rücksicht auf die Notlage der leidenden Bevölkerung Milliarden an die überflüssigsten und volksfeindlichsten Menschen in Deutschland, nämlich an die ehemaligen Fürsten zu verschenken. Eine derartige Haltung eines Volkes und einer verantwortlichen Regierung ist eine in der Geschichte der Völker ungesehene Ironie. Gegen eine derartige würdelose und volksfeindliche Handlung erhebt sich mit Recht der Protest der werktätigen Massen.

Wir wenden uns daher an den Vorstand des ADGB. mit dem Ersuchen, alle verfügbaren Mittel zur Behinderung eines solchen schneidenden Unrechts einzusetzen.

Die Masse der organisierten Arbeiterschaft werden alle zur Abwendung dieses Unrechts geeigneten Maßnahmen mit Nachdruck unterstützen.

Mit Gruß Unterschrift.

„Grundsätzliches Einverständnis"

Unmittelbar vor Eintritt der Sozialdemokraten in die Große Koalition

(TU.) **Berlin, 15. Dezember.**

Im Reichstag wurde heute gegen 5 Uhr nachmittags von demokratischer Seite folgendes Kommunique ausgegeben:

Die Führer der Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Bayrischen Volkspartei, des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten verhandelten heute über das vom Abgeordneten Koch aufgestellte Programm. Es ergab sich grundsätzliches Einverständnis. Es wurde aber vorbehalten, daß die Fraktionen, die heute abend zusammentreten, noch Erwägungen oder Klarstellungen verlangen können. Die Führer treten morgen vormittag zu abschließender Beratung erneut zusammen.

Kochs Programm

Die sozialdemokratischen Führer zieren sich noch ein Weilchen

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 16. Dezember.**

Die offizielle Mitteilung über die gestrigen Verhandlungen der Vertreter der Volkspartei, Bayrischen Volkspartei, Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten ergab, daß sich **ein grundsätzliches Einverständnis über das von Koch aufgestellte Programm** ergeben hat. Die Richtlinien des Abgeordneten Koch wurden auf Wunsch aller an den Verhandlungen beteiligten Parteien vertraulich behandelt, doch veröffentlichte die „Vossische Zeitung" einige Punkte darüber. Danach besagt das Programm Kochs: Wahrung der Staatsform, ihrer Verfassung und Bekämpfung aller umstürzlerischen Bestrebungen, **Bekenntnis zur Politik von Locarno.** Zur Steuerpolitik wird festgestellt, daß eine abschließende Stellungnahme zu den Einzelheiten der Steuergesetzgebung im Augenblick nicht möglich sei. Ein Sachverständigenausschuß der Regierung der Großen Koalition hat die Aufgabe, Vorschläge für eine „gerechte Verteilung" der Steuerlasten auszuarbeiten. Der Zolltarif soll als Instrument zur Förderung der deutschen Wirtschaft behandelt, jede Zusammenarbeit zwischen den „Trägern der deutschen Wirtschaft" und der Regierung erwertet werden. **Ueber die sozialpolitische Frage wurde konkret wenig gesagt.** Bezeichnend ist, daß hierin ein **Einverständnis zwischen Koch und dem Reichsarbeitsminister Brauns** festgestellt wurde. Das vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeitete Reichsarbeitsgesetz — gegen das sich bereits der ADGB. wandte — wird angenommen, das Washingtoner Abkommen soll dann ratifiziert werden, **wenn gleichzeitig die ausstehende Ratifizierung durch Frankreich und Belgien erfolgt.** Ueber Forderungen der SPD.: „Erwerbslosenfürsorge, keine Mieterhöhung, Fürstenabfindung" wird **bezeichnenderweise geschwiegen.** Die geheime Beratung der Richtlinien kann aber nur den Zweck haben, **den Sozialdemokraten den Eintritt in die Große Koalition zu erleichtern.**

Der „Vorwärts" von heute früh nimmt in einem Leitartikel zur Regierungs„frage" Stellung. Der Tenor des Artikels ist, daß die Volksparteiler nicht wollen. Der „Vorwärts" hofft mit der Stellungnahme in seinem Leitartikel die Stellungnahme der Reichstagsfraktion wiederzugeben, **berichtet jedoch nicht über die gestern abend abgehaltene Fraktionssitzung der SPD.,** in der es zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen ist.

•

In einer Besprechung Kochs mit den Fraktionsvorsitzenden der Parteien der Großen Koalition, dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der an den Verhandlungen als Sachverständiger für Sozialpolitik (!) teilnimmt, und eines Vertreters des Reichspräsidenten legte Koch ein Arbeitsprogramm vor, das nach Ansicht Brauns und Hindenburgs eine geeignete Regierungsgrundlage bildet. Die „Vossische Zeitung" schreibt dazu: „Wesentlich ist, daß nicht mehr über die 16 Punkte der Sozialdemokraten diskutiert wird, sondern über die 21 Richtlinien des Beauftragten Dr. Koch, die nicht lediglich die Forderungen einer einzelnen Partei berücksichtigen.

Der „Vorwärts" schreibt, daß der Versuch der Regierungsbildung durch Koch **„vom Zentrum mit Sympathie, von der Sozialdemokratie mit Wohlwollen und Skepsis aufgenommen"** werde.

Verhandlungen über eine gemeinsame Demonstration gegen Fürstenraub in Halle

Die sozialdemokratischen Führer lieber für Große Koalition als für Fürstenenteignung

Die Bezirksleitung der KPD. hat sich, wie wir bereits ausführlich mitgeteilt haben, an alle proletarischen Organisationen gewandt mit dem konkreten Vorschlag, am kommenden Sonntag eine gemeinsame Demonstration zu veranstalten als ersten Schritt in der Richtung der Herbeiführung eines Volksentscheides gegen die Fürstenentschädigung.

Die **sozialdemokratischen Führer** zogen es vor, wie von ihnen zu erwarten war, weder unserer vollkommen sachlich gehaltenen Einladung zu folgen, noch überhaupt eine Antwort zu geben. Wir haben uns über die moralische Seite der Angelegenheit hier nicht zu unterhalten, wenn wir auch der Ansicht sind, daß gerade diejenigen Leute, die sich so gern als „Christen" bezeichnen, zum mindesten äußerlich die Pflicht hätten, auf einen Brief in genau demselben Ton zu antworten, den der Absender angeschlagen hat. Vielmehr gilt es für uns, die **politische Seite der Angelegenheit zu klären,** damit vor allen Dingen auch die **sozialdemokratischen Arbeiter** hören, was die Stunde geschlagen hat.

Die sozialdemokratischen Instanzen — das steht heute absolut fest — sabotieren bewußt jede Volksbewegung, die zur Enteignung der Fürsten führen könnte. Dazu werden die sozialdemokratischen Führer erstens gebracht durch ihr schlechtes Gewissen in bezug auf ihre Vergangenheit, wo sie in der fahrlässigsten Weise bereits Millionen und aber Millionen dem Fürstenpack entweder direkt gezahlt oder zum mindesten diese Bezahlung ohne jede Gegenwehr geduldet haben. Zweitens betreiben sie diese Sabotage deswegen, um nicht **die Koalitionsgelüste der hohen SPD.-Instanzen eines Hermann Müller zu stören.**

Es muß den sozialdemokratischen Arbeitern ganz offen gesagt werden: **Die östlichen sozialdemokratischen Führer gehen den Weg der Hermann Müller und Genossen in die Große Koalition hinein, deswegen lehnen sie jede Verhandlung über gemeinsame Demonstrationen gegen das Fürstenpack ab. Das Paktieren mit dem Bürgertum, das naturnotwendig einen neuen Millionenraub der Fürsten zusetze haben muß, geht diesen sozialdemokratischen Führern höher als die Not der Erwerbslosen und unteren Beamten, als das Hungerdasein der Kriegsbeschädigten und Sozialrentner, als der Betrug an den kleinen Sparern und Rentnern, als die allgemeine Massenempörung des Proletariats gegen die Bourgeoisie und gegen die fürstlichen Parasiten.**

Eine ernste Behandlung, die wir auch im nachfolgenden Leitartikel vornehmen, bedarf die vom **Gewerkschaftskartell Halle eingelaufene schriftliche Antwort,** die immerhin zeigt, daß es wenigstens noch Sozialdemokraten gibt, die begreifen, daß man auf einen **sachlich** gehaltenen Brief auch eine **sachliche Antwort** geben muß.

Sonst waren die gestrigen Verhandlungen im „Volkspark" so recht der **Ausdruck der Massenempörung gegen die Fürstenentschädigung.** Völlig einverstanden waren mit allen Schritten, die die KPD. bis jetzt in der Richtung des Volksentscheides unternommen hat, Organisationsvertreter von folgenden Organisationen: **Roter Frontkämpfer-Bund, Arbeitersportler, Internationaler Bund, Freidenker, Ausgeschlossene Bauarbeiter, Zimmererverband, Verband der Töpfer, Freie Gewerkschaft der Holzarbeiter, Arbeiter-Samariter, Proletarische Kulturvereinigung und Proletarische Tribüne.**

Der Vertreter des **Reichsbundes der Kriegsbeschädigten** schloß sich dem Protest gegen die Fürstenentschädigung an. Er erklärte auch, daß er als Person restlos mit den Vorschlägen der KPD. einverstanden sei. Seine Organisation habe jedoch die Einladung so spät erhalten, daß sie nicht mehr offiziell zur Frage der Demonstration habe Stellung nehmen können. Er verspricht, daß eine Stellungnahme noch erfolgen soll und daß er sich für die Teilnahme an der Demonstration einsetzen werde.

In ähnlichem Sinne spricht der Vertreter des **Baugewerksbundes.** Auch er will als Person seine ganze Kraft einsetzen, daß der Baugewerksbund seine Anteilnahme an der Demonstration ausspricht.

Eine **Vertreterin der Invaliden** begrüßt die Schritte der KPD., bedauert es nur, daß ihre Organisation leider schon für Sonntagvormittag eine Veranstaltung angesetzt hat.

Besonders bemerkenswert waren die Ausführungen eines **Vertreters des Fabrikarbeiter-Verbandes.** Dieser Kollege, der der SPD. angehört, betonte, daß es sein sehnlichster Wunsch wäre, **wenn die SPD. und KPD. gemeinsam für den Volksentscheid eintreten würden.** Er spricht offen aus, daß er das Gefühl habe, daß von seiner Partei bereits gebremst würde. Wenn er auch als Einzelperson keine offizielle Zustimmung zur Demonstration für den Fabrikarbeiter-Verband abgeben kann, so gibt er doch der Ueberzeugung Ausdruck, **daß die Massen der Fabrikarbeiter dem Ruf zur Demonstration bestimmt folgen werden.**

Zur technischen Durchführung der gemeinsamen Demonstration wurde ein **fünfgliedriger Arbeitsausschuß** aus den Vertretern der größten Organisationen gewählt, der sofort seine Arbeit aufnahm. Ebenso wurde der Entwurf **eines gemeinsamen Aufrufes angenommen.** Dieser Aufruf soll spätestens am Freitag erscheinen. Es soll bis dahin den noch ausstehenden Organisationen Gelegenheit gegeben werden, diesen Aufruf, der den einzelnen Stellen noch im Laufe des heutigen oder morgigen Tages zugeht, mit zu unterschreiben.

Die Konferenz fand in **kampfestrotzender Stimmung** ihr Ende.

Ministersitze bereits verteilt?

Hermann Müller bei der Partie

Unter der Ueberschrift **„Das Kabinett der Reichskanzler"** will das **„Berliner Tageblatt"** bereits die Ministerliste der künftigen Großen Koalition wissen. „Genannt werden", so schreibt das Blatt, „für das Amt des Vizekanzlers **Hermann Müller, der übrigens auch dem rechten Flügel der Großen Koalition wegen seiner loyalen und maßvollen Haltung genehm sein dürfte.** Als Außenminister kehrt **Dr. Stresemann** natürlich wieder. **Dr. Luther** wird als Reichswirtschaftsminister genannt. **Marx** als Minister für Justiz. Wiederkehren dürfte ebenfalls **Dr. Brauns als Arbeitsminister. Die Sozialdemokraten haben jedenfalls sein Ausscheiden nicht zur Bedingung gemacht.** Ebenfalls dürften Postminister **Stingl** und Verkehrsminister **Dr. Krone** dem Kabinett wieder angehören. Für das Innenministerium wird der Sozialdemokrat **Dr. Köster,** gegenwärtig deutscher Gesandter in Lettland, in Erwägung gezogen. — Offen wären demnach noch das Finanzministerium und das Wehrministerium."

Interessant an dieser Ministerliste ist zweifellos das Urteil, das das „Berliner Tageblatt" über den Vorsitzenden des sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, **Hermann Müller,** fällt. Hermann Müller als der Lieblingsknabe der Deutschen Volkspartei: das ist wirklich eine Tatsache, die den sozialdemokratischen Arbeitern zu denken geben muß. Wenn besonders bemerkt wird, daß Hermann Müller **„dem rechten Flügel der Großen Koalition genehm sei",** so ist dies nicht zuletzt deshalb der Fall, weil Hermann Müller zusammen mit Hilferding vor allem bei der Zollvorlage in diesem Sommer entgegen der Mehrheit der SPD.-Fraktion mit den Deutschnationalen in den Geschäftsordnungsfragen durch dick und dünn gegangen ist und so sein „redlich Teil" zur Durchpeitschung dieser Vorlagen beigetragen hat. Das Finanzministerium, das noch offen bleibt, dürfte wohl Herrn Hilferding zufallen, der die „Genehmheit" „vor dem rechten Flügel der Großen Koalition" mit Hermann Müller aus den gleichen Gründen teilen dürfte. Die Ereignisse von 1923 scheinen sich auf „höherer Stufenleiter" mit zum Teil denselben Akteuren wiederholen zu sollen.— Als Wehrminister soll wahrscheinlich der Admiral Brüninghaus in Betracht kommen, der sich auf dem rechten Flügel der Volkspartei herumbewegt.

Sozialdemokratische Stimmen gegen die Große Koalition

Frankfurt, 15. Dezember.

Der **Landesverband, der Landesausschuß, die Sekretäre, die Reichstagsabgeordneten und die Redaktionen der hessischen Parteipresse** der SPD. nahmen am Sonntag in einer kombinierten Sitzung Stellung **zur Frage der Regierungsbildung** im Reiche.

Landessekretär Widmann gab einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen im Parteiausschuß. Als Niederschlag des Referats und der eingehenden Aussprache gelangte einstimmig **eine Entschließung zur Annahme,** in der es heißt: **„Die Konferenz ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß im gegenwärtigen Moment die Große Koalition für die Sozialdemokratische Partei nicht tragbar ist.** Die Politik der Rechtsregierung, die von der Deutschen Volkspartei entscheidend beeinflußt wurde, hat die wirtschaftliche Lage der breiten Volksmassen in einem Maße verschlechtert, daß es **unmöglich erscheint,** in der Regierungsgemeinschaft mit derselben Deutschen Volkspartei die **Lage** so zu **verbessern,** wie es den politischen und wirtschaftlichen **Zielen der Sozialdemokratie** entspricht."

•

(TU.) **Köln,** 15. Dezember.

Die Sozialdemokratische Partei von Köln beschäftigte sich gestern abend in einer gut besuchten Versammlung **mit der Frage der Großen Koalition.** Redakteur **Schneider** sprach sich in einem Vortrage gegen die Große Koalition aus, da die inner- und außenpolitischen Verhältnisse zurzeit so lägen, daß von einer Regierung der Großen Koalition **keine Vorteile für die breiten Volksmassen** zu erwarten seien. In der Aussprache erklärten sich fast alle Redner, **besonders die aus Arbeiterkreisen, gegen die Große Koalition.**

Klara Zetkin über Sowjet-Rußland

Wirtschaftlicher Aufstieg in Rußland — Niedergang in Deutschland

(TU.) **Essen,** 14. Dezember.

Heute abend sprach im Essener Saalbau die kommunistische Abgeordnete Klara Zetkin über die Verhältnisse in Sowjet-Rußland. Sie sagte u. a.: Der heutige wirtschaftliche Wiederaufbau Sowjet-Rußlands strafe alle Aussagen Lügen, die über die wirtschaftliche Depression der Sowjetunion verbreitet würden. Im Gegensatz zu dem Stadium von Stillegungen in Deutschland zeigen sich dem Reisenden in der Sowjetunion vom Nordmeer bis Baku rauchende Fabrikschlote, blühende Unternehmungen, weitausgedehnte Strecken neuer Geleisanlagen. In den wichtigsten Industriezweigen sei eine hervorragende Verbesserung der Unternehmungen und der Herstellungsmethoden eingetreten. Die kommunistische Wirtschaft in Sowjet-Rußland verbürge, daß dort der kapitalistische Profit nicht einzelnen nur zugute komme, sondern die Erträgnisse aus den nationalisierten Unternehmungen würden zur Unterstützung, zur geistigen und gesundheitlichen Förderung der werktätigen Bevölkerung verwandt. An direkten und indirekten Steuern zusammen zahle der russische Arbeiter nur vierzehn Rubel jährlich, der beruflich entwickelte Arbeiter nicht mehr als 30 Rubel, etwas mehr als 60 Mark jährlich. Der Arbeiter verdiene bei achstündiger Arbeitszeit einen Lohn, der 90 Prozent des Wertes der Vorkriegszeit erreicht habe. Dazu habe er Anrecht auf einen vierzehntägigen Urlaub, der in Krankheitsfällen bis zu sechs Wochen verlängert werden könne.

Eine „Weihnachtsgratifikation"

Ein staatlicher Betrieb „beurlaubt" zu Weihnachten 3500 Arbeiter

Berlin, 15. Dezember.

Die Deutschen Kraftfahrzeugwerke Spandau „beurlauben" auf drei Wochen, nämlich vom 19. 12. bis 11. 1. ihre gesamte Belegschaft von 3500 Arbeitern.

Die Deutschen Kraftfahrzeugwerke sind ein Betrieb, der aus den ehemaligen staatlichen Munitions- und Waffenfabriken hervorgegangen ist; an ihm ist noch heute das Reich mit der Mehrheit der Aktien beteiligt.

•

Gegen den unerhörten Skandal dieser „Beurlaubungen" im Reichsbetrieb einzuschreiten, ist vor allem Pflicht der freien Gewerkschaften. Es liegen genug Erwerbslose auf dem Berliner Arbeitsmarkt, als daß das Reich durch solche brutalen Maßnahmen ihre Zahl noch erhöhen dürfte. Die Kommunisten verlangen, daß diese „Beurlaubungen" unterbleiben. Mindestens muß die Leitung des Spandauer Reichsbetriebes gezwungen werden, ihren Arbeitern während der drei Wochen den vollen Lohn weiter zu bezahlen.

Wie die Aermsten ausgeplündert werden

Nach den Angaben des Reichsfinanzministeriums beträgt der Anteil der Personen mit einem Monatseinkommen bis zu 200 Mark an den Steuerzahlungen 89,6 Prozent, der Personen mit Einkommen über 420 Mark 1,7 Prozent, der mit über 1250 Mark 0,2 Prozent. Die Lohnsteuer bringt bei einem Monatseinkommen von 150 Mark 55 Prozent, bei 300 Mark 27 Prozent der gesamten Lohnsteuereinnahmen. Also die Einkommengruppen bis zu 300 Mark monatlich bringen mehr als 80 Prozent des Gesamtertrages der Lohnsteuer auf.

Beamtenkundgebung

(Eig. Drahtm.) **Bochum, 16. Dezember.**

In Herne fand eine vom Deutschen Beamtenbund einberufene Kundgebung der Beamten statt, die ziemlich stürmisch verlief. Die Regierung Kuiper wurde zum Teil sehr stark angegriffen. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der Erhöhung der Beamtengehälter in den Gruppen 1 bis 6 um 30 Prozent verlangt wird.

Acht Arbeiter in einem Steinbruch getötet

Berlin, 16. Dezember.

Wie die „Vossische Zeitung" aus München meldet, ereignete sich am Dienstag in einem Steinbruch bei Fürstenstein in der Nähe von Passau ein schweres Unglück. Dort lösten sich plötzlich gewaltige Felsmassen los, stürzten herab und begruben elf Arbeiter unter sich. Acht von ihnen wurden getötet, drei schwer verletzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251216-15/fragment/page=0002

Abstimmungen im Landtag

Fememorddebatte — Die Kommunisten hindern den völkischen Mordbuben Wulle am Reden — Die Sozialdemokraten stimmen die Amnestie- und Sozialanträge der Kommunisten nieder, bewilligen aber ernent Pfaffengehälter — Simultane Lehrerakademie in Frankfurt beschlossen

(Eigener Bericht)

Berlin, 15. Dezember.

Der Preußische Landtag verwandte auch seine ganze Dienstagsitzung auf die Schlußberatung des Etats und kam noch immer nicht zu Ende. Die Abstimmungen wurden nach dem Kapitel Unterrichtsministerium abgebrochen, damit dem Verlangen des Finanzministeriums gemäß die zweite Beratung des Grundsteuergesetzes noch stattfinden konnte. Hierzu sprach von unserer Seite die Genossin Stolt.

Die Beratungen zum Etat begannen mit einer sehr ausführlichen Berichterstattung des Genossen Obuch über Verhandlungen des Rechtsausschusses zum Thema

völkische Fememorde.

Der Referent trug das im Ausschuß vorgebrachte erdrückende Material über die Organisationen vor, die den politischen Mord zum System erhoben haben, insbesondere den Bund „Oberland" und dem „Wikingbund". Unsere Genossen begleiteten die Darlegungen mit lebhaften Hört-hört-Rufen. Die Mehrheit des Ausschusses hatte einen Antrag angenommen, der von der Reichsregierung Maßnahmen zur Verfolgung der Feme-Mordorganisationen fordert. Daß diese Stellungnahme nur heuchlerische Geste war, ging aus dem lebhaften Widerspruch von Abgeordneten hervor, die den Antrag mitangenommen hatten. Der preußische Landrichter Eichhoff von der Volkspartei gebärdete sich wie toll, als Genosse Obuch schonungslos das faschistische Mordbanditentum anprangerte. Unter Redner frug ihn deshalb:

„Weshalb sind Sie so aufgeregt? Sind Sie bestellter Vertreter der Feme-Mordorganisationen in der Oeffentlichkeit?"

Ein zweites Mal regte sich Eichhoff auf, als er den Genossen Obuch vorwarf, er spräche gar nicht über Fememorde von links. Worauf ihm erwidert wurde, daß im Ausschuß nicht ein Wort über Fememorde von links gesalen wäre, weil solche Vorkommnisse gar nicht stattgefunden hätten.

Sehr ausführlich verbreitete sich der Berichterstatter über die **Verbindung der schwarzen Reichswehr mit den Feme-Mordorganisationen.** Dabei wurden die Deutschnationalen beinahe rasend. Unverschämte Zurufe erfolgten, wie: „Sind Sie von den Franzosen beauftragt, das zur Sprache zu bringen?" Genosse Obuch aber erklärte in aller Ruhe: „Den Franzosen sind diese Dinge längst bekannt. Und seitdem in Locarno die deutschen mit den französischen Kapitalisten Brüderschaft geschlossen haben, glauben Sie doch wohl selbst nicht mehr daran, daß uns Frankreich wegen der schwarzen Reichswehr den Krieg erklären wird. Diese ist heute nur noch ein Instrument, das gegen den inneren Feind angewendet werden soll, das Sie benutzen, um den Kampf im eigenen Volk zu verstärken und durchzusetzen." Dieser Hieb auf das Maul der schwarzweißroten Denunzianten und Beschützer der Feme-Mordorganisationen hatte gesessen. Zum Schluß beschäftigte sich Genosse Obuch mit der

Duldungspolitik des Innenministers Severing

und seines Ministeriums gegenüber den Fememördern.

Solche ausführliche Art der Berichterstattung war auch dem Präsidium einigermaßen unangenehm. Da der Sozialdemokrat Bartels sich nicht gut zum Schutze der Fememörder bereitfinden konnte, überließ er dem deutschnationalen Vizepräsidenten Garnich den Vorsitz; aber unser Genosse ließ sich durch die wiederholten Mahnungen zur „Berichterstattung nur über Verhandlungen des Ausschusses" nicht davon abbringen, so ausführlich wie möglich die Verbrechermethoden der schwarzweißroten Mordkamarilla zu beleuchten.

In der Debatte erklärte Genosse Pieck, daß die kommunistische Fraktion den Ausschußantrag ablehnt. Die Arbeiterschaft habe zu der Reichsregierung nicht das Vertrauen, daß sie einen wirklich ernsthaften Kampf gegen die rechten Mordorganisationen führen würde. Sie müsse vielmehr nach den Erfahrungen mit dem Republikschutzgesetz erwarten,

daß Gesetze, die gegen rechts beschlossen wurden, dann hinterher gegen das revolutionäre Proletariat angewendet würden.

Deshalb würde die kommunistische Fraktion den Ausschußantrag ablehnen. Genosse Pieck nahm außerdem zu der Verschleppungstaktik im Barmat-Prozeß und gegen ein Schwindelmanöver Heilmanns von der SPD. in seiner letzten Rede Stellung.

Als während der Rede des Genossen Obuch Wulle, der völkische Instrukteur der Fememörder, im Saale erschien, wurde er von der linken Seite her mit lebhaften Zurufen empfangen. Als er das Wort ergriff, um seine „Unschuld" im Falle Grütter-Lehder darzutun, ließen das

die Kommunisten durch demonstrative Obstruktion

nicht zu. Der Präsident mußte die Sitzung auf eine Viertelstunde aussetzen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte feige den Saal vor der Rede Wulles verlassen, mit welcher Maßnahme ein großer Teil ihrer Mitglieder nicht einverstanden war, wie man aus ihren Protesten entnehmen konnte. Wir meinen, auch die sozialdemokratischen Arbeiter sollten sich über diesen Fall ihre Gedanken machen.

Genosse Menzel hatte über Ausschußverhandlungen zum Thema Strafvollzug zu berichten. Die Bürgerlichen interessiert natürlich dieses Kapitel nicht. Sie machten deshalb einen solchen Lärm, daß unser Genosse sich kaum verständlich machen konnte. Als mehrfache Ermahnungen des Präsidenten nichts nutzten, meinte Gustav Menzel bissig: „Wenn Sie meine Ausführungen nicht hören wollen, dann genügt es ja, wenn die Stenographen sie hören. Obendrein bin ich kein Ochse, der so laut brüllen kann, daß er einen ganzen Stall von Ochsen übertönt."

Ueber das

Ergebnis der Abstimmungen

ist folgendes zu berichten: Die Anträge der Rechtsparteien auf Beseitigung der Preisprüfungsstellen und Wuchergerichte wurden mit 210 : 118 bzw. 209 : 168 Stimmen abgelehnt. Man darf sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die also gerettelen Behörden nur „weiße Salbe" zur Beruhigung der ausgebeuteten und ausgewucherten Arbeitermassen darstellen, solange die Arbeiterschaft auf sie nicht entscheidenden Einfluß zu nehmen versteht. Der volksparteiliche Antrag auf Mißbilligung des Kultusministers Becker wegen der Schillings-Affäre wurde in namentlicher Abstimmung mit 227 : 150 Stimmen abgelehnt.

Eine große Zahl von Anträgen, die Widerspruch erhoben gegen die arbeiterfeindliche Politik der Regierung, oder die entscheidende Hilfsmaßnahmen für das Proletariat forderten,

lehnte in Einheitsfront mit den Bürgerlichen die SPD. ab. So die kommunistischen Amnestieanträge, die Anträge zur Erwerbslosenfürsorge und den Antrag auf Bereitstellung von 200 Millionen Mark für Kinderspeisung und ärztliche Fürsorge der proletarischen Kinder in den Volksschulen.

Den Einwand, es seien keine Mittel vorhanden für diese Maßnahmen, werden die Sozialdemokraten im Ernst vor der Arbeiterschaft im Lande nicht erheben können. Stimmten sie doch fünf Minuten nach der Ablehnung unserer sozialen Anträge für Erwerbslose und hungernde Kinder dem Koalitionsantrag zu, der

für Besoldung der jüdischen Pfaffen 450 000 Mk. neu im Etat vorsieht.

Als unsere Genossen den Sozialdemokraten wegen dieser unerhörten Haltung Vorwürfe machten, quittierten diese mit höhnischem Gelächter. Werden daraus endlich die Arbeiter lernen?

Im Kampf um die zukünftigen **Lehrerbildungsanstalten** konnte unsere Fraktion bei der Vertretung der Interessen der weltlichen Schule einen kleinen Erfolg buchen. Währenddem bei der zweiten Beratung nur Aussicht bestand auf Annahme des volksparteilichen Antrages, der neben drei konfessionellen pädagogischen Akademien eine vierte auf christlich-simultaner Grundlage forderte, konnte jetzt ein demokratischer Antrag zur Annahme gebracht werden, der die

vierte Akademie auf allgemein simultaner Grundlage in Frankfurt a. M. errichtet

wissen will. Ob der Kultusminister sein Versprechen, daß auch Dissidenten ohne Zwang zur religiösen Unterweisung und Uebung diese Akademie besuchen können, einlösen wird, oder ob auch in Frankfurt a. M. die Pfaffen tonangebend sein werden, hängt ganz von der Energie ab, die die freireligiösen Verbände und weltlichen Schulkreise, überhaupt das gesamte Proletariat, im Kampf um diese Zusicherung aufzubringen vermag.

Kriegsbeschädigten- und Beamtenelend vor dem Reichstag

Die am Montag abgebrochene Debatte über die Anträge auf Erhöhung der Beamtengehälter geht am Dienstag weiter.

Groß (Zentrum) betont die Notwendigkeit, beruhigend auf die aufgewühlten Massen der Beamten einzuwirken. Die jetzt übliche Art der Beamtenpolitik z. B. die öffentlichen Straßendemonstrationen seien nicht angebracht und trügen nicht dazu bei, das Ansehen und den Einfluß des Beamtenstandes zu heben.

Steinkopf (Soz.) erklärt noch einmal, daß die sozialdemokratische Fraktion für den Antrag des Haushaltausschusses eintreten werde.

Luce (Wirtschaftl. Vereinig.) spricht für einen „organischen" Beamtenabbau und erklärt den jetzigen Zustand, daß Berufsbeamte in Feindschaft zum Staate stehen und Massendemonstrationen ausführen, für unhaltbar.

Nachdem noch Dauer sich für den Antrag der Bayr. Volkspartei als den „einzig möglichen" Weg eingesetzt hat, zeigt

Genosse Tiedt

die Auswirkung der vorliegenden Anträge auf die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Er wendet sich zuerst gegen die sozialdemokratische Behauptung, daß die kommunistischen Anträge nur Agitationsanträge seien; wenn man Erhöhung der laufenden Zuschläge von 12,5 Prozent auf 30 Prozent und eine Wirtschaftsbeihilfe von 300 Mark verlangt, so kann doch wirklich angesichts der Not von Agitation keine Rede sein!

Der Reichskanzler hat ausgesprochen, daß man zuerst für diejenigen eintreten müsse, deren Notlage am schlimmsten sei. Wie wirft sich nun der von der Regierung so warm empfohlene Antrag der Bayerischen Volkspartei auf die Kriegsopfer aus? Eine vollständig erwerbsunfähige Kriegerwitwe würde, wenn sie Zusatzrente bezieht, nach dem Beschluß des Ausschusses eine Winterbeihilfe von 24,40 Mark bekommen. Der Herr Reichskanzler hat gedroht, daß der Reichsrat Beschwerde erheben wird, wenn dieser Antrag angenommen würde und ist der Ansicht, daß für eine solche Kriegerwitwe eine einmalige Winterbeihilfe von 14,90 Mark genug sei. Eine Kriegerwaise soll nach seinem Wunsch statt 9,12 Mark für 4 Monate nur 5,40 Mark bekommen. Eine Kriegermutter, die den Verlust von 2 Söhnen zu beklagen hat erhält zurzeit als Rente noch nicht einmal eine Mark pro Tag. Der Herr Reichskanzler hat warm empfohlen, statt der vom Ausschuß vorgeschlagenen Zulage für vier Monate von 12,50 Mark nur 7,35 Mark zu gewähren. Wenn die alte Kriegermutter diesen Betrag auf 4 Monate verteilt, dann wird sie wirklich ein Wohlleben mit dieser Winterbeihilfe führen können. Wenn man die Jammerbriefe solcher Unglücklichen liest, die ihre Söhne für das sogenannte Vaterland hingegeben haben, dann beneidet man den Reichskanzler als Chef einer Regierung des Großkapitals wirklich nicht darum, daß er sich selbst gegen den beschiedenen Antrag des Ausschusses wendet.

Dabei bestehen in Deutschland **die Mehrzahl der Kriegsrentner überhaupt** seine Rente, da sie vier Bedingungen nebeneinander erfüllen müssen, die ausgesucht schwierig sind.

In Deutschland mit seinen 2 Millionen Weltkriegstoten erhalten nur 190 000 Kriegsrentner eine Rente, in Frankreich ist trotz geringerer Anzahl der Toten die Zahl der Rentenempfänger viel größer. In Deutschland gibt man aber lieber dem Herzog von Meiningen eine jährliche Rente von 480 000 Mark, als daß man den 83 000 Kriegerwitwen ihre Rente auch nur von 40 Prozent auf 50 Prozent der Vollrente aufbessern würde.

Im Juli 1923 hat man **rund eine halbe Million Kriegsbeschädigter aus der Versorgung herausgeworfen,** damit man angeblich den Schwerbeschädigten und den Kriegerwitwen eine höhere Rente zahlen könne. **Trotzdem zahlt der „Rechtsstaat" Deutschland den Kriegerwitwen nur ⅔ der Rente, auf die sie zu Kriegsbeginn bereits Rechtsanspruch hatten.**

In ähnlicher Weise geht man mit den Kriegsbeschädigten um. Ein Mann, der an der Front sein **ganzes Bein verloren** hat, soll nach dem Vorschlage des Reichskanzlers zu **seiner Monatsrente von 23,15 Mark als einmalige Winterbeihilfe 5,78 Mark bekommen,** statt der vom Ausschuß vorgeschlagenen 9,96 Mark. Hat er noch Frau und Kind, so werden ihm noch für die vier Monate insgesamt 1,71 Mark hinzugezahlt. Wer „nur" einen Unterschenkel verloren hat, wird nach dem Regierungsantrag 3,25 Mark und als Zulage für Frau und Kind ganze 65 Pf. erhalten. Dabei hatte ein solcher Mann schon bei Ausbruch des Krieges einen Anspruch auf 60 Mark Rente, von denen er jetzt noch 21 Mark bekommt, damit die Reichsregierung 39 Mark sparen kann.

Vergleicht man diese Beträge mit der **Pension eines Majors von 336 Mark monatlich,** so sieht man, daß der Klassenstaat selbst bei der Versorgung der Kriegsopfer seine **ungeheuren Klassenunterschiede aufrechterhalten** hat. Die Kriegsopfer, die schon einmal mit ihrem Blute und ihrer Gesundheit gezahlt haben, sollen auch jetzt noch für die Zahlung der Kriegsschulden des deutschen Reiches herangezogen werden. Manche von den Kriegsbeschädigten sind ins Feld gezogen, indem sie ihr Vaterland zu schützen gedachten. Sie haben erkannt, daß sie nicht für ihr Vaterland, sondern nur **für das Vaterland der Seiten gekämpft** haben, sie haben den festen Willen, nicht mehr für das Vaterland der besitzenden Klassen zu kämpfen, sondern ihr **eigenes Vaterland aufzurichten — Sowjet-Deutschland!** (Beifall b. d. Kommunisten.)

Zu außerordentlich stürmischen Szenen kommt es wiederum, als Reichskanzler Luther nochmals erscheint, um seine gestrige provokatorische Erklärung nochmals zu unterstreichen. Er kündigt unverhohlen an, daß bei Annahme des Ausschußantrages seine Ausführung durch die Reichsregierung unmöglich sei.

Darauf folgen die Abstimmungen. Die beiden **kommunistischen** Anträge werden gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion abgelehnt. **Mit 269 gegen 138 Stimmen wird hingegen ein Antrag angenommen, der die Regierung auffordert, der Reichstag eine neue Beamtenbesoldungsordnung unverzüglich vorzulegen.**

Die Deutschnationalen haben unterdessen beantragt, den Antrag der Bayrischen Volkspartei, der die einmalige Winterbeihilfe vorsieht, vor dem Antrag des Haushaltausschusses, der die dauernde Erhöhung der Teuerungszulage vorsieht, zur Abstimmung zu bringen. Unter Entrüstungsrufen der Kommunisten treten auch Demokraten und Zentrum für den deutschnationalen Antrag ein, trotzdem sofort ersichtlich ist, daß dadurch der Regierungsantrag angenommen und infolgedessen der neue Zentrum selbst eingebrachte Versöhnungsantrag zu Fall gebracht wird. Nachdem die Reihenfolge der Abstimmung im Sinne des Luther-Diktates feststeht, gibt die **sozialdemokratische Fraktion die Erklärung ab, daß sie unter diesen Umständen für den Antrag der Bayrischen Volkspartei stimmen** werde.

Genosse Torgler erklärt, daß die kommunistische Fraktion diese ungeheuerliche Verhöhnung des Beamtenelends nicht mitmachen und infolgedessen **gegen den Regierungsantrag** stimmen wird.

Von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten wird sodann der Antrag auf einmalige Winterbeihilfe angenommen, wodurch der Ausschußbeschluß erledigt ist.

Deutschlands revolutionäre Matrosen

8]

Von Anti-Nautikus

Nach Erhalt dieser Informationen meldete ich mich sofort beim wachhabenden Obermaat ab, lief schnell zur Funkenstation, um mich noch einmal informieren zu lassen und um zu versuchen, funkentelegraphisch nähere Anweisung zu geben auf jene Schiffe, von denen wir wußten, daß dort Leute in den Funkenstationen saßen, die zu uns gehörten. Wir teilten an alle diese Schiffe mit, daß wir morgens um 4 Uhr bei Wachablösung unbedingt „Feuer aus" machen würden. Schnell lief ich dann nach Erledigung dieser Arbeit zur vorderen Kommandobrücke, wo der führende Genosse der Matrosendivision am Gefechtsruder stand, und teilte ihm meinen Plan mit, damit auch er mit den revolutionären Matrosen um 4 Uhr morgens Kampfmaßnahmen traf, die mit den unserigen konform gingen.

10 Minuten vor 4 Uhr — gerade als ich am Lecktelephon die letzten offiziellen Meldungen durchgegeben hatte, wackte ich die Heizräume an und gab im Beisein unseres Obermaats durch alle Heizräume den Befehl:

„Alle Kessel Feuer aus — die Heizermannschaft verweigert den Dienst!"

Der Obermaat, der neben mir stand, wurde leichenblaß. Er versuchte, mir sofort den Hörer aus der Hand zu reißen und mich vom Telephon wegzudrängen. Ich schob ihn beiseite. Die Kameraden und Genossen, die mit mir in diesem Raume waren, nahmen den Obermaat in ihre Mitte und drehten ihm „den Kopf herumzudrehen", wenn er es wage, sich nur zu rühren und uns in den Rücken zu fallen.

Mit fieberhafter Spannung erwartete ich am Telephon die Rückantwort. Wenn es in 10 Minuten nicht gelang, die Heizer in den Heizräumen und Bunkern zum Kampfe zu bewegen, dann war klar, daß wir verspielt hatten.

Sechs bange Minuten des Wartens am Lecktelephon. Dann brummte zum erstenmal die Sirene. Als ich meldete, teilte der dritte Heizraum mit, daß sie bereits die Feuer ausmachen. Die Kameraden erklärten, daß sie die Niedergänge zu den Heizräumen verriegelt hätten und jeden, der es wage, sie in der Durchführung ihrer Aktion zu stören, niederschlagen würden.

In höchster Erregung und voller Freude über das erste Gelingen gab ich diese Meldung sofort nach den anderen drei Heizräumen weiter und schickte zwei unserer Genossen in die Bunker und Maschinenräume los, um dort das Notwendige zu veranlassen. In diese Räume hatten wir mit unseren Genossen leider keine andere Verbindungsmöglichkeiten.

Kaum hatte ich die Meldungen durchgegeben, da lief Bericht über Bericht aus allen Heizräumen ein, daß dort überall „Feuer aus" gemacht würde. Es war auch höchste Zeit. Gerade als der letzte, der zweite Heizraum, meldete, daß er Feuer ausmache, kam vom Admiral der Befehl durchs ganze Schiff: „Klar zum Gefecht!" Es war eines der bewußten Manöver von seiten der Admiralität, um die Mannschaften vor den letzten Konsequenzen ihres Handelns zurückzuschrecken.

Zu spät. Die revolutionären Heizer unseres Schiffes hatten ihre Pflicht gegenüber den Genossen von „Prinzregent Luitpold" getan. Ohne Maschinenkraft lag unser Schiff vor Anker. Nur ganz schwache Rauchsäulen, die den Riesenschloten entstiegen, deuteten an, daß die Kesselfäuer gelöscht werden.

Um die weiteren Verbindungen mit den anderen Schiffen brauchten wir uns nicht mehr zu kümmern, das besorgte die Admiralität selbst. Sobald die Funkstation auf Akkumulatorenbatterie umgeschaltet war, ging Meldung über Meldung an die anderen Schiffe, daß wir Heizer meuterten und deshalb das Schiff gefechtsunfähig sei. Mehr brauchten wir den anderen Schiffen ja auch nicht mitzuteilen. Und — unser Beispiel machte Schule!

Es war noch keine Stunde, seitdem die Kesselfeuer erloschen, vergangen, da begab sich „Seine Heiligkeit", der Herr Kapitän selbst, hinunter in die Schiffshölle, in die Heizräume, um mit „seinen dreckigen Schweinen", den Heizern, höchst eigenmächtig zu verhandeln. Wir stellten unsere Forderungen: „Freilassung aller Gefangenen auf „Prinzregent Luitpold", Einhaltung der Versprechungen des Offizierskorps, daß alle Heizer und Matrosen auf „Prinzregent Luitpold" auf Grund der Vorgänge der letzten Tage unbestraft bleiben müßten, Einsetzung einer Mannschafts-Beschwerdekommission, die jederzeit dem Kapitän direkte Beschwerden unterbreiten könne."

Als der Kapitän unsere Forderungen hörte, brauste er heftig auf, daß sogar seinem schön gepflegten Spitzbart das Zipperle ankam. Dann zog er seinen kleinen Dolch und drohte in blinder Wut, die Forderungen niederzustechen. Einer unserer Freunde, ein kleiner Riese, nahm sofort eine von den schweren Kohlenschaufeln in die Hand und bot ihm damit den Zweikampf an. Die den Kapitän begleitenden Offiziere sahen selbst das Unmögliche seines Vorgehens ein und drängten den Kapitän, daß er sich mäßige. Trotzdem schienen die Verhandlungen ausichtslos zu sein.

Plötzlich wurde von der Kommandobrücke durch Sprachrohr die Meldung durch alle Räume gegeben, daß ein Teil der Matrosen ebenfalls den Dienst an den Geschützen verweigere. Das wirkte auf den alten Käpin wie eine kalte Dusche. Sofort gab er nach und erklärte sich bereit, mit dem Admiral über die Durchführbarkeit unserer Forderungen zu verhandeln. Gewitzigt durch die Erfahrungen auf „Prinzregent Luitpold" erklärten ihm aber unsere Leute, daß er mitsamt seinen Offizieren nicht eher wieder aus dem Heizraum herauskäme, bevor er nicht die Bewilligung unserer Forderungen zugelagt habe. Als er die drohende Haltung der Redengestalten unserer Heizer sah und ihnen ihre Unerschütterlichkeit an den Augen ablesen konnte, gab er klein bei und versprach die Bewilligung der Forderungen.

Als er den Heizraum verließ begleitete ihn, mißtrauisch, wie wir nun einmal geworden waren, eine Eskorte von Heizern, mit Holzpantoffeln bewaffnet, über das Oberdeck zum Admiral. Sie wichen nicht eher von der Admiralskajüte, bis von da aus der Befehl an alle Schiffe gegeben war: „Alle Strafmaßnahmen gegen Mannschaften von „Prinzregent Luitpold" und die der übrigen Schiffe auf Grund der Vorgänge in den letzten Tagen sind einzustellen!"

Mit Freudengeheul traten unsere Genossen wieder in die Heizräume und überbrachten uns die durchgeführte Meldung.

Ohne einen Befehl abzuwarten, machten wir sofort nach Ablösung in den Kesseln wieder „Dampf auf", steckten die Feuer an und hatten binnen vier Stunden das Schiff wieder fahrbereit. Kurz nach 8 Uhr morgens wurden die Anker gelichtet, und mit äußerster Kraft voraus ging es in See. Neuen Kämpfen — und hoffentlich dem baldigen Siege der Revolution entgegen.

Der Weg zum Kriegsgericht.

Im Jahre 1917 zeigten sich bei der Flotte immer größere Zersetzungserscheinungen. „Seifen- und Marmeladen-Demonstrationen" wechselten mit offenen Meutereien auf den Linienschiffen ab. Trotz der Steigerung der nationalen Agitation stiegen die Wogen der Empörung innerhalb der Marinemannschaften immer höher. Parallel damit ging die sehr starke Vorwärtsentwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung in der Heimat, in erster Linie bei den Munitions- und Schwerstarbeitern. Dieses gemeinsame Sich-Fortentwickeln der Arbeiterbewegung in der Heimat und in der Marine zwang das Reichsmarineamt, entgegen seiner sonstigen brutalen Willkürpolitik, gegen die Flottenmannschaften mildere Töne anzuschlagen, den Weg des politischen Kompromisses zu beschreiten.

Beschwerde- und Menage-Kommissionen, „madenfreies" Hartbrot, „farbloses" Marmelade signalisierte deutlich die Kursschwenkung.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251216-15/fragment/page=0003

WALHALLA

Vorstellungen: Kopf Wochen an an: täglich 8 Uhr Tel. 8380

Ab heute, täglich der neue große

Hartstein-Schlager

Er oder Er

Eine tolle Burleske mit dem unverwüstlichen

Hartstein

in den Titelrollen

Außerdem: Neue Attraktionen

Ernst von Gizycki

Mehrfacher Gewinner Goldener Medaille

4 Renno Teepuppen 4

Jetzt neu: Japanerpuppe

Degni Malkotte

Clown

3 Cattellas 3

mit ihrem Hund Bijou, höchste Jongleurkunst

H. u. R. Amego

modern-offener Perche-Akt

Atlas mit seinem Riki

Demonstrant

9 Abdullahs 9

arabische Riesen in ihren tollen Leistungen

— Tageskasse ab 11 Uhr —

Martha Schladitz

Markt 21 220

Bekanntes Spezialgeschäft für

Wolle, Trikotagen, Strümpfe

Zuverlässiger

Zeitungsträger

für Leipzig gesucht. Meldungen bei Genossen **Gustav Degen, Leipzig**

Stadt-Theater

Heute Mittwoch 7½ Uhr: „Intermezzo" Ende n. 10 Uhr. Donnerstag 7½ Uhr: **Rosmersholm** Ende 10½ Uhr. Freitag 7 Uhr **Lohengrin**

Moderne Theater

Vom 16. bis 23. Dezember, täglich abends 8 Uhr:

Zwangseinquartierung

mit Schmitt & Weißweiler in den Hauptrollen

Der größte Schlager der Theaterwelt

Einzelpreis 50 ₰ bis 2 ℳ

Nach der Vorstellung

Tanz!

Tanzen lernen! Neuer Kursus. Eichendorffstr. 24 III

Staunend billige

Möbel

Bettstellen Matratzen Chaiselonges Sofas Schränke Tische, Stühle Spiegel und Schlafzimmer Küchen in enorm großer Auswahl

Auch Sonntags zu besichtigen

S. Rosenberg

Geisstr. 21, 1 Tr.

Die neuesten Moden in

Halsketten

in Gold, Silber u. Gold auf Silber in größter Auswahl

Juwelier Tittel

Trauringecke

Schmeerstr. 12

Ich wünsche mir einen

Schirm und **Spazierstock** von **Schirm-Heinzel**

Große Auswahl! Gut und preiswert!

Leipziger Str. 98/99

Steinweg 19 a

Ledersohlen

Gummiabsätze billig bei 343

Willy Krauß

Neue Promenade 15

Pelzkragen u. Felle

preiswert zu verkaufen

Grassweg 17

Weihnachts-Geschenke auf Teilzahlung!

Herbsessel Anz. 3 ℳ Wochenrate 3 ℳ
Korbtische Anz. 3 ℳ Wochenrate 3 ℳ
Steppdecken Anz. 3 ℳ Wochenrate 3 ℳ
Bilder Anzahlung 3 ℳ Wochenrate 3 ℳ
Rauchtische Anz. 5 ℳ Wochenrate 3 ℳ
Ruhebetten Anz. 5 ℳ Wochenrate 3 ℳ
Diwandecken Anz. 5 ℳ Wochenrate 3 ℳ
Nähtische Anzahl. 5 ℳ Wochenrate 3 ℳ
Büch.-Schränke Anz. 10 ℳ Wochenr. 3 ℳ
Flurgarderob. Anz. 10 ℳ Wochenr. 3 ℳ

Eichmann & Co.

Halle a. d. S.

Große Ulrichstraße 51

Pelzhüte u. Kragen

werd. umgearbeitet

Grassweg 17

Neuer Selbstfahrer mit Gummireifen u. Werb billig zu verk. 4384 Barfüßerstr. 17 r.

Guterh. Mieder, 5 6 J. Jungen zuverk. Ch. Fr. im „Klassenkampf" Weißenfels

Alte Bücher

empfehlen die

Buchhandlungen

Harz 42/44

Lerchenfeldstr. 14

Backartikel

Kolonialwaren

st. hausschlachtene

Fleisch- und Wurstwaren

empfiehlt 345

K. Fallenbacher

Angerweg 1 Telephon 2777

Morgen, Donnerstag:

Großes

Schlachtefest

von früh 8 Uhr an

Wellfleisch

von 2 Uhr an

frische Wurst

Fritz Reizig

Bäckerstraße 1 4244

½ ℳ nur 50 Pfg.

Rahma

MARGARINE

butterglei

Kinderzeitung „Der kleine Coco" oder Lachzeitung „Alps" gratis.

Keine teure Butter mehr! Rahma her!

1855 70 1925

Jahre

hat meine im Stadt- u. Landkreis **Weißenfels** 2090

bestens bekannte Firma

H. Schubert

Wollwaren, Trikotagen Kurzwaren usw.

die geehrte Kundschaft durch die Reichhaltigkeit der Lager und die Qualität der Waren stets zufrieden gestellt

Im bisher gepflegten Sinne fortzuwirken, soll mein eifrigstes Bestreben in kommenden Zeiten sein

Für den Weihnachtstisch: 2094

Oberhemden von 4,50 an

Einsatzhemden von 1,95 an

Krawatten von 0,95 an

Große Auswahl

Curt Tilt

Weißenfels

Jüdenstraße (Union)

Sämtl. Ausstattungen

Zier- u. Singvögel

in größter Auswahl

Papageien, große und kleine Sittiche, Kardinäle, Blutsittiche, Dompfaffen, Wanderlinge, Zeisige, Finken, Kanarienvögel, Goldhähne, Meisen, Nachtigallen, Zwergwachteln usw.

Adolf Schwarz

Weißenfels Allgemeinstraße 8

Zuverlässiger

Zeitungsträger

für **Naundorf** (bei Körbisdorf) gesucht. Meldungen **Filiale Gehülte** d. Mühlein, Gewerkschaftshaus (A. Haubenreitzer)

Jede Drucksache

die im Geschäfts- wie Privatverkehr benötigt wird, liefert die Buch- und Kunstdruckerei Produktiv-Genossenschaft Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Es

ist

das Bestreben der Firma, schnellstens geschmackvoll und preiswert zu bedienen. Die Druckerzeugnisse erbringen den besten Beweis, daß

immer noch

der Geschäftswelt wie den Vereinen die Bestrebungen arrangieren, durch eine wirkungsvolle Drucksache ein Erfolg unbedingt sicher ist. Sie sind und bleiben daher noch immer

das beste Werbungsmittel

Bekanntmachung

Die Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge sind mit Wirkung vom 14. Dezember 1925 auf 1¾ vom Hundert des Grundlohnes festgesetzt 2091

Weißenfels, 14. Dezember 1925

Allg. Ortskrankenkasse d. Landkr. Weißenfels

Biechschmidt

Landkrankenkasse des Landkreises Weißenfels

Thimey

Anzüge Mäntel Joppen Winterjacken Schlafröcke Anzüge sowie **Hosen** empfiehlt

Wilh. Schunke,

Weißenfels, Sedanstraße 15

Morgen, Donnerstag:

Schlachtefest

von 7 Uhr an

Wellfleisch, Gehacktes Bratwurst

empfehle ferner stets mit hausschlachtene Wurstwaren pr. Speckschinken Gemüse

K. Hillmann

Zeitz

Kalkstraße 12

Donnerstag:

Schlachtefest

Frische Wurst

Adolf Schumann,

Zeitz, 2088

Kramerstraße 1

Bekanntmachungen

Das zur Feststellung der Grundlagen für die Ausschreibung der für das Kalenderjahr 1925 auf übringenden Seuchenentschädigungsgelder aufgestellte Verzeichnis der Besitzer von Pferden und von Rindvieh liegt vom 16. bis 30. Dezember 1925 während der Dienststunden im Rathause, Zimmer 12, zur Einsicht aus

Innerhalb dieser Frist können Anträge auf Berichtigung des Verzeichnisses bei unterzeichnetem oder mündlich zu Protokoll erhoben werden

Eisleben, den 14. Dezember 1925

Der Magistrat *4390

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird hierdurch auf Grund des § 18 ff. des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R.-G.-Bl. S. 519) mit Einwilligung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen u. Forsten folgendes bestimmt

§ 1. Nach dem der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche unter den Viehbeständen des Gutes Emil Grimm, Rittergut-Nr. 55, und des Fürbermacher in den Dorf Kirms, Vordere Siebenhitze 24, amtstierärztlich festgestellt ist, wird aus den genannten Gehöften je ein Sperrbezirk gebildet

§ 2. Für den Sperrbezirk treten die Bestimmungen der §§ 1—6 der viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom 23. Dezember 1924 (Amtsblatt 1925 S. 1) sofort in Kraft. Insbesondere unterliegt somit jedes Klauenvieh der Stallsperre, die Ein- und Ausfuhr von Vieh ist untersagt. Dünger darf nicht gefahren werden; die Hunde sind sämtlich festzulegen; Schlächtereien, Viehfutterreien und Handlungen ist das Betreten alle Ställe und der Eintritt in das Seuchengehöft untersagt.

§ 3. Für den übrigen Teil der Stadt Eisleben wird ein Schutzgebiet gebildet, für welches die Bestimmung in § 7 der angezogenen viehseuchenpolizeilichen Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten sofort in Kraft treten.

Hier nach ist insbesondere die Abhaltung von Klauenviehmärkten und das Wegfahren von nicht ausreichend erhitzter Milch aus Sammelmolkereien an landwirtschaftliche Betriebe, in denen Klauenvieh gehalten wird, sowie die Verwertung solcher Milch in den eigenen Viehbeständen der Molkerei verboten

Die Milchgefäße sind zu desinfizieren

Eisleben, den 15. Dezember 1925

4392 Die Polizeiverwaltung

Werbt f. d. Klassenkampf

Familien-Nachrichten

Zum Gedenken vom Grabe meines lieben treuen Mannes, unseres unvergeßlichen Vaters, Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels

Johann Schäfer

sagen wir für die vielen Beweise aufrichtigen Teilnahme, sowie tiefen Kranzspenden unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank auch dem Genossen Paul Koch für die tröstlichen Worte am Grabe 2087

Merseburg, d. 18. Dez. 1925

Die trauernden Hinterbliebenen

Trauerbriefe und -Karten

liefert sofort die Druckerei der Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14

Fernruf 1045, 1047 2251

Empfehlenswerte Literatur

der **Bezirks-Zentralbuchhandlung Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14** und deren auswärtigen Filialen

Politische Literatur

Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Band III: Gegen den Reformismus	gebd.	11.00
	brosch.	8,50
Sinowjew: Ueber die Bolschewisierung der Parteien	brosch.	0,80
Bucharin: Karl Kautsky und Sowjet-Rußland	brosch.	1,20
P. Semard: Marokko	brosch.	1,00
Die deutsche Arbeiter-Delegation in Sowjet-Rußland	brosch.	0,50
A. Losowsky: Die engl.-russische Gewerkschaftskonferenz		0,50
Die Internationale, Nr. 10		0,50

Schöngeistige Bücher

Jack London: Die eiserne Ferse	brosch.	1,80
Redner der Revolution: Robespierre	gebd.	1,00
" " " Ferdinand Lassalle	gebd.	1,00
" " " Saint Just	gebd.	1,00
Julia Illés: Stepans Teppich	brosch.	0,80
Honner: Abenteuerfahrten eines revolutionären Arbeiters	brosch.	1,00

Empfehle zum Weihnachts-Fest

Schuhwaren

trotz hoher Lederpreise noch ohne Aufschlag

Herren-Arbeits-Schnürstiefel . . . v. 7,50 ℳ an
Damen-Schnür- u. Spangenschuh „ 6,50 ℳ „
Herren-Sonntagsstiefel (Rahmen) „ 13,50 ℳ „
Kinder-Stiefel 21/22 2,50 18/19 „ 2,00 ℳ „
Lang-, Halb- u. Sportstiefel, bayrisch. Fabrikat sowie elegante Schuhe in reichster Auswahl

bei 232

Rich. Schmidt jun., Merseburg

Schuhmachermeister

Sattenbeutel 3/5 — Größtes Schuhlager am Platze

Ergebnis des Preisausschreibens zur Erlangung von Wortentwürfen für eine Schutzgebietsgruppe der Gemeinde **Ammendorf**

Das Preisgericht hat in seiner Sitzung vom 12. Dez. 1925 folgende Entscheidung getroffen:

Ein 1. Preis wurde nicht zugeteilt. Dagegen wurde der 2. Preis auf 4000 RM. erhöht und drei 3. Preise zu je 2000 RM. festgesetzt.

Es erhielt:

den 2. Preis Entwurf Nr. 85
Kennwort: Im ungewußten Raum
Verfasser: Konsiger & Kallmeyer, Arch. und Ing., Halle. Bearbeiter: Rudolf Meiser, Arch., Halle

einen 3. Preis: Entwurf Nr. 55
Kennwort: Schulhof
Verfasser: Richard Schmieder, Arch., Halle

einen 3. Preis: Entwurf Nr. 67
Kennwort: Erziehung
Verfasser: Dipl.-Ing. G. Schramme, Karl Böttcher, Arch. Horn, Halle

einen 3. Preis: Entwurf Nr. 92 *4389
Kennwort: Eine Gruppe
Verfasser: Otto Kerbel, Arch., Ortrand, Regierbez. Merseburg

Zum Ankauf wurde empfohlen:

Entwurf Nr. 24. Kennwort: Auch eine Lösung. Verfasser: Oskar Thale, Arch., Dölau-Halle
Entwurf Nr. 35. Kennwort: Jugend. Verfasser: Walter Hamann, Arch., B. D. A., Halle

Eingegangen waren 94 Entwürfe. Die Ausstellung der Entwürfe erfolgt vom 20. bis 27. Dezember 1925 in der Schule Regenswurger Straße 35 b, in der Zeit von 11 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. Kinder haben keinen Zutritt

Ammendorf, den 14. Dezember 1925

Der Gemeindevorsteher. gez. Rothe

Allgemeiner Konsumverein Halle und Umgeg., eGmbH.

empfehlen unseren Mitgliedern:

Weihnachts-Stollen

und alle Sorten Backwaren in vorzügl. Qualität

Mastgänse pro Pfund **1,40**

Rum, Arrak, Kognak,

sowie alle Sorten **Liköre**

Zigarren und Tabake

aus eigenen Betrieben

Am Sonntag, dem 20. Dezember, sind unsere Läden von ½12 bis 6 Uhr geöffnet

Der treue Genossenschafter deckt seinen gesamten Bedarf im Konsumverein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251216-15/fragment/page=0004

Nr. 281 — 5. Jahrg. 2. Beilage

Halle, 16. Dezember 1925

Rot Front

Erste Konferenz des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes

Am Sonntag, dem 29. November, tagte in Berlin im Lehrervereinshaus die erste Konferenz der Vertreterinnen des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes (RFMB.), auf welcher die Gründung des RFMB. vollzogen wurde. Diese Konferenz war von ca. 60 Delegierten aus verschiedenen Teilen des Reiches besucht. Schon bestehende Ortsgruppen des RFMB., wie Hamburg, Dresden, Bremen, Köln, Leipzig, Königsberg, Speyer, Hannover hatten Vertreterinnen entsandt, während aus einigen Gauen Begrüßungsschreiben vorlagen.

Das einleitende Referat über die politische Lage und die Aufgaben des RFMB. hielt der Genosse Schneller. Indem er in kurzen Zügen eine Analyse der politischen Lage gab, kam er auf die Aufgaben des RFMB. zu sprechen. Ebenso, wie der Rote Frontkämpfer-Bund in der kurzen Zeit seines Bestehens breite Schichten von Arbeitern in die Front des kämpfenden Proletariats eingereiht hat und so zu einem Machtfaktor der roten Klassenfront in Deutschland geworden ist, genau in derselben Weise steht vor dem Vortrupp der klassenbewußten Proletarierinnen die Aufgabe, ihrerseits Mittel und Wege zu finden, neue Formen der Organisation zu bilden, mit deren Hilfe es uns möglich ist, parteilose Frauenkreise mit unseren Gedanken, unseren Ideen vertraut zu machen. Die Tatsache, daß sich ohne unser Zutun und ohne unsere Hilfe schon in einer ganzen Reihe von Orten im Reiche Ortsgruppen des RFMB. gebildet haben, legt uns die Verpflichtung auf, das Bestehende einheitlich in einer straffen Organisation zusammenzufassen und durch eine systematische Kampagne im Reichsmaßstabe Zehn- und Hunderttausende von Frauen und Mädchen in die rote Klassenfront einzugliedern.

Von den Vertreterinnen wurde allgemein begrüßt, daß jetzt endlich die Initiative zur Gründung des RFMB. ergriffen worden ist. Für die Bundesleitung wurde als 1. Vorsitzende die Genossin Clara Zetkin vorgeschlagen, was von den Delegierten stürmisch begrüßt wurde.

Von dem Vertreter des RFB. wurde die Erklärung abgegeben, daß der RFB. alles tun wird, was in seinen Kräften steht, um die Schwesterorganisation in jeder Beziehung zu unterstützen und beim Aufbau der jungen Organisation mitzuhelfen.

Die vorliegenden Satzungen wurden mit wenigen Ausnahmen einstimmig angenommen.

Die Bundesleitung wurde beauftragt, besondere Richtlinien für den Aufgabenkreis und die Methoden der Arbeit festzulegen, sowie für das Verhältnis zu anderen proletarischen und gegnerischen Organisationen bestimmte Anweisungen auszuarbeiten.

An die Genossin Clara Zetkin, an die russischen Frauen und Mädchen (durch das zentrale Frauensekretariat Moskau) und an den 1. Vorsitzenden des RFB., Ernst Thälmann, wurden Begrüßungsschreiben gesandt. Auch der politischen Gefangenen wurde in einer Resolution gedacht.

Die Konferenz war ein einmütiges Bekenntnis der Notwendigkeit des Aufbaues des RFMB. und ein einheitlicher Willensausdruck, mit allen Kräften den Aufbau der Organisation mit Unterstützung des RFB. durchzuführen.

Die Bundesleitung des RFMB. wird **an die bestehenden Ortsgruppen Richtlinien für die Arbeit herausgehen** und den Aufbau durch eine besondere Pressekampagne einleiten.

Die Konferenz wurde, da in allen Fragen vollkommene Einmütigkeit herrschte, schon um 3 Uhr mit dem Gesang der „Internationale" geschlossen.

Zuschriften sind zu richten an: **Clara Zetkin, Berlin, Melchiorstraße 15.**

Aufruf des RFB. für die politischen Gefangenen und für enge Zusammenarbeit mit der Roten Hilfe

Weihnachten im Kerker! — Denkt an die politischen Gefangenen!

Das siebente Weihnachtsfest, welches die deutsche Arbeiterklasse in dieser Republik begeht, steht vor der Tür. Für das klassenbewußte Proletariat Deutschlands ist diese Weihnacht kein Fest christlicher Nächstenliebe und familiären Glücks. Die siebente Weihnacht in dieser Republik demonstriert aber **Tausenden von Angehörigen und Kindern unserer, in Zuchthäuser und Gefängnissen schmachtenden, Klassengenossen** schärfer als je das ganze Elend ihrer Klassenlage. Während der Schein strahlender Kerzen das Glück und die Freude der vom Schicksal Begünstigten widerspiegelt, sind die Weihnachtstage für die tausende Inhaftierten, deren Angehörigen und Kindern Tage des Elends und der bittersten Not. Umgeben von Glück und Zufriedenheit, wird das Elend doppelt fühlbar. Das klassenbewußte Proletariat hat wahrlich keine Ursache bei wachsender Arbeitslosigkeit und Massenelend Feste zu feiern. Das Weihnachtsfest ruft beim klassenbewußten Proletariat die Erinnerung an ungeheure Fehler der Novemberrevolution und der daraus entstandenen blutigen Niederlagen wach. Das Weihnachtsfest mahnt die gesamte Arbeiterschaft an eine noch unerfüllte Pflicht, die es an Tausenden seiner Besten noch zu erfüllen hat.

Kämpft für die Befreiung der politischen Gefangenen!
Sprengt die Kerkertüren Eurer Klassenbrüder!

Laßt die Opfer der Klassenjustiz nicht in Elend und Not untergehen. Denkt stets daran, daß Euch morgen das gleiche Schicksal treffen kann. Der revolutionären Pflicht gehorchend, fordern wir von jedem unserer Kameraden, sein Bestes zur Linderung der verzweifelten Lage der Opfer der Klassenjustiz beizutragen. Die von **der Roten Hilfe zum Besten der politischen Gefangenen festgesetzten Veranstaltungen müssen von unserer Organisation überall unterstützt werden.** Im Einverständnis mit der Ortsleitung der Roten Hilfe können auch unsere Ortsleitungen eigene Veranstaltungen mit Bescherung von Kindern politischer Gefangener arrangieren. Wer den Angehörigen der Inhaftierten hilft, stärkt den Kampfgeist unserer gekletteten Klassenbrüder und macht ihnen das Elend und die Einsamkeit der Kerkerhaft erträglicher. Die roten Frontkämpfer müssen zeigen, daß

Klassensolidarität und Klassenhilfe heilige proletarische Pflicht ist. Helfen wir den politischen Gefangenen, die mit doppelter Treue und Hingebung unsere Pflicht lohnen und für unsere Sache kämpfen werden.

Hinter düsteren Kerkermauern schlagen heiße revolutionäre Herzen, mahnt uns tausendstimmiger Ruf von uns gerissener Klassenbrüder:

Helft uns! — Folgen wir diesem Ruf und leisten wir für die für uns leidenden politischen Gefangenen das Beste.

Bundesleitung des RFB.
Thälmann. Leow.

Der RFB. auf Werbetour für die Rote Hilfe

462 Mark und große Mengen Lebensmittel für die politischen Gefangenen gesammelt

Die Forderung des obenstehenden Aufrufs ist von den hallischen roten Frontkämpfern bereits am letzten Sonntag in die Tat umgesetzt worden. Uns wird aus Kreisen des RFB. geschrieben:

Den Ruf der Internationalen Rote-Hilfe-Organisation: „Geht für die Gefangenen, unterstützt die Opfer der weißen Justiz", wollte auch der RFB., Ortsgruppe Halle, nicht ungehört verhallen lassen. Es war deshalb beschlossen, **am Sonntag, dem 13. Dezember, die gesamte Mitgliedschaft zur Sammlung für die Rote Hilfe zu mobilisieren.** Infolge des schlechten Wetters und der mangelhaften Kleidungsstücke dieser Kameraden waren die Bezirke zwar nicht so stark vertreten, wie sonst üblich, aber trotzdem ging es mit Ernst und Begeisterung hinaus aus Halles Toren in die verschiedensten Gegenden.

Bezirk 1 begann seine Sammelaktion bereits auf dem Flugplatz und marschierte dann über Mötzlich, Tornau, Maschwitz, Plötzitz auf Hohenthurm. In den vorgenannten Ortschaften wurden insgesamt **66 10 Mark sowie 1½ Zentner Kartoffeln, 250 Zigaretten, 6 Tafeln Schokolade, 2 Pfund Kakao, 4 Pakete Trinkschokolade, 10 Pfund Bohnen, 10 Pfund Erbsen und 5 Pfefferscheiben** gesammelt.

Bezirk 2 fuhr per Eisenbahn bis Großkugel und begann hier seine Arbeit. Nacheinander wurden dann Röglitz, Rafnitz, Wesmar, Ermlitz, Oberthau und Wehlitz bearbeitet. Am Eingang von Schkeuditz erwartete der Schreckbiger RFB. die hallischen Kameraden. Von zahllosen Sympathisierenden rechts und links begleitet, zogen die Kameraden zum Bahnhof, um die Fahrt nach Halle wieder anzutreten. Auch diese Sammelaktion war ein voller Erfolg. **117 Mark sowie 3 Pfund Wurst und ein Stück Speck konnten abgeliefert werden.**

Bezirk Westen marschierte von Halle auf Passendorf, um hier seine Arbeit schon aufzunehmen. Es war nicht schwer, hier die Arbeiter zum Geben für die Rote Hilfe zu veranlassen. Ueberall wurde gezeichnet. Auch Lebensmittel wurden mehrfach abgeliefert. Der Marsch dieses Bezirkes ging dann über Schlettau, Angersdorf, Holleben nach Röglitz. **88,95 Mark, 3½ Zentner Kartoffeln, ¼ Zentner Aepfel, 9 Pfund Mehl, einen Karton Lebensmittel und eine Tafel Schokolade** waren hier das Ergebnis.

Der Bezirk 4 hatte die Aufgabe bekommen, im Norden des Saaltreses und in der Umgebung des Petersberges zu sammeln. Der erste auf dem Marsch erreichte Ort Sennewitz mußte ausgelassen werden, da in diesem Ort bereits die Sennewitzer Ortsgruppe ihre Sammeltätigkeit durchgeführt hatte. Ueber Löbnitz zog dieser Bezirk dann nach Wallwitz, um hier seine Tätigkeit zu beenden. **Gesammelt waren 96,65 Mark, drei Würste, ein Stück Schinken, zirka 7 Pfund Speck, zwei Brote, 10 Zigarren, Bohnen und Zwiebeln.**

Das **Zentrum** sollte per Lastauto nach dem Mansfelder Seekreis fahren, um hier jene Orte zu bearbeiten, die sonst selten aufgesucht werden. Bereits in Benndorf zeigte sich ein Hüter der Ordnung, der jedes Sammeln verbot. Weiter rollte das Automobil auf Eisdorf zu. Freudig empfingen hier die Einwohner den RFB. und lebhaft ging es an die Arbeit. Ueber Teutschenthal ging es dann ach Siebiten. Während hier einige Kameraden zur Durchführung der Sammelarbeit zurückblieben, fuhren die anderen weiter nach Schraplau. Vom Sammelpunkt Unterröblingen aus fuhr dann der Bezirk geschlossen über Teutschenthal nach Halle. Die Sammlung ergab insgesamt **85,55 Mk., 2 Pfund Wurst, über 3 Pfund Speck, ein Pfund Mehl, 17 Pakete Tabak und 50 Zigarren.**

Das ganze gesammelte Geld sowie alle Lebensmittel wurden noch im Laufe des Montags an den Bezirksvorstand der Roten Hilfe abgeliefert, und manche Not der politischen Gefangenen bzw. ihrer Familien wird durch diese Arbeit der roten Frontkämpfer gelindert werden können.

Strafen in der Roten Armee

(Von einem russischen Arbeiterkorrespondenten)

In der Roten Armee herrscht strenge Disziplin. Es ist möglich, daß dadurch verschiedene Kameraden einen Schreck bekommen. Aber um eine richtige Vorstellung zu wecken, gebe ich ein Beispiel: die ernsteste Strafe (außer der vom Hauptgericht) ist eine öffentliche Rüge während einer Festversammlung des gesamten Regimentes, im Beisein von Gästen, Arbeitern und Bauern.

Es gibt noch eine Strafe, der Name des Rotarmisten, der sich gegen die Disziplin vergangen hat, wird an das „schwarze Brett" geschrieben. Viele gehen an dem Brett vorüber, alle wissen von seinem Vergehen. Wie diese Art von Strafen sich auswirkt, zeigt folgender Brief:

„Werter Genosse Redakteur! Ich bitte Dich, in der Zeitung nichts von meinem Vergehen zu veröffentlichen. Es ist besser, schreibe an den Kommandanten, er möge mich arrestieren lassen, nur damit niemand durch die Zeitung etwas von meinem Vergehen erfährt."

So schreibt ein Rotarmist an die Redaktion der Wandzeitung, die an der schwarzen Tafel veröffentlicht wird. Dieser Brief zeigt, daß die soziale Rüge eine wirksamere Strafe und ein besseres Mittel zur Beseitigung von Vergehen ist, als die Ohrfeigen-Disziplin der kapitalistischen Armeen.

Gegen das Räuberpack der Fürsten

Der Rote Frontkämpfer-Bund für den Volksentscheid — gegen Fürstenabfindung

Von seiten der Gauleitung des Roten Frontkämpfer-Bundes Bezirk Halle-Merseburg wird uns zu dem Offenen Brief der KPD. an alle Arbeiterorganisationen, einen Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung durchzuführen, folgendes geschrieben:

Werte Genossen! Auf Eure wiederholte Aufforderung im „Klassenkampf", die Massen des Proletariats zu mobilisieren für die Durchführung des Volksentscheids gegen die Fürstenabfindung, können wir unsererseits nur antworten, daß wir Euch mit allen Kräften, die uns zu Gebote stehen, unterstützen werden.

Gerade wir roten Frontkämpfer, in deren Reihen viele Kriegsbeschädigte und jetzt auch im wachsenden Maße viele Erwerbslose sich befinden, stehen dem Gedanken einer entschädigungslosen Enteignung der Fürsten und dafür einer genügenden Rentenzahlung an die Opfer des Krieges und der Arbeit und einer ausreichenden Erwerbslosenunterstützung ganz besonders sympathisch gegenüber. Außerdem glauben wir, daß das einheitliche Vorgehen aller Arbeiterorganisationen gegen die früheren Potentaten und für die Besserstellung der ärmsten Schichten des Proletariats ein mächtiger Impuls ist für den Gedanken, der unsere Organisation beseelt, nämlich den Gedanken einer einheitlichen starken roten Front.

Wir halten uns zu jeder Zeit bereit, mit der Kommunistischen Partei zusammen alle Einzelheiten der technischen Durchführung des Volksentscheids zu besprechen und erklären heute schon, daß wir im Falle der praktischen Durchführung des Volksentscheids alle unsere Kräfte anspannen werden, um nicht nur den letzten roten Frontkämpfer, sondern darüber hinaus alle mit dem Gedanken der roten Front sympathisierenden Proletarier restlos für dieses dem Gesamtproletariat nützende Unternehmen zu gewinnen.

Mit Rot Front!

Gauleitung des RFB., Halle-Merseburg.

Ein Urteil von Reichsbannerproleten über ihre Führung

Für die Einheitsfront mit dem RFB., besonders in der Frage der Fürstenabfindung

Unser Magdeburger Bruderorgan, die „Tribüne", ist in der Lage, folgenden Brief zu veröffentlichen:

Magdeburg, 10. Dezember 1925.

Durch ein Mitglied des Roten Frontkämpfer-Bundes erhalte ich das Bundesorgan des RFB. Der ehemalige Reichsbanner-Kamerad Keller, Hannover, gibt in der oben angeführten Zeitung folgendes zum Besten: Anläßlich einer Erwerbslosenversammlung forderte er seine Kameraden auf, an dieser Demonstration der Erwerbslosen teilzunehmen. Darauf erfolgte sein Ausschluß. Ja, herrlich weit haben wir es im Reichsbanner gebracht! Wer sich nicht fügt, fliegt! Ich glaube, die kleinen Geister haben schon etwas gelernt von dem großen General Hörsing. Ich sprach in der letzten großen Kundgebung des Reichsbanners mit mehreren meiner Kameraden, die zugeben mußten, daß es nicht möglich **wäre, der Führung des RB. zu folgen.** Ich erfüllte treu meine Pflicht und stellte diese Kameraden zur Rede, denn wer so spricht, hat kein Recht, Mitglied zu sein. Ich mußte über die Gesichter lachen und fragte, was sie tun wollten. Da antwortete man mir:

„Wir tragen nicht mehr das Abzeichen dieses vaterländischen Vereins!"

In dieser Versammlung hat mancher Kamerad den Kopf geschüttelt, weil man Schoenaich als Bürger und bezahlten Agenten der russischen Regierung hinstellte. Ihr lieben Volksbefreier von der Münzstraße, wir gaben Euch die erste Antwort bei der Wahl.

Oder glaubt Ihr, wir können noch Beims, Weber, Baer und und wie sie alle heißen, wählen?

Sind diese Leute noch Genossen? Können sie überhaupt mit einem Arbeiter oder Angestellten fühlen? Nein! Ich persönlich kann nicht alles gutheißen, was von seiten der KPD. kommt, aber ich weiß, daß die Fehler der KPD. nicht so groß sind, wie die der SPD. Beweis: Der Ausgang im Münchner Dolchstoß-Prozeß. Wir als Kriegsbeschädigte sollten daran denken und auch danach handeln. Wie ist es nur denkbar, daß Leute, die das Abzeichen des Friedens tragen, sich beschweren konnten, daß sie nicht im Leichenzug Richthofens teilnehmen konnten?

Nun zur Frage der Fürstenabfindung. **Ich habe den Auftrag** von mehreren Mitgliedern der SPD. und des RB., öffentlich anzufragen:

Wo seid ihr Führer, wo bist Du, Kamerad Hörsing, wo bist Du, Stürmer Höltermann?

Wir glauben nicht, daß Ihr jetzt noch Feste und Bannerweihen feiern könnt, wo die Republik in Gefahr ist. Oder wollt Ihr, daß wir über Euch hinweggehen? Dann aber wehe Euch!

Unser Ruf heißt jetzt: Kameraden des Reichsbanners und des RFB., Achtung, Tritt gefaßt. Der Feind ist im eigenen Lager!

Mehrere Mitglieder der SPD. und des Reichsbanners.

*

Die roten Frontkämpfer sind selbstverständlich zu jeder Zeit bereit, mit den Klassengenossen im Reichsbanner in einer Front gegen die Reaktion zu stehen. Der **erste praktische Weg** zu dieser Einheitsfront ist das **gemeinsame Vorgehen gegen das raubgierige Fürstenpack.** Proleten im Reichsbanner und im RFB., reicht Euch die Hand im Kampfe um die **Durchführung des Volksentscheides** gegen die Fürstenentschädigung!

Die Entschließung des RFB. Delitzsch

„Die am Freitag, dem 4. Dezember 1925, in Delitzsch tagende Mitgliederversammlung des RFB. begrüßt den von der Zentrale der KPD. unternommenen Schritt, die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands gegen die Auslieferung von Millionenwerten an die Fürstenhäuser zu mobilisieren. Wir betrachten es als dringend nötig, alle Kräfte zusammenzufassen, um einen Volksentscheid **gegen die** Fürstenentschädigung, für eine entschädigungslose Enteignung aller Fürstenhäuser durchzuführen. Wir geloben mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln für die siegreiche Durchführung des Volksentscheids uns einsetzen zu wollen.

Nieder mit dem frechen Fürstenpack!

Es lebe die rote Klassenfront des deutschen Proletariats gegen die Reaktion. RFB., Ortsgruppe Delitzsch."

Freitag, 18. Dezember, abends 8 Uhr, im gr. Volksparksaal: Allgemeine Mitglieder-Pflicht-Versammlung des RFB.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251216-15/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Alle Jahre wieder ...

Um die Weihnachtszeit erstedt auf dem oberen Marktplatz eine Stadt aus Bretiern, Latten und Zeltplanen. Der Weihnachtsmarkt hat am Sonntag begonnen. Er hatte gleich am ersten Tage einen großen Andrang zu verzeichnen. Allerdings rekrutiert sich wohl die Hälfte der Besucher aus Leuten, die erst einmal sondieren, ehe sie in den Geldbeutel greifen. Trotzdem schien aber der Umsatz doch ein den Verhältnissen entsprechend guter zu sein. „Vorsicht ist die Mutter der Weisheit" sagt man sich, und wer jetzt frühzeitig kauft, braucht vielleicht schon in wenigen Tagen nicht vor ausverkauften Warenständen zu stehen oder mit dem fürlieb zu nehmen, was in dieser Zeit der Hochsaison der Spielwaren übrig geblieben ist.

Der Weihnachtsmarkt ist hauptsächlich das Absatzgebiet für Minderbemittelte und Arme, die hier ihre paar Mark, die sie sich abgehungert haben, umsetzen, um auch ihren Kindern eine Freude zu bereiten. Qualitätswaren werden hier nicht feilgeboten, weil Herrschaften, die solche Waren bezahlen können, nicht auf den Weihnachtsmarkt kommen und ihre lukrativen Präsente nur in den feinen Stadtgeschäften einkaufen. Dadurch fallen die bestehenden Klassengegensätze auf dem Weihnachtsmarkte auch nicht so sehr ins Auge, als wenn man die Auslagen der Kaufläden im Innern der Stadt betrachtet. Während hier eine Gabe zum Preise von 1 Mark neben einer solchen von 100 Mark steht, sind die Durchschnittszahlen von 50 Pf. bis allerhöchstens 10 Mark.

Auffällig sind die übermäßig vielen Bock- und Bratwurststände, die trotz der gegenseitigen Konkurrenz dennoch auf ihre Kosten zu kommen scheinen. Nüsse sind dieses Jahr gleich tonnenweise angefahren und finden guten Absatz. Sie sind auch teilweise erheblich billiger als in den Geschäften der Stadt. Der Durchschnittspreis für Walnüsse ist zum Beispiel 60 Pfennig. Ein eigenartiges Gefühl verspürt man, wenn man die Arbeiter, deren Väter zum größten Teil erwerbslos sind, auf dem Weihnachtsmarkt beobachtet. Sie scheinen größtenteils schon zu ahnen, daß für sie dieses Jahr kein Gabentisch hergerichtet wird. Vielleicht wird ihnen sogar an diesem „Fest der Freude und der Liebe" der Magen noch heftiger knurren als an den grauen Alltagen. Darum sieht man viele von ihnen, in dünne Kleider gehüllt, zitternd und frierend (zu Hause ist es auch kalt) auf dem Weihnachtsmarkt oder vor den Auslagen der Spielwarengeschäfte stehen, um sich die Gaben wenigstens anzusehen, die sie nie besitzen werden, solange das kapitalistische Gesellschaftssystem besteht.

Gemeindevertretungen unterstützen die Internationale Arbeiter-Hilfe

Die Stadtverordnetensitzung Schraplau (Mansfelder Seekreis) hat beschlossen, der Internationalen Arbeiterhilfe 200 Mark zu überweisen mit der Maßgabe, den Betrag zum Besten der durch das Unwetter geschädigten ärmeren Familien und Invaliden in Gerbstedt zu verwenden.

Am Sonntag, dem 13. Dezember, fand eine gemeinsame Sitzung des Hilfskomitees und des Ortsgruppenvorstandes in Gerbstedt statt, an der Genosse Höker Halle, teilnahm. Beschlossen wurde, am 3. Januar eine „Proletarische Weihnachtsfeier" zu veranstalten und den kinderreichen Bergarbeiterfamilien, den Invaliden und Witwen, soweit sie durch das Unwetter geschädigt sind, ein Lebensmittelpaket zu überweisen. Zur Beschaffung der Lebensmittel werden die von der Stadtverordnetenversammlung Schraplau bewilligten 200 Mark verwendet.

*

Anmerkung der Redaktion. Wie uns bekannt wird, veranstaltet die IAH. in vielen Orten des Bezirks „Proletarische Weihnachtsfeiern", um die gemaßregelten und ausgesteuerten Erwerbslosen, Witwen usw. zu unterstützen. Es ist die Pflicht der proletarischen Vertreter in den Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Kreistagen, zu beantragen, daß der IAH. für diese ihre Aufgaben Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Die Fürsorge für die in Not geratenen Werktätigen darf kein Privileg der besitzenden Klasse und der Kirchengesellschaften bleiben. Die Leitung dieser Fürsorgestellen und Verwendung der zur Verfügung gestellten Gelder gehört in die Hände derjenigen, die allein unter der Auswirkung der heutigen Gesellschaftsordnung zu leiden haben, den Arbeitern bzw. ihren proletarischen Organisationen. Hierzu gehört an erster Stelle die Internationale Arbeiterhilfe. Darum sind unsere Vertreter in allen Körperschaften verpflichtet, sich dem Vorgehen unserer Genossen in Schraplau anzuschließen.

Die Arbeitslosigkeit in der Provinz Sachsen

Das Landesarbeitsamt berichtet für den Monat November:

Der Eintritt des Frost- und Schneewetters, das die Bautätigkeit, die Außenarbeiten und die Binnenschiffahrt größtenteils zum Erliegen brachte, die Entlassungen in der Rohzuckerindustrie nach Beendigung der Kampagne, sowie die Fortdauer der Betriebseinschränkungen infolge Kapital- und Absatzmangels in den übrigen Wirtschaftszweigen, vor allem der Metall- und Maschinenindustrie, dem Nahrungs- und Genußmittel- und Bekleidungsgewerbe, führten im Monat November zu einem plötzlichen erheblichen Anschwellen der Arbeitslosigkeit. Nur im Bergbau, in der chemischen Industrie und im Spinnstoffgewerbe (Mühlhausen, Langenalza) blieb im allgemeinen die Lage befriedigend oder war die Abschwächung verhältnismäßig geringer.

Der Neuzugang von Arbeitsuchenden bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen stieg von 36 446 im Monat Oktober auf 40 749 im November, die Zahl der offenen Stellen fiel von 28 315 auf 16 662 und die der Vermittlungen von 26 575 auf 16 330. Am Schlusse des Berichtsmonats waren 42 259 Arbeitsuchende und 1556 offene Stellen vorgemerkt gegen 23 755 bzw. 2986 Ende Oktober.

Die Ziffer der unterstützten Erwerbslosen stieg von 9179 am 1. November auf 21 699 am 1. Dezember. Es entfielen auf die Regierungsbezirke Magdeburg 9753 (4117), Merseburg 4546 (1747), Erfurt 4068 (1694) und den Freistaat Anhalt 3332 (1621).

Hallische Tageschronik

Ein Lagerkeller mit 80 000 Eiern in Brand

Am Dienstag nachmittag gegen 4 Uhr lief bei der hallischen Hauptfeuerwache die Meldung über einen Kellerbrand am Trödel ein. Sofort rückten Zug 1 und 2 der Feuerwache aus und fanden den Keller unterhalb der Marienbibliothek, die im Hinterhause der Pfarrhäuser an der Marienkirche untergebracht ist, in Brand. Das Feuer, das erst spät bemerkt worden war, da anfangs die Rauchschwaden durch einen Luftschacht unbemerkt abziehen konnten, war schon weit vorgeschritten, als die Feuerwehr eintraf und mußte sofort mit drei Schlauchleitungen bekämpft werden. In dem Keller lagerten zirka 80 000 Eier in Kisten verpackt, die im Besitze einer hiesigen Eiergroßhandlung waren. Der größte Teil der Eiervorräte mit Kisten und Verpackung wurde von der Feuerwehr brennend vorgefunden. Durch schnelles Eingreifen konnte der Brand nach langem Arbeiten auf seinen Herd beschränkt werden. Die oberen Räume des Hintergebäudes, wie die Marienbibliothek und die Gertraudenkapelle sind unversehrt geblieben, dagegen brannte der größte Teil des Kellers vollständig aus. Um 7¼ Uhr konnte die Feuerwehr nach Zurücklassen einer Brandwache wieder abrücken. Die Entstehungsursachen sind im Augenblick noch nicht festgestellt.

Unfall

Am 14. Dezember, gegen 8 Uhr nachmittags, wurde an der Ecke Georgstraße und Harz eine weibliche Person von einem Personenkraftwagen angefahren und zu Boden geworfen. Da sie über innere Schmerzen klagte, wurde sie mittels des Kraftwagens dem Krankenhaus zugeführt.

* **Bund der Freunde der IAH., Ortsgruppe Halle.** Heute abend findet im Mittelzimmer des „Volkspark" eine Mitgliederversammlung statt. Genosse Eddi Rühl, der fünf Jahre in Rußland war, wird einen Bericht über die Unternehmungen der Internationalen Arbeiterhilfe in Rußland geben. Selbstverständlich werden dabei auch die Fürsorgeeinrichtungen des ersten Arbeiterstaates und andere wirtschaftliche und soziale Einrichtungen erläutert. Die Leitung erwartet das Erscheinen aller Einzel- und Korporativmitglieder. Sympathisierende Männer und Frauen sind eingeladen. — Ferner wird in der Versammlung über die Vorarbeit zur „Proletarischen Weihnachtsfeier" berichtet.

* **Proletarische Tribüne.** Heute, Mittwoch, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" die erste Jahres-Hauptversammlung statt. Jedes eingeschriebene Mitglied hat hierzu pünktlich zu erscheinen oder sich frühzeitig unter Angabe von Gründen schriftlich zu entschuldigen.

* **Sonntags- und Arbeiterrückfahrkarten zu Weihnachten.** Für Reisen während der Feiertage gelten die Sonntagsrückfahrkarten diesmal, da in diesem Jahre der 27. Dezember auf einen Sonntag fällt, vom 23. Dezember 12 Uhr mittags bis zum 27. Dezember einschließlich. Auch die Arbeiterrückfahrkarten werden bereits am 23. Dezember, also am Tage vor Heiligabend ausgegeben und gelten vom Tage vor Heiligabend oder am Heiligabend selbst zur Fahrt nach dem Wohnort der Angehörigen bis zum Montag, dem 28. Dezember, einschließlich zur Rückfahrt nach dem Arbeitsort.

* **Die Versicherungsgebühren für Erspreßgut** sind seit dem 1. November 1925 auf ½ der bisherigen Sätze herabgesetzt worden.

* **Zehnmarkscheine außer Kurs gesetzt.** Mit dem 1. Januar 1926 werden die am 1. November 1923 herausgegebenen Rentenmarkscheine über 10 Mark aus dem Geldverkehr gezogen.

Amtsbezirk Dieskau

Wichtige Besprechung. Morgen, Mittwoch, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, findet in Zwintschöna bei Horn eine wichtige Besprechung sämtlicher Vorsitzenden der proletarischen Organisationen statt. Zu erscheinen haben sämtliche Vorsitzenden der KPD., des RFB. sowie der Gesangvereine, Radfahrvereine, Turnvereine, der Freien Bühne usw. Da eine wichtige Sache auf der Tagesordnung steht, ist vollzähliges Erscheinen notwendig.

Der Proteststurm gegen die Räuberfürsten

O du fröhliche, o du selige Republik

Die Republik ist konzilliant,
Sie wird für ihren Kaiser sorgen.
Drum fordert der zunächst an Land
Rund siebenhundertausend Morgen.

Auch mangelt es in Doorn an Raum ...
Wir werden doch nicht Wilhelm kränken?
Man wird erfüllen seinen Traum
Und ihm die 80 Schlösser schenken.

Herr Hilferding, Herr Wilhelm Marx,
Sie haben sicher nichts dagegen,
Wenn wir dazu noch 80 Parks
Ihm unter seinen Christbaum legen:

Das zugehör'ge Mobiliar,
Sowie auch fette Dotationen,
Letzt're natürlich Jahr für Jahr,
Betragend etliche Millionen.

Es opfern alle ihre Habe,
Kleinbürger sowie Proletar,
Und bringen sie als Weihnachtsgabe
Dem ausgerückten Wilhelm dar ...

*

Keinen Pfennig dem „Holzhacker" von Amerongen und seinen Kumpanen!

Weitere Arbeiterbriefe zur Fürsten-Abfindung

Nachdem wir bereits gestern einige Arbeiterbriefe zum geplanten Skandal der Abfindung der Ex-Fürsten veröffentlichten, bringen wir heute zwei weitere Briefe, die bereits seit Ende voriger Woche in unseren Händen sind, wegen Raummangels aber bisher nicht gebracht werden konnten. Redaktion „Klassenkampf".

„Wir Arbeiterfrauen protestieren ..."

An die Redaktion des „Klassenkampf",
Lerchenfeldstraße 14.

Mit Empörung las ich dieser Tage im „Klassenkampf" sehr viel über den neuen Raubzug, den man auf die Taschen des arbeitenden Volkes zu unternehmen beginnt. Viele hundert Millionen will man den 1918 feige ausgeniffenen Fürsten geben. Es war schon ein unerhörter Skandal, daß man ihnen bis jetzt in den Jahren nach der von der SPD. verratenen November-Revolution von 1918 Millionen in den Rachen warf und ihnen ein Geschenk nach dem anderen einräumte. Was aber jetzt vor sich geht und getan werden soll, das geht denn doch über die Hutschnur; das ist zu stark.

In jeder Situation wäre diese Sache ein Skandal. Der Skandal ist aber noch größer, weil gerade jetzt die Abfindung durchgeführt werden soll. Gerade in diesem Winter leidet die deutsche Arbeiterschaft so unaussprechliche Not wie noch nie. Ich weiß das als Arbeiterfrau ja am besten. Mein Mann ist arbeitslos, und meine beiden erwachsenen Söhne, die auch noch bei mir wohnen, sind ebenfalls erwerbslos. Trotz aller Bemühungen ist keine Arbeit zu bekommen. Aber schließlich geht es ja Millionen von Arbeitern und Arbeiterfamilien so in Deutschland. Wie leicht könnte da geholfen werden mit den Hunderten von Millionen, die man den Leuten wie Wilhelm von Hohenzollern an den Hals schmeißen will. Aber lieber stopft man es diesen Herren noch hinten hinein, als daß man auch nur versuchte, uns über die allergrößte Not hinwegzuhelfen. Wir können ja verrecken.

Was die KPD. in der Frage der Fürstenabfindung unternimmt, halte ich für richtig, und ich glaube auch, daß die Kommunisten da die Mehrheit der Arbeiterschaft auf ihrer Seite haben. Denn in der Abfindungs-Angelegenheit sieht man mal wieder, daß nur die Kommunistische Partei in Wahrheit für die Arbeiter kämpft. Wir Arbeiterfrauen, die wir das schreiende Elend am besten kennen, protestieren jedenfalls auf das entschiedenste gegen den neuen Raub und werden uns hinter die Forderungen der Kommunisten stellen.

Wenn Ihnen diese Zeilen gut genug scheinen, können Sie sie meinetwegen in der Zeitung veröffentlichen. In der Hauptsache aber kam es mir darauf an, Ihnen zu zeigen, wie wir Arbeiterinnen denken.

Hochachtungsvoll! E. M., Arbeiterin, Halle.

*

Her mit dem Volksentscheid!

Schon öfters habe ich, werte Genossen, bei aktuellen Fragen Euch meine Meinung mitgeteilt. Meistenteils habt Ihr dann diese Briefe auch veröffentlicht.

Meiner Meinung nach spielt jetzt die Frage der Fürstenabfindung eine wichtige Rolle, so daß die deutsche Arbeiterschaft sich viel mehr darum kümmern müßte als bisher. Ich bin allerdings jetzt sehr mit Arbeit überlastet, will Euch aber doch wenigstens ein paar Zeilen zukommen lassen und Euch etwas Allgemeines schreiben. Vielleicht komme ich noch einmal in einem späteren Briefe auf die ganze Frage zurück, damit ich sie einmal gründlich behandeln kann.

Augenblicklich spreche ich viel mit meinen Kollegen im Betrieb über die ganze Angelegenheit. Ihnen geht es allen sehr dreckig, wie mir. So fällt es wirklich nicht schwer, sie in dieser Frage für mich und damit für die konkreten Forderungen, die die KPD. aufgestellt hat, zu gewinnen. Sie alle sind also leicht zu haben für den Volksentscheid und ich kann wohl sagen, daß kaum noch ein Arbeiter bei uns ist, der das, was wir Kommunisten verlangen, nicht versteht. Alle haben begriffen, was zu tun notwendig ist. Sie alle wissen, daß der Volksentscheid die erste Etappe ist im Kampf gegen die Fürstenabfindung. Schade nur, daß es in der Mehrzahl der Betriebe heute noch nicht so aussieht. Das heißt, auch dort sind die Proleten zum übergroßen Teil so gesinnt, wie hier; aber manche Genossen sind oft noch zu müde, ständig für unsere Forderungen Agitation zu machen, damit eine einheitliche Front zustande kommt. Das muß noch anders werden, aber sofort. Und so kann eine wirklich beachtenswerte Kampffront für den Volksentscheid, unser nächstes Ziel, geschaffen werden.

Mit kommunistischem Gruß!

Genosse R. P.

*

Die Ammendorfer Erwerbslosen protestieren

Aus Ammendorf wird uns geschrieben:

Am Montag fand im „Elsterta!" eine gutbesuchte Versammlung der Erwerbslosen statt, in welcher die traurige Lage der Erwerbslosen, sowie die skandalöse Vergeudung von Hunderten von Millionen Mark Steuergelder als Abfindung der ausgerissenen Fürsten usw. behandelt wurden. Nach ausgiebiger Diskussion wurde folgende Resolution verlesen und einstimmig angenommen:

Resolution:

Die Erwerbslosen von Ammendorf nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem Vorhaben der preußischen Regierung, den abgesetzten Hohenzollern Werte von 500 Millionen Goldmark als Abfindung zuzuschanzen.

In der Zeit der sich immer mehr verschärfenden Wirtschaftskrise, da die Zahl und die Not der Erwerbslosen bedenklich wird, Massenentlassungen überall noch vorgenommen werden und die Kurzarbeit ständig zunimmt, Lohn- und Akkordreduzierungen immer größeren Umfang annehmen, die Arbeiterschaft dadurch ungeheurer Verelendung preisgegeben wird, will man den fürstlichen Hyänen, auf Grund alter monarchistischer Gesetze wie auch der Weimarer Verfassung, auf Kosten der Werktätigen Werte von Millionen in den Rachen werfen.

Kein Mittel darf deshalb von der gesamten Arbeiterklasse unversucht bleiben, diesen beabsichtigten Raubzug zunichte zu machen und darüber hinaus den dadurch freigewordenen Abfindungsbetrag für die Arbeitslosen und Kurzarbeiter bereitzustellen.

Die Erwerbslosen von Ammendorf fordern daher die SPD. und den ADGB. auf, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß der von der KPD geforderte Volksentscheid durchgeführt wird.

Restlose Beschlagnahme aller Vermögenswerte der fürstlichen Räuber, sofortige Einstellung aller Zahlungen an Wilhelm Hohenzollern und alle übrigen früheren deutschen Potentaten, Uebernahme der Schlösser und Güter durch den Staat und Bereitstellung derselben für Erholungsbedürftige, Kranke und Siedler!

Ferner wurde aus der Versammlung folgender Antrag eingebracht und einstimmig angenommen:

Nicht eine 20prozentige Erhöhung der Unterstützungssätze, wie durch den Reichstagsbeschluß vorgesehen, sondern alle Kraft einzusetzen für:

Verdoppelung der Erwerbslosenunterstützung;
Einführung der Kurzarbeiterunterstützung;
Wegfall der Karenzzeit;
Beseitigung der Pflichtarbeit;
Maßnahmen gegen die Unternehmer, welche durch Sabotage zu Betriebsstillegungen greifen;
Zusammenschluß aller Arbeitenden und Erwerbslosen zu gemeinsamer Front gegen den Kapitalismus.

Einig war die Versammlung auch darüber, daß nur eine geschlossene Front zum Siege verhelfen kann.

Darum: Hinein in die rote Front, kein Stahlhelm oder Wehrwolf kann Euch vor Arbeitslosigkeit retten. Nur eins kann uns vor völliger Vernichtung bewahren: Die rote Front!

*

Gleichzeitig machen wir auf die am kommenden Freitagnachmittag 4 Uhr im „Elsterta!" stattfindende Versammlung der IAH. aufmerksam. Erwerbslose, erscheint mit Euren Frauen recht zahlreich. Referent: Kollege Höker.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Heute abend ½8 Uhr in der Jugendherberge, Weingärten. Funktionärsitzung. Alle Funktionäre müssen erscheinen.

Donnerstag: Musikübungsstunde in der Jugendherberge.

Theater und Konzerte

Stadttheater. Am heutigen Mittwoch „Intermezzo". Am Donnerstag, dem 17. Dezember, geht im Stadttheater Wiens „Rosenkavalier" unter Spielleitung von Ella Rochel-Müller in Szene. Freitag, 7 Uhr, „Lohengrin". Sonnabend (Ariensöhne). Sonntag, nachmittags 3 Uhr, „Das gewandete Teufelchen, abends 7½ Uhr „Gräfin Mariza".

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. V.: Willy Barnsch Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Sonntag: Rückkehr der Jugenddelegation aus Sowjet-Rußland

Rüstet mit allen Kräften zum Empfang!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251216-15/fragment/page=0006

Gegen die Greuel in Syrien!

Eine Aera blutiger Kolonialkriege kennzeichnet die Weltpolitik seit dem Bestehen des Völkerbundes. Seine Mandatare haben in Aegypten und Persien, Marokko, Palästina und Mesopotamien die Völker militärisch, politisch, wirtschaftlich und kulturell unterdrückt und unabsehbare Kämpfe entfesselt.

So reich alle diese Kämpfe und Kriege an Opfern und Elend sind, sie werden überboten durch die

Kriegsgreuel in Syrien.

Dort unterdrückt seit 1918 Frankreich alle nationalen und kulturellen Eigenheiten der eingeborenen Bevölkerung. Die seit Jahren geschürte Empörung kam im Juni 1925 zum offenen Ausbruch, als der französische Kommissar eine Protestdelegation der Drusen verhaften ließ. Die geknechteten Syrier griffen zu den Waffen. Der französische General Sarrail antwortete mit blutiger Niederwerfung und Niedermetzelei der Aufständigen.

Hunderte von gefangenen Syriern wurden ohne jedes Gerichtsverfahren niedergemacht!

Photographische Aufnahmen der Weltpresse zeigten Hunderte von Erschossenen, zur Warnung wie gefällte Baumstämme aufgeschichtet.

Der barbarische Akt der Beschießung offener und kunstreicher belgischer Städte wie Löwen und Mecheln durch deutsche Truppen im Weltkriege hat sein Gegenstück gefunden! In Syrien wurde auf Befehl Sarrails die uralte Wunderstätte orientalischer Kultur,

Damaskus, 50 Stunden lang mit schwerem Artilleriefeuer und Minen beschossen.

6000 Menschen, vor allem Greise, Frauen und Kinder, lagen tot unter den Trümmern.

Gegen diese ebenso sinnlose wie verbrecherische Tat hat die gesamte Kulturwelt Protest erhoben, aber mit wenig Erfolg. **Der Krieg tobt weiter. Granaten und Giftbomben fressen ganze Dörfer in Brand und vernichten die mühsame Arbeit von Generationen.** Das Elend der verwundeten Aufständigen ist unbeschreiblich. Mit ihren Familien und Haustieren kampieren sie in Erdlöchern und kahlen Grotten. Jede ärztliche Hilfe, Medikamente und Verbandszeug fehlen. In ihrer Verzweiflung versuchen sie, die brennende Wunde mit Sand zu kühlen.

Die Unterzeichneten, zusammengeschlossen im Komitee:

„Gegen die Greuel in Syrien!"

haben sich zur Aufgabe gesetzt, durch Wort und Schrift Aufklärung in die weitesten Kreise über die Greuel in Syrien zu tragen. Sie rufen auf:

zur sofortigen praktischen Hilfe

durch

Uebermittlung von Arzneimitteln und Verbandszeug,

durch

sanitäre Hilfeleistung

und

Entsendung von Aerzten.

Sie fordern mit den für ihre Freiheit ringenden Syriern:

Sofortige Einstellung der französischen Kriegsoperationen in Syrien! Räumung Syriens!

Aufhebung des Mandats!

Sicherung der nationalen Selbständigkeit!

Für das Komitee „Gegen die Greuel in Syrien":

Georg Ledebour, Fritz Danziger, Professor Schollenbruch, Gerhard Kahl, Dr. Flake, Dr. Boenheim, Dr. Klauber, Dr. Menz, Henry Guilbeaux, Erich Mühsam, Johannes R. Becher, Fritz Weiß, F. Rubiner, A. Schlichter, Willi Münzenberg, Bruno W. Reimann, Dr. med. Schminke, Wieland-Herzfelde, Lu Märten, Dr. Ernst Schwarz.

Weitere Zustimmungserklärungen, Zuschriften und Spenden sind zu adressieren an den Vorsitzenden des Komitees Fritz Danziger, Berlin, Bamberger Straße 60.

Der Krieg in Syrien

Oder der Friedensengel von Locarno

(TU.) **London**, 15. Dezember.

Wie der „Times" aus Damaskus berichtet wird, haben die neuen französischen Operationen begonnen. Große Verstärkungen sind über Nacht gekommen. Mehrere starke Kolonnen wurden gestern morgen nach verschiedenen Richtungen hin ausgesandt. Der unmittelbare Zweck dieser Operationen ist die Befreiung der offenen Gebiete von „umherstreifenden Banden" und die Bildung eines Kordons um die Städte Damaskus und Homs. Amtlich wurde in Damaskus bekanntgegeben, daß Fariz-Bey und Emir Shaab die Waffen gestreckt haben. Sie sind die Scheiche des Muwalistammes, eines der kriegerischsten Stämme, dem mehr als 1500 waffenkundige Männer angehören. Die französischen Uebergabebedingungen bestehen in der Zahlung einer Kontribution von 5000 Pfund in Gold, der Auslieferung von 1500 Gewehren und schließlich die Auslieferung derjenigen Muwalen, gegen die von seiten des Zivilgerichtshofes Verwaltungsbefehle ausgegeben wurden.

Das ganze Mossulgebiet England zugesprochen

Ein Völkerbundskrieg gegen die Türkei in Sicht

(TU.) **London**, 15. Dezember.

Der amtliche englische Funkdienst meldet: Im Foreign office ist ein Telegramm Chamberlains eingetroffen, daß die Entscheidung des Völkerbundsrates im Mossulkonflikt bekannt gibt. Das Vilajet von Mossul ist in geheimer Ratssitzung dem Irak unter der Bedingung zugesprochen worden, daß das englische Iraqmandat auf 25 Jahre verlängert wird. Chamberlain wünscht in seinem Telegramm die Zustimmung des Gesamtkabinetts zu dieser Entscheidung. Der Völkerbundsrat hat die Bekanntgabe der Entscheidung bis zum Eintreffen der Zustimmung aus London verschoben.

*

Dieser Schiedsspruch des Völkerbundes stellt einen unerhörten Angriff dar gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Eine frühere Völkerbundskommission hatte bereits festgestellt, daß das Mossulgebiet seiner Geschichte und seiner Bevölkerung nach der Türkei zugehöre. England hat diese Entscheidung hintertrieben und durch seine Intrigen diesen Schiedsspruch des Völkerbundes zu seinen Gunsten revidiert. Das Gebiet um Mossul ist aber nicht nur eine Interessensphäre des englischen, sondern auch des französischen Kapitals. Die Oelfelder um Mossul beansprucht Frankreich in der gleichen Weise wie England. Die jetzige Entscheidung zugunsten Englands ist der Ausdruck für die Tatsache der augenblicklichen Schwächung Frankreichs, zumal England Frankreich durch die Garantie des Syrienmandates den Mund stopfen will.

Durch den Entscheid, das türkische Gebiet um Mossul den englischen Interessensphären endgültig anzugliedern, ist die Spannung zwischen der Türkei und England auf das höchste gestiegen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 16. Dezember schreibt hierzu:

In diesem Zusammenhange wird bereits an den Artikel 17 des Paktes erinnert, demzufolge der gesamte Völkerbund verpflichtet sei, einem Bundesmitglied gegenüber einem Nichtmitglied, welch letzteres das erste militärisch bedrohe, beizuspringen, falls letzteres sich dem Urteil des Rates nicht unterwerfe oder im Falle der Ablehnung der Ratsentscheidung den Krieg beginne.

Diese Entscheidung des Völkerbundes rückt einen Krieg gegen die Türkei in unmittelbare Nähe, der formell vom gesamten Völkerbund zu führen wäre.

Der Finanzminister Loucheur zurückgetreten

Keine Gesamtdemission des Kabinetts

(TU.) **Paris**, 16. Dezember.

In der Finanzkommission fand gestern nachmittag nach der Rede des Finanzministers eine lebhafte Debatte statt. Zum Schluß wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die ausdrücklich feststellte, daß **die Kommission das gestrige Mißtrauensvotum gegen den Finanzminister aufrechterhalte.** Die Rückweisung der Steuervorlagen an die Regierung bleibt bestehen. Nach der Abstimmung begab sich eine Abordnung zum Ministerpräsidenten, um ihm den Beschluß mitzuteilen. Sie wies darauf hin, daß die Entscheidung lediglich gegen Loucheur gerichtet sei und daß Briand weiter das volle Vertrauen der Kommission besitze. Auch die Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten entsandte eine Abordnung zum Ministerpräsidenten, ihm ihr volles Vertrauen auszusprechen. Darauf wurde Loucheur von Briand gebeten, eine Entscheidung zu treffen. Loucheur erbat sich eine einstündige Bedenkzeit, und um ½9 Uhr abends teilte er Briand mit, daß er sein Amt niederlege. Die Demission Loucheurs wurde vom Präsidenten der Republik angenommen. Eine Gesamtkabinettskrise ist vermieden worden, so daß es nur zu einer Umbildung des Kabinetts kommen wird. Ueber die Nachfolge ist noch nichts bekannt. Doch erregte es gewisses Aufsehen, daß Caillaux kurz nach der Abstimmung der Finanzkommission in der Kammer erschien, um sich darauf zum Ministerpräsidenten zu begeben.

Erneuter Rückgang des französischen Franken

(TU.) **London**, 16. Dezember.

Der französische Franken ist gestern an der Londoner Börse auf 135½ zurückgegangen. In Finanzkreisen befürchtet man, daß die erneuten Schwierigkeiten des französischen Kabinetts zu neuen Kursstürzen führen werden.

Der fallende Zloti

(TU.) **Danzig**, 15. Dezember.

Der Zloty hat heute an der Danziger Börse einen neuen außerordentlichen Kurssturz erlitten. Nachdem noch gestern 53,50 Gulden für 100 Zloty notiert wurden, lautet die heutige amtliche Notiz auf 45,44 Gulden.

Klassenkampf Leser kaufen nur bei Klassenkampf Inserenten

ff. hausschlacht. Wurstwaren sowie sämtliche **Kolonialwaren** kaufen Sie billigst bei **J. Wetzelt, Weißenfels** Zeitzer Straße 29

Gasthof „Roter Löwe" Weißenfels Stadtbekannte Küche Gutgepflegte Biere Eigene Schlachtungen

Mücheln **Agnes Drewes** Spezial-Haarschneidehaus mit elektrischem Betrieb empfiehlt in größter Auswahl Kosmetische u. Toilette-Artikel, Parfümerien und Seifen, Hustentee und Zahnpasta usw., s. T. unter Tagespreis Groß. Umsatz kl. Nutzen

Empfehle mein reichhaltiges Lager in: Hüten, Mützen, Hosenträger, Regenschirmen, Stoff- und Lederhandschuhen, Damen-Strümpfen, und Herren-Socken sämtl. Herrenwäsche usw. usw. zu billigsten Preisen **Erich Hirsch** Weißenfels-Neustadt

Kauft bei **Förderung** Zeitz, Neumarkt Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Wäsche Auffallend billige Preise **M. Hart & Co.** Neumarkt 10 Zeitz Neumarkt 10 Manufaktur- u. Modewaren :: Wäsche Damen- u. Herren-Konfektion :: Arbeiter-Garderobe Große Auswahl! Billige Preise!

Fahrräder, Nähmaschinen Sprechapparate, Schallplatten nur die besten Fabrikate zu außergewöhnlich billigen Preisen **Fr. B. Weiss** Wittenberg, Markt 5 Zichornewitz, Kolonie

Für den Winter! **Wollwaren** Trikotagen, Strümpfe Handschuhe Großes Lager Solide Preise **C. Kuntz Nachf.** Herm. Müller & Sohn Piesteritz

Kaufen Sie **Strümpfe** nur bei **Strumpf-Löchl** Zeitz Zeitz Neumarktstraße

Fahrräder Erstklassige Reparaturen jed. Art Emaillier- und Vernickelung **Rud. Gundlach** Weißenfels Langewerdener Straße 1

Weißenfels **„Zur Weste"** Jeden Freitag u. Sonnabend ff. Salzknochen Unterhaltungsmusik

Empfehle meine prima hausschlachtenen **Fleisch- u. Wurstwaren** **Pennerts Fleischerei** Weißenfels, Kubaitraße 4 und Marktstand

Bitterfeld Bitterfeld **Gesellschaftshaus** Jed. Sonnabend u. Sonntag **Großer Ball** bei nur gutbesetztem Orchester Treffpunkt aller Kreise und Arbeiter-Sportvereine

Felle aller Art, auch Schafwolle kauft Leipziger Felleinkaufszentrale Zeitz, Rohmarkt 14, Eing. Neumarkt.

Kleine Anzahlung Leichte Abzahlung **Auf Teilzahlung** bei sofortiger Mitnahme des Gegenstandes erhalten Sie sämtl. Damen- u. Herren-Garderobe Bett-, Leib- und Tisch-Wäsche sowie Schuhwar. i. jed. Ausführung im Zeitzer Manufakturwaren-Kredithaus Altmarkt 8, Hof rechts (Hotel Herold) Zeitz Kunden, die ihr Konto begleichen haben, brauchen keine Anzahlung zu leisten

ff. Fleisch- u. Wurstwaren empfiehlt **L. Vogler** Rind- und Schweineschlachterei Weißenfels Merseburger Str. 22

J. Israel, Wittenberg Collegienstraße 6 wie bekannt zu billigsten Preisen Herren- und Knabengarderoben und Arbeitskleidung

„Stadt Leipzig" Merseburg Neumarkt 46 Neumarkt 46 Täglich kräftigen preiswerten **Mittagstisch im Abonnement** sowie gut gepflegte Getränke Um regen Zuspruch bittet Max Reimelt

Lebensmittel, hausschlachtene Wurstwaren, selbstangel. Senf-, Pfeffer- und Salzgurken **Ww. E. Gutjahr, Zeitz** Schädelstraße 15

Prima hausschlacht. Wurstwaren empfiehlt **Franz Körner, Fleischermeister** Weißenfels, Kubaitstraße 5

Mäntel-Meyer Bitterfeld, Kirchstraße 10 hat stets die größte Auswahl in: Damen-Bekleidung

Teilzahlung! bei sofortig. Auslieferung d. Ware Herren- und Damen-Konfektion sowie Wäsche aller Art kaufen Sie am vorteilhaftesten bei **Rich. During, Zeitz** Kein Laden! Mittelstraße 6 Kein Laden!

Paul Winter, Wittenberg Collegienstr. 71, Fernruf 628 Spezialgeschäft für eine Offenbacher Lederwaren Eigene Anfertigung von Aktenmappen, Büchertasch., Schultornister, Fußbälle, Einkaufsnetzen, Markttasch., Mutterteichen, Frühstückstaschen, Sportgeräte Sämtliche Reparaturen werden schnellst. ausgeführt

Richard Hirschfeldt Wittenberg **Herren- u. Knaben-Modenhaus** Collegienstraße 22 und Mittelstraße 36

Ba. Weizen- u. Roggenmehl Futtermehl und Kleieprodukte empfiehlt **Fritz Schliski** Weißenfels, Merseburger Str. 26

Da **Fabrik-Niederlagen**, kaufen Sie Möbel auf Teilzahlung billigst und gut Vertreter Th. Janosch Zeitz, Jüdenstraße 2

Franz Roming & Söhne Kemberg Piesteritz Hausgeräte, Geschenkartikel, Fahrräder Reparaturwerkstatt

Um vorteilhaftesten kauft man Damen-, Herren- u. Arbeiter-Bekleidung im Möbel- u. Warenhaus **J. Preminger** Wittenberg, Jüdenstr. 7 Stets auf Lager: Wohn- u. Küchenteppichen einzelne Möbelstücke

Bitterfeld Central-Fleischhalle (Stadt Berlin) Täglich pa. Gefr.-Schinkenfleisch pa. Schweinefleisch sowie alle Sorten Wurst in nur gut u. Qualität zu äußerst. Tagespreisen

Schuhwarenlager **Liesbeth Löchel** Piesteritz, Mühlstraße Empfehle meine preiswerte **Schuhwaren** Eigene Maß- und Reparatur-Werkstatt

Herren-Anzüge, Wint.-Ulster, Joppen, Kind.-Anzüge, Knab.-Ulster zu extra billigen Preis, auch auf Teilzahlung **Alfons Günther** Piesteritz Wilhelmstraße 26

Flora-Drogerie Hermann Gasch Weißenfels, Merseburger Str. 24 Farben / Verbandstoffe Seifen

Färben, chem. reinigen, beistreichen, plissieren, Hüte umpressen, rasch und billig bei schmaler Bedienung Färberei Göttling, Zeitz Lagen: Wendischer Berg 1 Fabrik: Gerberstr. 1 u. 2 Telephon 291

Luisen-Bad Weißenfels Geöffnet von 8—8 Uhr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251216-15/fragment/page=0007

Versammlungen der KPD

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbüroen Telephonruf 3237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Oberbezirk Süden. Wichtige Funktionärsitzung Donnerstag, 17. Dezember, abends 8 Uhr, im „Gemütlichen Fritz", Kleine Brauhausstraße.
Bezirk 22. Bezirksversammlung Sonnabend, 19. Dezember, abends 8 Uhr, im „Kyffhäuser-Kaffee". Alles muß erscheinen.
Bezirk 4. Bezirksversammlung Donnerstag, 17. Dezember abends 8 Uhr, bei Kapple, Wettiner Straße. Funktionäre treffen sich eine halbe Stunde früher.
Bezirk 17. Bezirksversammlung Freitag, 18. Dez., abends 8 Uhr, in der „Eiche", Friedens-Siedlung. Mitgliederversammlung Sonnabend, 19. Dezember, abends 8 Uhr, im Gasthof. Referent von der BL. ist anwesend.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Querfurt. Mitgliederversammlung Donnerstag, 17. Dez., 8 Uhr, „Schützenhaus".
Mücheln. Mitgliederversammlung Donnerstag, 17. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Gewerkschaftsfragen. Referent von der BL.
Lützen. Mitgliederversammlung Donnerstag, 17. Dezember, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Tagesordnung: Gewerkschaftsfragen. Referent von der BL.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Teutschenthal. Mitgliederversammlung Sonnabend, 19. Dezember, abends 8 Uhr, im „Märchenhof". Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen.
Teutschenthal. Mitgliederversammlung Sonnabend, 19. Dezember, abends 8 Uhr, im „Märchenhof". Wichtige Tagesordnung. Referent von der BL. ist anwesend.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Dessau

Bitterfeld. Mitgliederversammlung der gesamten Stadtorganisation Mittwoch, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, im Parteilokal. Alles muß zur Stelle sein.
Gräfenhainichen. Mitgliederversammlung Mittwoch, 16. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokal Iger. Erscheinen ist Pflicht.
Roßlau. Mitgliederversammlung Mittwoch, 16. Dezember, abends 8 Uhr, Gasthof „Grüne Tanne". Jedes Mitglied hat zu erscheinen.
Dessau. Mitgliederversammlung Mittwoch, 16. Dezember, abends 7½ Uhr, im „Lindenhof". Thema: Gewerkschaftsfragen. Referent von der BL ist anwesend.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Hohenleipisch. Mitgliederversammlung Donnerstag, 17. Dezember, abends 8 Uhr, beim Genossen Hoa!
Annaburg. Funktionärsitzung Donnerstag, 17. Dez., abends 8 Uhr, im „Bürgergarten". Alle Gemeindevertreter haben zu erscheinen. Tagesordnung: Erwerbslosenfürsorge.
Mühlberg. Mitgliederversammlung Sonnabend, 19. Dezember, abends 8 Uhr, im „Bibelsächsen". Tagesordnung: Gewerkschaftsfrage. Referent von der BL.
Proßen. Arbeitsgemeinschaftskreis Freitag, 18. Dezember, abends 8 Uhr, in Proßen im Parteilokal. Die Ortsgruppen Proßen, Steinsdorf und Crödeln müssen sich geschlossen daran beteiligen.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Mitgliederversammlung Donnerstag, 17. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Gewerkschaftsfragen. Referent v. d. BL.
Naumburg. Funktionärsitzung Mittwoch 16. Dez., abends 8 Uhr, b. Gen. Gippner.
Naumburg. Mitgliederversammlung Sonnabend, 19. Dezember, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum Krüdl". Alles hat zu erscheinen.
Teuchern. Mitgliederversammlung Donnerstag, 17. Dezember, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum". Tagesordnung: Gewerkschaftsfragen. Referent von der BL.
Naumburg. Mitgliederversammlung Donnerstag, 17. Dezember, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hahn". Das Erscheinen aller ist Pflicht.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Gauleiterariat: Arthur Brandt, Halle Große Klausstraße 10 (Laden). Geöffnet: Wochentags 8 bis 10 Uhr und 3 bis 8 Uhr. Mittwoch und Sonnabends von 8 bis 10 Uhr und 3 bis 8 Uhr. Jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr.

Ortsgruppe Halle

Freitag, 18. Dez., 8 Uhr, im großen „Volkspark"-Saal große Mitgliederversammlung. Abrüstung 18. Heute, Mittwoch, abds. 8 Uhr, im „Volkspark" Abteilungsversammlung. Geschlossener Spielmannszug. Donnerstag, 17. Dezember, abends ½8 Uhr, im „Volkspark" Antreten zum Üben.

Jungsturm

Bezirksführer und Vorkandomitglieder Mittwoch, 16. Dezember, abends 6 Uhr, im „Volkspark" Sitzung. Abrechnung der Lose mitbringen.
Freitag, den 18. Dezember, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Mitgliederversammlung.

Untergau Saalkreis

Ammendorf. Freitag, 18. Dezember, im „Dreierhaus" öffentliche Versammlung. Die Wohnbezirksgruppenführer haben dafür zu sorgen, daß ihre Gruppen vollzählig zur Stelle sind. Antreten 7 Uhr im „Burgschlößchen". Spielmannszug zur Stelle.

Untergau Schkeuditz

Schkeuditz. Freitag, 18. Dezember, Pflichtversammlung. Antreten 7 Uhr Sammelplatz. Nichterscheinen zieht Konsequenzen nach sich.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Zappendorf. Freitag, 18. Dezember, 8 Uhr, im Lokal Rabe Pflichtversammlung.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 16. Dez. ½8 Uhr bei Freudenberg, Pflichtversammlung.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Torgau. Freitag, 18. Dez., 8 Uhr, „Waldschenke" Mitgliederpflichtversammlung.

Untergau Zeitz

Zeitz. Mittwoch, 16. Dezember, abends 8 Uhr, „Herberge", Jungsturmversammlung.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Mittwoch, den 16. Dezember, 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Karten mitbringen. Alles erscheint.
Hohenmölsen. Mittwoch, 16. Dezember, abends 8 Uhr, bei Fuchs Funktionärsitzung.
Weißenfels, Abteilung 1 u. 2. Freitag, 18. Dezember, 8 Uhr Mitgliederversammlung. Jungsturm bei Zutritt.

Bekanntmachung

Am schwarzen Brett im Wagenbaude (Marktplatz 24) befindet sich Bekanntmachung betreffend die Festsetzung eines neuen Bebauungsplanes für das Gebiet der Dorfstraße, Freiimfelder, Berliner- und Merseburgerstraße sowie von den Gemarkungen Zörbig und Bünchorn umschlossene Stadtgebiet.

Halle, den 11. Dezember 1925. (4391) **Der Magistrat**

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27

(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung.

Geöffnet Dienstag und Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnis zu haben in der Volksbuchhandlung Hartz 42/44

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Halle. Mittwoch, den 16. Dezember, abends 6 Uhr, Unterkassierer-innensitzung im „Volkspark". Anschließend daran (7 Uhr) Sitzung aller Sammlerinnen. Sammellisten und gesammelte Gelder sind mitzubringen.
Halle. Mittwoch, den 16. Dezember, 8 Uhr, im Mittelzimmer des „Volksparks" Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Rühl (Moskau).
Wallen. Donnerstag 17. Dez., abends 8 Uhr, im Gasthof, Werbeabend der JAH. Referent: Eddi Rühl, Wallen. Sämtliche proletarischen Vereine sind eingeladen.
Eisenburg. Sonnabend, 19. Dez., abends 8 Uhr, im Gasthof Werbeabend der JAH. Die gesamte werktätige Bevölkerung ist hierzu eingeladen.

Klassenkampf Leser kaufen nur bei Klassenkampf Inserenten

Sanitas-Bad
Gr. Steinstraße 15, part. (Eingang Mittelstraße)
Telephon 6122 Telephon 6122
Vollständig neu eingerichtet
Bäder für Krankenkassen
Geöffnet für Damen und Herren von früh 8 Uhr bis abends 9 Uhr

TABAKWAREN
nur Qualitätswaren in enormer Auswahl zu niedrig. Preisen kaufen Sie in den Spezialgeschäften von
Otto Mertens
Gr. Steinstraße 32
Alter Markt 3
Freimfelder Str. 10
Telephon 5150 Telephon 5150

Ihr sollt bei **Sobel** kaufen, weil er billig ist

Most-Pelze
sind gut und billig! Kein Laden, deshalb bedeutende Ersparnisse für den Käufer
Karlstr. 17
(Ecke Sophienstraße)
Haltestelle der Linien 5 u. 8

Max Utermann Halle a. d. Saale
Bernburger Straße 31
Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren
Herren-, Damen- u. Kinderstiefel vom einfachsten bis zum elegantesten
Gewissenhafte Bedienung

Elektrische Licht-, Kraft- u. Signalanlagen
jeder Größe. — Zentralen- und Ortsnetzbau
Kurt Jähnig, Dryanderstr. 9
Telephon 1235, 1937

Empfehle für diese Woche
prima Roßfleisch sowie sämtliche Wurstwaren in bekannter Güte
August Thurm, Roßschlächterei Reilstr. 10 Tel. 6607

Wilhelm Janssen
Halle a. d. Saale
Liebenauer Straße 162
Woll- und Kurzwaren
Trikotagen
Bettwäsche u. Inletts
Bettfedern von 1,35 Mk. an
Wollgarn von 0,75 Mk. an

Willy Horn
Schöbels Nachf.
83 Leipzigerstr. 83
Schuh- u. Filzwaren
preiswert und gut

Restaurant Franz Teichmann
Glauchaer Straße 32
Reichhaltige Auswahl in Speisen u. Getränken

Spielwaren
insbesondere Eisenbahnen und Aufzug-Artikel
Musikwaren
stets neueste Schlager in Schallplatten
Karl Albrecht, Halle-S.
Alter Markt 3

Max Ott, Halle a. S.
Steinweg 26
Drogen, Farben, Seifen

Zigarren
Zigaretten, Tabake
Otto Mucha
Großhandlung
Kerchenteichstr. 12 Telephon 1730

Pelzwaren
kauft man billig und gut bei
Franz Halle
Gr. Steinstraße 13, Eing. Mittelstr.

Billigste Bezugsquelle für
Haushaltungs- und Spielwaren
H. H. Schönbach
Schmeerstraße 1

Goldene Sieben
Halle a. d. Saale
Dessauer Str. 2b, Steinweg 30, Talamtstr. 7
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel

Drogen, Chemikalien
Farben Lacke Firnisse Pinsel
Haushalt- u. Wäscheartikel
Bruno Pretzsch
Halle-S., Moritzwinger 1
Fernsprecher 5350

Neuheiten in
Hüten und Mützen
für Herren und Knaben
Oberhemden, Kragen, Krawatten
Wiener Hutbazar
Schmeerstr. 14 Schmeerstr. 14

Total-Ausverkauf
wegen Aufgabe der Damenwäsche
Noch vorhanden sind:
Damenhemden, Prinzeßröcke
Untertaillen, Hemdentuch usw.
A. Hoppe, Halle a. S. Kaufhalle

Woll- u. Weißwaren
Schürzen, Strümpfe usw. und viele Bedarfs-Artikel
empfiehlt billigst
A. Kunz, Hallmarkt

Fahrräder Triumph Bauhter Presto Bittoria
Reparaturwerkstatt für alle Fabrikate
Zahlungserleichterungen
Paul Krause, Kl. Ulrichstr. 18

Mitteldeutsches Brennstoff-Kontor
Delitzscher Str. 6 G. m. b. H. Delitzscher Str. 6
Kohlen- u. Brennstoff-Großhandlung
liefert
Michel-Brikett
anerkannt beste Marke

Kaufen Sie Ihre
Schuhwaren
beim Fachmann
W. Gregor
Schuhmachermeister
Landsberger Str. 55

Eisenwaren, Werkzeuge, Laubsägeartikel, Haushaltungsgeräte, Oefen und Herde
Georg Lemme
Delitzscher Straße 11

Fertige Betten, Inlett-Stoffe
Bettfedern
liefert besonders billig
Kreß & Co., Pfännerhöhe 4, part.

Alle Parteigenossen und Arbeiter decken ihren Schuhbedarf
Billigste Preise im Riesen-Auswahl
Massenschuhverkauf
im Gewerkschaftshause Harz 42-44
Mittel-Rhein. Schuhwaren-Handels-Ges. m. b. H., Halle a. d. S.

Carl Saatz, Halle a. d. S.
Drogerie Rannischestraße 6 Parfümerie
empfiehlt
Seifen, Parfüms, Kölnische Wasser
Toilette-Artikel, Besen u. Bürstenwaren

Zigarren, Zigaretten und Tabake
kaufen Sie billigst bei
E. Helbing
en gros Triftstraße 1 en detail
— Telephon 4328 —

Roßschlächterei Max Zaubitzer
Steinweg 52
empfiehlt ständig:
Prima fettes Roßfleisch und bekannte gute Wurstwaren.
Tägl. warme Frühstück u. k. Gebäcke
Im Restaurant
Gute Biere u. tägl. warme Speisen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251216-15/fragment/page=0008

Gewerkschaftsbewegung

FAV. Schkeuditz für Volksentscheid und Fürstenenteignung

Die letzte Mitgliederversammlung des FAV. in Schkeuditz mußte sich mit recht eigentümlichen Vorgängen befassen. Schon vor längerer Zeit versuchte man von Markranstädt aus unsere Zahlstelle mit über 200 Mitgliedern zu schlucken. Der Dorn im Auge ist, daß wir eine rein kommunistische Verwaltung haben. Nun sollte dieser bislang vergeblichen Bemühen ein anderer Umstand zu Hilfe kommen. Schon immer sind auf den Verbandstagen die Forderungen gestellt worden auf Zusammenlegung kleiner Zahlstellen mit größeren. Da dieses aber nicht immer so leicht ging, sann man auf ein weiteres Mittel und kürzte einfach die prozentualen Anteile von 25 auf 15 Prozent und verbot zugleich weiter Lokalbeiträge zu erheben. Den Zahlstellen mit Angestellten aber ließ man beides und übernahm zum Teil noch, um die Angestellten recht gefügig zu machen, einen Teil ihres Gehaltes auf die Hauptkasse. Die hiesige Zahlstelle konnte nun ein paarmal die Kartellbeiträge nicht bezahlen, nicht eine durch Mißwirtschaft der Kommunisten, sondern, weil von den 15 Prozent ganze 3 Prozent für Verwaltungsausgaben blieben, wovon alle Delegationen, Angestellten-Versicherungsbeiträge usw. bezahlt werden mußten, während die übrigen 12 Prozent für Hilfskassierer und sonstiges draufgingen.

Der Versuch, die beiden Bevollmächtigten Boege und Dänicke durch Verleumdung zu entfernen, gelang nicht, weil die gesamte Mitgliedschaft sich dagegen wehrte und weil man auch nicht wußte, ob man nicht wieder einen Kommunisten hinsetzt, da ja die ganze Zahlstelle „verjevelt" ist. Nun hat man, unterstützt durch das Schkeuditzer Wernicke-Kartell, einen feinen Plan ausgeheckt: Man will nicht nur die Zahlstelle Schkeuditz, sondern auch Markranstädt an Leipzig anschließen, um dann später beide, aber nun unter der Leitung von Markranstädt, von Leipzig wieder abzutrennen. Ein feiner Plan, nicht wahr Herr Rost? Aber nur etwas zu früh verraten, aber er wird auch nicht gelingen!

Nach einem ausführlichen Vortrag des Kollegen Boege über den Millionenraubversuch seitens der Größenwahnsinnigen wurde in derselben Sitzung eine Entschließung angenommen welche die entschädigungslose Enteignung durch Volksentscheid verlangt, um die Mittel für Erwerbslose, Kurzarbeiter und Kriegsopfer zu verwenden. Die Entschließung, die den Parlamenten zugestellt ist, hat folgenden Wortlaut:

Entschließung

Die am 13. Dezember tagende Mitgliederversammlung des Fabrikarbeiterverbandes, Zahlstelle Schkeuditz, verlangt, daß dem Raubzug der ehemaligen Fürsten endlich ein Halt entgegengesetzt wird und fordert alle proletarischen Organisationen auf, sich für die schleunigste Herbeiführung eines Volksentscheids zur entschädigungslosen Enteignung der ehemaligen Fürstenhäuser einzusetzen. Die proletarischen Parlamentarier haben alles einzusetzen, daß dies so bald wie möglich geschieht.

Lohnbewegung der städtischen Straßenbahner

Vom Deutschen Verkehrsbund, Halle, wird uns geschrieben:

Da am 1 Dezember 1925 das Lohnabkommen für die städtischen Straßenbahner abgelaufen war, hatte der Deutsche Verkehrsbund dem Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden eine Forderung in Höhe von 8 Pf. pro Stunde für das Werkstättenpersonal, und für das Fahrpersonal eine entsprechende Erhöhung, umgerechnet in Monatslöhne, eingereicht. Der Arbeitgeberverband hat, ohne mit den Parteien darüber zu verhandeln, in einem Schriftstück jede Lohnerhöhung abgelehnt und eine Verlängerung des jetzigen Lohnabkommens gefordert. Die Arbeitnehmer lehnten dieses ab. Die Bezirksschiedsstelle hat am Freitag, dem 11. Dezember, einen Schiedsspruch gefällt, der der Forderung des Arbeitgeberverbandes Rechnung getragen hat. Der Schiedsspruch lautet:

1. Die Löhne des Straßenbahnpersonals werden wie bisher wochenweise ausgezahlt.
2. Die jetzige Lohntafel bleibt auf unbestimmte Zeit mit zweiwöchentlicher Kündigung in Kraft; sollte jedoch die Reichsverwaltung bei den augenblicklichen Lohnverhandlungen den Arbeitern und Beamten eine Lohnerhöhung oder Wirtschaftsbeihilfe zubilligen, so sind die Vertragsparteien gehalten, sofort über eine entsprechende Zulage an das Straßenbahnpersonal in Verhandlung zu treten.

Dieser Spruch ist von Arbeitnehmerseite einstimmig abgelehnt worden und wird der Zentralausschuß in Berlin am Freitag, dem 18. Dezember, erneut zur Lohnfrage Stellung nehmen.

Der Deutsche Verkehrsbund hat zum Sonnabend, 19. Dezember, vormittags 9 Uhr und nachmittags 5 Uhr, zwei Versammlungen nach dem „Volkspark", einberufen, in welcher das Personal zu dem Schiedsspruch des Zentralausschusses Stellung nehmen wird. Für die im Betrieb Beschäftigten, ganz besonders für die Unorganisierten und Werksgemeinschafter, zeigt sich hierdurch wiederum mit aller Deutlichkeit, daß die schlechte wirtschaftliche Lage nur gebessert werden kann, wenn alle Kollegen sich der zuständigen freigewerkschaftlichen Organisation nämlich dem Deutschen Verkehrsbund, Abt. Straßen- und Kleinbahner, anschließen.

Tarifabschluß auf drei Jahre

(Arbeiterkorrespondenz)

Der „Klassenkampf" vom 2. Dezember brachte eine Notiz über die Absichten der Unternehmer im Malergewerbe, die allem bisher Dagewesenen die Krone aufsetzt und es ist gar nicht zu verstehen, daß die Gewerkschaftsleitung nicht schon in der Zwischenzeit alle Maßnahmen zum Kampfe getroffen hat. Da soll die Arbeitszeit verlängert werden und der Ueberstundenzuschlag wegfallen, ebenso die Vergütung für Regentage, die Ferien sollen beseitigt werden, die Gewerbegerichte sollen ausgeschaltet werden, und die Gewerkschaft soll sogar einen Fonds als Garantie gegen Tarifbruch hinterlegen. Und dieser schöne Tarif soll gleich auf drei Jahre abgeschlossen werden! Diese Verhöhnung paßt so richtig in die Zeit, wo man Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße wirft und dem Erwerbslosenelend preisgibt, wo die Lebensmittelpreise ständig steigen und den Monarchisten und Fürsten Millionen in den Schoß geworfen werden!

Unser Tarif bedarf der Mitarbeit und Vorbereitung durch alle Kollegen, es geht nicht an, daß die paar Leute an der Spitze mit den Unternehmern über ein solches Angebot kuhhandeln.

Kollegen im Malerberuf, es geht hier um unsere ureigensten Interessen. Wir müssen den Kampf aufnehmen! In der Versammlung am 17. Dezember im Gewerkschaftshaus in Halle (8 Uhr) darf kein einziger Maler oder Anstreicher fehlen. Unsere Versammlung muß ein wuchtiger Protest gegen die unerhörten Frechheiten der Unternehmer werden.

Die Gewerkschaften der Sowjetunion

Von Michael Tomski*)

Der Charakter und die Hauptlinie der Betätigung unserer Gewerkschaftsbewegung sind durch ihre Geschichte bestimmt. Der Anfang der Bewegung als einer offenen legalen Massenorganisation steht mit den ersten politischen Massenaktionen des russischen Proletariats im Jahre 1905 im Zusammenhang. Der Schaffung von Gewerkschaften ging die Organisierung der Sozialdemokratischen Partei voraus, die 1905 endgültig gestaltet war mit einem klaren sozialistischen Programm. Es war also die (sozialdemokratische) politische Arbeiterpartei, die an den Aufbau der Gewerkschaften herangetreten ist, und zwar aus eigener Initiative, und es ist deshalb verständlich, daß die ersten Gewerkschaftsgründer als Mitglieder dieser Partei von dieser Partei selbst die Führung der gegründeten Gewerkschaften übernahmen und daß diese dann von den Massen erwählt worden sind, sie weiterzuführen. Geboren im Sturm der Revolution, nahmen die jungen Gewerkschaften sofort aktiven Anteil an den revolutionären Kämpfen der Arbeiterklasse gegen den Zarismus. Sie wuchsen mit dem Wachstum der revolutionären Bewegung selbst und hatten unter den Schlägen der Reaktion von 1909 bis 1910 zu leiden. Das Moment ihrer Geburt und die Umstände ihrer Entwicklung haben unsere Gewerkschaften gelehrt, daß der wirtschaftliche und politische Kampf der Arbeiterklasse unzertrennbar sind. Die Zerstörung der Gewerkschaften nach der Niederschlagung der revolutionären Bewegung im Jahre 1905-07 lieferte für diese Anschauung die allerbeste Illustration und Bestätigung.

Die Februar-Revolution des Jahres 1917 war der Augenblick der Wiedergeburt unserer Gewerkschaftsorganisationen. Vom ersten Tage der Revolution an erwachten sie wieder zum Leben in einer mächtigen und spontanen Bewegung, und ihr Organisator war zum großen Teil wieder die Sozialdemokratische Partei. Jetzt trat aber auch ein neuer Organisator der Gewerkschaftsbewegung auf den Plan: der Rat der Arbeiterdelegierten (Sowjet), vertreten durch seine Arbeitsabteilung, und die Gewerkschaften nahmen zusammen mit den um die Sowjets organisierten Arbeitermassen einen aktiven und lebhaften Anteil am politischen Leben des Landes.

Die Bedingungen und Umstände ihrer Entwicklung haben es unseren Gewerkschaften unmöglich gemacht, politisch neutral zu bleiben. Es ist richtig, daß innerhalb der Gewerkschaften in den Jahren 1905 bis 1909 ein Kampf zwischen den Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären und im Jahre 1917 ein Kampf zwischen den Bolschewiken und Menschewiken vor sich ging. (Die Sozialrevolutionäre hatten um diese Zeit in den Gewerkschaften jedweden nennenswerten Einfluß verloren.) In diesen Kämpfen haben die Vertreter des rechten Flügels (die Menschewiki und Sozialrevolutionäre) aus taktischen Gründen stets die Parole der parteipolitischen Neutralität oder der politischen Neutralität überhaupt herausgegeben. Diese Parole hatte aber nie irgendeinen größeren Erfolg. Ungefähr bis zum August 1917 wurden die russischen Gewerkschaften durch den rechten Flügel beherrscht, nach dem August aber herrschte bereits der Einfluß der Bolschewiken vor.

Der Kornilow-Aufstand am 24. August 1917 war im Kampfe zwischen dem rechten und linken Flügel ein entscheidender Faktor, denn die Gewerkschaften sehen eine reale Möglichkeit der Konterrevolution vor sich und und die Bedrohung ihrer eigenen Existenz. (Nicht umsonst haben Militärkadetten, von Kerenski im Juli gegen die Bolschewiken geschickt, mit dem Segen der Menschewiken Goß, Dan, Abramowisch und anderer in Leningrad eine Reihe von Gewerkschaften aufgelöst.) Deshalb organisierten und bildeten die Gewerkschaften ihre eigenen roten Garden aus.

Im Oktober haben die Arbeiter unter Führung der bolschewistischen Partei die Sowjetmacht erkämpft. Die Gewerkschaften kämpften gemeinsam mit den Sowjets zusammen mit den Arbeitern, mit der bolschewistischen Partei gegen die bürgerlichen Stadtverwaltungen, gegen die Militärschüler, die Armeeoffiziere und einen Teil der Bourgois-Studenten, die in einer weißen Garde organisiert waren. Das ist die Verteilung der Kräfte und der sozialen Gruppierungen in den Oktoberkämpfen, deren Klasseninhalt für jedermann klar ist.

Die Arbeiter nahmen die Macht in ihre eigenen Hände. Die höheren Beamten aber und ein beträchtlicher Teil der Intelligenz weigerten sich, der neuen Regierung zu dienen und nahmen lieber die Taktik der Sabotage an. Die Arbeiter-Regierung stand ohne Verwaltungsapparat an der Macht. Da kamen ihr die Gewerkschaften mit allen ihren Kräften zu Hilfe. Der höchste Volkswirtschaftsrat, das Volkskommissariat für Arbeitswesen wurde ausschließlich aus Kräften der Gewerkschaften organisiert, und auch die anderen Kommissariate zu einem größeren oder geringeren Teil. Auch die Rote Armee und ihre Reserveformationen, sowie ihr Kommandopersonal und ihre Kommissare wurden mit der aktivsten Beteiligung der Gewerkschaften aufgebaut und aus ihren Reihen rekrutiert. Die besten Stoßtruppe der Roten Armee bildeten sich aus Textilarbeitern, Metallarbeitern, Eisenbahnern und Bergarbeitern. Es ist unmöglich, all die Arbeit zu schildern, die die Gewerkschaften im Aufbau des Verwaltungsapparates und der Wirtschaft des Sowjetstaates geleistet haben.

Es ist klar, daß das Verhältnis unserer Gewerkschaften zu unserer Sowjetregierung ein wesentlich anderes ist, als das Verhältnis der Gewerkschaften zu der Regierung einer fremden Klasse in anderen Ländern. Die Gewerkschaften der Sowjetunion wurden durch die politische Arbeiterpartei geschaffen. Sie lernten unter der Führung der bolschewistischen Partei (jetzt Kommunistische Partei Rußlands) die Anschläge der Konterrevolution mit ihren bewährten Proletarierfäusten zurückzuschlagen. Unter der dieser Partei errangen sie die Macht, unter ihrer Führung bauten sie den neuen Arbeiterstaat, die Sowjetrepublik, auf.

Unter Führung dieser Partei und in einer engen Zusammenarbeit mit ihr haben unsere Gewerkschaften alle Angriffe der Interventionsarmee zurückgeschlagen, vereitelten sie alle Versuche der Konterrevolution, befreiten sie das Land vom Gespenst des Hungers, des Krieges, des wirtschaftlichen Ruins und der Epidemien, indem sie seine Produktivkräfte entfesselten, Kultur verbreiteten und die Grundlagen des Sozialismus verbreiteten und vertieften.

Das sind die Gründe, warum das Verhältnis unserer Gewerkschaften zu unserer Kommunistischen Partei ein anderes ist, als in anderen Ländern, das ist der Grund, warum die Gewerkschaften und alle Arbeiter der Sowjetunion auf die Kommunistische Partei Rußlands als auf ihre Führerin und Leiterin blicken. Dieses Recht erwarb sich die Kommunistische Partei in den ersten Gefechten des Klassenkampfes der Arbeiter der Sowjetrepubliken und bekräftigte dasselbe durch die Erfahrungen von acht schweren, aber glorreichen Jahren der Führung der Klasse, die bereits an der Macht war.

Unsere Gewerkschaften sind als solche der Kommunistischen Partei nicht angegliedert. Formell gehören sie keiner Partei an. Sie fassen alle Arbeiter, ungeachtet ihrer religiösen und politischen Auffassung, zusammen; weil sie aber der Partei vertrauen, wählen die Arbeiter die Kommunisten in alle verantwortlichen Posten der Gewerkschaften, so daß praktisch in den wichtigsten Fragen die Gewerkschaften durch die Partei geführt werden, mit der sie durch die Geschichte der acht glorreichen Jahre der Revolution ungertrennlich verbunden sind.

*) Dieser Aufsatz des Genossen Tomski erschien am 28. November in einer russischen Gewerkschaftsbeilage des englischen Arbeiterblattes „Daily Herald".

Achtung, Gewerkschaftsgenossen!

Äußerst wichtige Mitgliederversammlungen, in denen die Gewerkschaftsarbeit besprochen wird, und in denen keine Genosse und keine Genossin fehlen darf, finden statt:

Delitzsch: Mittwoch, 16. Dezember, 8 Uhr, im „Lindenhof".
Naumendorf: Mittwoch, 16. Dezember, 8 Uhr, „Elstertal".
Weißenfels: Donnerstag, 17 Dez., 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus".
Mücheln: Donnerstag, 17. Dezember, 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus".
Eilenburg: Freitag, 18. Dezember, 8 Uhr.
Schkeuditz: Industriegruppe Bau Donnerstag, 17. Dezember, 8 Uhr. Referent Kollege Groh (Leipzig).

„Daily Herald" gegen die rechten Amsterdamer

„Daily Herald" bedauert in einem Leitartikel die Weigerung der Amsterdamer Internationale, dem englischen Vorschlag auf Einberufung einer Konferenz mit den russischen Gewerkschaften ohne Vorbedingungen zuzustimmen. Das Blatt stellt fest, daß mit dieser Entscheidung die ganze Frage zu dem Zustand am Anfang dieses Jahres zurückgekehrt ist, d.h. es ist ein Stillstand eingetreten. „Sind damit die Anstrengungen der englischen Gewerkschaftsbewegung zur Herbeiführung der internationalen Einheit erschöpft?" fragt der „Daily Herald" weiter und antwortet:

„Nicht im geringsten. Sie müssen solange fortgesetzt werden, bis man die Russen mit den anderen zu einer freundschaftlichen Aussprache ohne vorherige Bedingungen zusammengeführt hat. Jetzt muß die Resolution des Gewerkschaftskongresses von Scarborough in die Tat umgesetzt werden. Diese Resolution verlangt, alles zu tun, „um eine wetteifernpannende Einheit der Gewerkschaftsbewegung in einer allumfassenden Gewerkschaftsinternationale zu sichern". Wohlgemerkt, eine allumfassende Internationale, das bedeutet nicht notwendigerweise eine der schon bestehenden."

Der Artikel schließt:

„Was wir jene, die am Sonnabend die Majorität bildeten (gemeint sind die rechten Amsterdamer — D. V.), zu beachten bitten, ist folgendes: **Die kapitalistische Presse billigt ihre Tätigkeit, die Reaktion zollt ihnen Beifall.** Die ausgesprochenen Feinde der Arbeiterklasse beglückwünschen sie zu ihrer Geschicklichkeit und Klugheit. **Gilt ihnen das als Beweis dafür, daß sie in dieser Angelegenheit im Interesse der arbeitenden Klasse gehandelt haben?"**

Für unsere SPD-Presse, die sich ausdrücklich mit der Auffassung der reaktionären „Times" solidarisiert, ist diese Stellungnahme ihres englischen Bruderorgans eine schallende Ohrfeige.

Gewerkschaftsverbote in Italien

Rom. Nach den Präfekten von Turin und Mailand haben auch die Präfekten von Bologna und Rom die Gewerkschaften der Setzer und Buchdruckereiarbeiter aufgelöst. Die Vertreter dieser Gewerkschaften seien nach Rom gekommen und haben mit den faschistischen Gewerkschaften unterhandelt. Sie sind darauf von Mussolini empfangen worden. In den nächsten Tagen wird eine Generalversammlung der Buchdrucker und Setzer einberufen werden, um über die Stellung zu den faschistischen Gewerkschaften zu beraten. In politischen Kreisen sagt man, daß diese Gewerkschaften zu den faschistischen übertreten werden.

Genossen! Berichtet über die Resultate der Ortsverwaltungswahlen!

Der Arbeiter als Kapitalbildner

Von E. Ludwig

(Schluß.)

Löhne und Krise

Das ist die eine Seite der auf die Kapitalbildung angewandten Theorie von der Wirtschaftsdemokratie. Die andere Seite ist die, daß nach der Auffassung des Herrn Zwing, wie aller Reformisten, hohe Löhne geeignet sind, die Krise zu überwinden. Man gebe den Arbeitern hohe Löhne, dann können sie nicht nur mehr kaufen, sondern auch sparen und die Ersparnisse als neues Kapital der Wirtschaft zur Verfügung stellen. Ein ganz einfaches Rezept, wie man sieht; so einfach, daß man sich wundert, daß die Kapitalisten nicht längst auf diesen bequemen Ausweg verfallen sind. Auch die Kapitalisten wollen ja sparen. Das Sparen ist ein Hauptteil ihres Wirtschaftsprogramms, aber sie sparen auf Kosten der Arbeiter durch Lohnherabsetzung und Verschärfung der Antreiberei. Das ist das kapitalistische Sparen. An ihm wird nichts durch die reformistische Utopie des Herrn Zwing geändert. Im Gegenteil werden die Arbeiter durch diese reformistische Utopie vom Kampf gegen dieses Sparsystem der Kapitalisten, der allein es beseitigen kann, zurückgehalten.

Hohe Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit und Beseitigung des Antreibesystems sind heute für die Arbeiterklasse notwendiger denn je. Wenn die Gewerkschaftsführer dafür kämpfen wollen, werden wir Kommunisten sie jederzeit darin unterstützen. Doch die Zwing-Theorie, die nur die Theorie aller Reformisten heute ist, daß hohe Löhne im Interesse der Kapitalisten liegen, verkennt, daß der imperialistische Kapitalismus mit seinen Monopolen im wesentlichen auf Kapitalausfuhr angewiesen ist, also nicht hauptsächlich Konsumtionsmittel für die breiten Massen, sondern Produktionsmittel (Maschinen, Eisenbahnen, Chemieprodukte usw.) für den Weltmarkt erzeugt; da er zu diesem Zweck durch Monopolpreise und Schutzzölle, durch Preiswucher, sogar den Inlandsmarkt planmäßig durch Beschneidung der zahlungsfähigen Nachfrage der Arbeiterschaft verödet. Die Zwing-Theorie verwandelt hier den Kampf gegen die Unternehmer um die hohen Löhne, der notwendig und die eigentliche Aufgabe der Gewerkschaften ist, in einen Appell an die bessere Einsicht der Unternehmer; ersetzt grundsätzlich den Streik durch das Verhandeln in der Arbeitsgemeinschaft. Womit die Wirtschaftsdemokratie glücklich wieder an ihrem Ausgangspunkt angelangt ist.

Umstellung der Produktion auf Massenbedarf

der inländischen werktätigen Bevölkerung ist geboten. Aber sie geschieht nicht in Arbeitsgemeinschaft, durch gütliches Zureden an einen imperialistischen Kapitalismus, der vernünftig werden und als Katze das Mausen lassen solle, nicht dadurch, daß durch Sparen die Arbeiterschaft ihm neues Kapital zur Verfügung stellt, damit er später nach der Krise um so tüchtiger wieder mause. Diese ganze reformistische Utopie läuft darauf hinaus, die Arbeiterschaft, die schon in der Fabrik an den Kapitalisten geteilt ist, durch Sparguthaben und Aktienbeteiligung, die als vom Kapitalisten angewendetes Kapital sich gegen die Proletarier auswirken, noch fester an das Kapital zu knüpfen. Die Umstellung auf den Massenbedarf geschieht durch Eingriff der Arbeiterschaft in den Kapitalismus, durch die Kontrolle der Gewerkschafts- und Betriebsräte bei den Betriebsstillegungen, bei der Weiterführung der Betriebe, die die Unternehmer allein aus Profitinteresse stillegen wollen, bei der Zwangsregelung der Wirtschaft durch den Staat. Also nicht in Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum, sondern in Todfeindschaft gegen das Unternehmertum.

Zwing freilich will von solchen Eingriffen nichts wissen. Ihm ist der

Weg über den politischen Apparat

ein falscher Weg:

„Es sind Pessimisten, die die Gewerkschaften in ihrem Streben auf Aenderung der wirtschaftlichen Besitzverhältnisse auf den Weg über Staat und Politik weisen. Abgesehen davon, daß nach andern, unerschütterten sozialistischen Theorien Staatenpolitik erst den Ausdruck der wirtschaftlichen Machtverhältnisse der einzelnen Gesellschaftsschichten bilden, die Wirtschaft in der Gesamtgesellschaft also das primäre Element darstellt."

Die Verballhornung des Marxismus in dem letzten Satz sei Herrn Zwing geschenkt. Sicher und für jeden Arbeiter verständlich ist jedenfalls das, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise geändert werden muß, wenn es zu erträglichen Verhältnissen für die deutsche Arbeiterklasse kommen soll. Dazu gehört an erster Stelle der Kampf gegen die bürgerliche Staatsgewalt, die die kapitalistischen Eigentums- und Ausbeutungsverhältnisse aufrechterhält. Solange der Kapitalist Privateigentümer der Produktionsmittel bleibt und die Arbeiter durch Ford-Bänder mehr und mehr zu willenlose Bestandteile der Dawes-Maschinerie verwandelt, solange darf der Arbeiter, nach Herrn Zwing, bestenfalls einen Teil seiner Spargroschen dem Kapitalisten opfern, damit dieser die Ausbeutung verschärfen kann. Bis dann in einer neuen Aufwertungsgesetzgebung der Kapitalist in Vollendung der Zwingschen Kapitalneubildung die freiwillig dargebotenen Spargroschen gewaltsam enteignet. Soll das anders werden, so muß das Kräfteverhältnis in Oekonomie und Politik geändert werden, so muß die Arbeiterschaft wirtschaftlich und politisch kämpfen gegen das Unternehmertum und gegen seinen Staat.

Auch diese elementarste Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus hat Herr Zwing preisgegeben. Die Wirtschaftsdemokratie hat ökonomisch als Schutzbelige sich die Sparagnes des seligen Eugen Richter erkoren. Politisch landet sie bei der Großen Koalition von Breitscheid bis Stresemann unter Hindenburgs Patronat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251216-15/fragment/page=0009

Arbeiter-Sport

Das Arbeiter-Sportkartell Halle für die Kundgebung gegen die Fürstenabfindung

In der gestrigen Sitzung des Arbeitersportkartells Halle wurde einstimmig beschlossen an der Kundgebung der KPD. am Sonntag, dem 20. Dezember, geschlossen teilzunehmen. Bemerkenswert erscheint, daß selbst sozialdemokratische Sportler die Notwendigkeit dieser Aktion anerkennen. Die Sitzung zeichnete sich durch sachliche Debatten aus.

Sportgenosse Oertel brachte folgenden Antrag ein, welcher ebenfalls einstimmig (ohne Debatte) angenommen wurde:

An die kommunistische und sozialdemokratische Landtagsfraktion!

Das Arbeitersportkartell Halle wendet sich an Euch mit folgenden Forderungen:

1. **Die ungleiche Verteilung der durch Staat, Länder und Kommunen zur Verfügung gestellten Gelder hat in den Kreisen der Arbeitersportbewegung und weiter Kreise der Arbeiterschaft große Empörung ausgelöst.**
2. **Während für Veranstaltungen bürgerlicher Sportverbände große Summen bewilligt wurden, gab man für die Arbeitersportverbände nichts oder nur einen verhältnismäßig geringen Betrag (für Sportforum 1 Million Mark, für Arbeiterolympiade ein paar Pfennige).**
3. **Ebenso werden bei der Verteilung von Turnhallen, Spiel- und Sportplätzen die bürgerlichen Vereine bevorzugt.**

Deshalb wenden wir uns an Euch mit dem Ersuchen, als Fürsprecher der Arbeitenschaft nun im Landtag für folgende Forderungen einzutreten:

a) **Bewilligung von 1 Million Mark für die Arbeiter-Turn- und Sportorganisationen, die durch die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege zur Verteilung gelangen.**

b) **Gewährung von unverzinslichen Darlehen an die Arbeitersportvereine bei Bau und Ausbau ihrer Uebungsstätten.**

Wir ersuchen Euch, diese unsere Forderungen als Anträge Eurer Fraktion im Parlament einzureichen und mit allen Euch zur Verfügung stehenden Mitteln zu vertreten.

Ferner erwartet das Kartell, daß die kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien sowie Zeitungen die restlose Enteignung der Fürstenhäuser in den Parlamenten betreiben und die beschlagnahmten Vermögen zur Linderung der Not der Erwerbslosen und Kurzarbeiter verwandt werden.

Zeigen die Volksfülle, da es sich um die Enteignung der „Ausreicher" handelt, eine geschlossene Front, so muß darauf hingewiesen werden, daß die sonstigen Schwätzer der rosaroten Politik durch Abwesenheit glänzten. Sie wollten nicht wieder in die Verlegenheit kommen, einer kommunistischen Aktion als „Sozialdemokraten" ihre Zustimmung geben zu müssen. Wie wird es in der Bezirkstagssitzung? „Wenn die Worte „der KPD." gestrichen werden, dann können wir, da wir ebenfalls gegen die Abfindung sind, die Resolution unterstützen." Da nunmehr unsere Partei die KPD., die einzigste Partei ist, die ein Volksbegehren in dieser Frage fordert, vergaben wir uns gar nichts, die Bezeichnung der Partei zu streichen, und siehe da, einstimmig wurde die Resolution gefaßt. Wie nun! Der Name KPD. muß wahrhaftig wie ein rotes Tuch den schnaufenden Stier reizen. Bemerkt sei nur noch, daß das „Volksblatt" es so hinstellt, als seien wir Ordnungsstörer in jeder Sitzung. Es steht aber fest, daß in jener Sitzung der Sportgenosse Lenker (Eisenburg) der Störenfried war, indem er uns vorwarf, wir wollten nur Agitation mit diesem Antrag betreiben.

Nach 8 Uhr eröffnete Sportgenosse Bandermann die Sitzung. Auf der Tagesordnung standen:

1. **Bericht von der Bezirkskonferenz.**
2. Statutenberatung.
3. **Verschiedenes.**

Eingangs wird der Sportverein „Sportbrüder 25" in das Kartell aufgenommen. Einer Einladung des Einheitskomitees der Jugend zum Empfang am Sonntag, dem 20. Dezember, wird zugestimmt, daß die Jugendlichen sich ½10 Uhr auf dem Bahnhof treffen.

Sportgenosse Oertel gab Bericht von der **Bezirkskonferenz.** In längeren Ausführungen betonte er, daß die Kartelle sich zu einer Zentralisation zusammenschließen, um Großzügiges und Einheitliches zu schaffen

Den Bericht vervollständigten die Sportgenossen Bandermann und Pesold. Es wird im Februar eine Konferenz linksischer Kartelle Preußens stattfinden, um ein einheitliches Arbeiten zu ermöglichen. Ferner wird im Februar der Fachbeirat zusammentreten. Über ASC.

Nach Diskussion wurde zur **Statutenberatung** geschritten, die, wie schon erwähnt, in sachlicher Diskussion angenommen wurden nach Vorschlag der Statutenberatungskommission.

Im Verschiedenen wurde der Fall Fichte—Achilles angeschnitten, der eine baldige Regelung finden möchte.

Zur Generalversammlung müssen die offiziellen Vertreter mit Mandat und Vereinsstempel erscheinen.

Die Kartellbeiträge müssen bis Ende d. J. entrichtet sein an den Kassierer Otto Mayer, Dreyhauptstraße 1 und zwar wochentags von 5 bis 7 Uhr, Sonntags von 10 bis 11 Uhr.

Sportnachrichten

Mitteldeutsche Spielvereinigung, 2. Kreis, 6. Bezirk

Amtliche Bekanntmachungen

Am Memion, dem 21. Dezember, findet im „Volksport" eine Fußballbörse statt. Am 1. Januar 1926 sind die neuen Kassenmeldebücher an der Bund einzureichen. Eine genaue Abschrift dieser Bücher ist an den 6. Bezirk einzusenden zur Feststellung des tatsächlichen Mitgliederbestandes. Alle Mitglieder, welche auf der Liste nicht verzeichnet sind, gelten als eingemeldet. Die Meldebücher müssen enthalten: 1. Fahrnummer, 2. Vor- und Zunamen, 3. Geburtstag, 4. Cundes-Mitgliedsbuch-Nummer.

Ab 1. Januar 1926 werden Neuanmeldungen mit Mitbeleite und Zeh nur noch mit genauer Angabe der Bundesbuch-Nummer und ordnungsmäßigem Vereinsstempel angenommen (siehe Bundesfassungen). Die Beitrittsmeldeliste sind bis spätestens 15. Januar 1926 beim 1. Schriftführer, Sportgenossen Aeterling, abzugeben. Nichtbeachtung wird ab 22. Januar 1926 mit Spielverbot bestraft.

Am Montag, dem 4. Januar 1926, finden im „Volksport" eine Vorstandssitzung statt. Dazu werden gebeten:

1. Der Vertreter von Minerva mit Unterlagen im Spiel Niederndodeleben.
2. Der Spieler H. Hettenreich (Giebichenstein).
3. Der Vertreter von Zeitz mit Unterlagen im Spiel Schkeuditz.
4. Der Vertreter von Krollwitz mit Unterlagen in Sachen Adler (Cosmig).
5. Die Spielführer von Sportlust 2. und Minerva 2., dazu der Schiedsrichter Gnesik (Zeitz).
6. Der Spielführer Franz Bertram (Trotha) dazu der Schiedsrichter W. Brandt (Wörmlitz). Wegen Nichterscheinens zur vorherigen Sitzung am 14. Dezember wird der Vertreter von Giebichenstein mit 2 Mark bestraft.

Berichtigung. In Sachen Brachfeld 1. — Lutania 2. ist nicht der Spieler Hille, sondern der Spieler Friedmann (Lutania) mit einer Karte disqualifiziert.

Der Bezirksvorstand hebt hervor, daß die Beschluß des Bezirks-Sportausschusses, wonach am Sonntag dem 20. Dezember, die Vereine und Mannschaften sich an der Demonstration gegen den Fürstenraub nach Möglichkeit beteiligen sollen.

Anläßlich einiger Klagen und Abmachen einzelner Spieler ist die Gesamtmannschaft, welche am 2. Weihnachtsfeiertag nach Burg fährt, wie folgt aufgestellt: Krüllwitz (Krüllwitz), Bittner (Sportbrüder), Geiß (Zeitzerfeld), A. Keil (Trotha), Zillmer (Kraftsport) Sportbrüder (Wörmlitz), Siegel (Giebichenstein), Bohnhardt (Wörmlitz), Bielig (Fichte), Heinrich (Trotha), Kiesler (Kraftsport), Friedrich: M. Fichte, (Zeitzerfeld). Mannschaftsführer ist Sportgenosse O. Curtis (Kittorfia). Abfahrtszeit wird noch rechtzeitig bekanntgegeben. Das Retourspielspiel gegen Burg am 2. Weihnachtsfeiertag in Halle findet nicht statt, es ist auf einen späteren Termin hingelegt. Infolgedessen bleibt für diesen Tag kein Spielverbot.

Die fällige Berichterstattung am 20. Dezember fällt Umstände halber aus und findet bestimmt am 17. Januar 1926 statt. Am Sonntag ist in der Zeit von 5 bis 7 Uhr Zeitschriftenlesen im „Volksport". Nummer 1967. Alle Resultate und Berichte sind in der angegebenen Zeit nach dort zu senden. Insbesondere müssen sich die Handballvereine die Berichterstattung mehr zu eigen machen.

J. A.: Franz Pabst.

Achtung, Schiedsrichter!

Ich lade hierdurch nochmals alle Schiedsrichter zu der am Freitag abends 8 Uhr, im „Jagdschlößchen" Merseburgerstr. 4. stattfindenden Schiedsrichter-Versammlung ein. Unentschuldigtes Fernbleiben wird sinngemäß bestraft. Ferner haben folgende Vereine Prüfungen zu entsenden: Giesleben 2. Bradfeld 1. Krollwitz 1. Lutania 1. Fichte 1. Emmendorf 1. Giebichenstein 2. Gröbers 1. Dölzig 1. Minerva 1. Passendorf 1. Zeitz 1. Zeitz 2. Wird diesem nicht Folge geleistet, dann wird nach § 21 Abs. b der Bundesordnungen verfahren.

W. Kämpfer, Schiedsrichter-Obmann.

Gesellschaftsspiele am 20. Dezember

½2 Uhr Giebichenstein 3. — Emmendorf 3. (Sportlust); 3 Uhr Giebichenstein Jugend — Zeitzer Jugend (Minerva); 11 Uhr Bradfeld Jugend — Lutania Jugend (Diemitz); ½1 Uhr Bradfeld 2. — Lutania 2. (Giebichenstein); 2 Uhr Bradfeld 1. gegen Lutania 1. (Hübler, ASC.); ½3 Uhr Sportlust 2. Jugend — Diemitz Jugend (Kittorfia); 2 Uhr Sportlust 1. Zeitz 1. (Schäfer, Zeitzer); 10 Uhr Fichte Jugend — Sandersleben Jugend (Fichte); ½4 Uhr Gröbers 2. — Sandersleben 2. (Gröbers); 2 Uhr Fichte 1. — Sandersleben 1. (Schulze, Teutonia); 11 Uhr Gröbers 2. — Minerva 3. (Diemitz); ½1 Uhr Gröbers 1. — Zeitz 2. (Emmendorf); ½3 Uhr Gröbers 1. — Zeitz 1. (Herger, Minerva); 12 Uhr Emmendorf 2. gegen Giebichenstein 2. (Bradfeld); ½2 Uhr Emmendorf 1. — Giebichenstein 1. (Kämpfer, Krollwitz); 1 Uhr Minerva 2. — Zeitzer 2. (Zeitz); ½3 Uhr Minerva 1. gegen ASC. 1. (Krüll, Bradfeld); 10 Uhr Kittorfia Jugend — Sportlust Jugend (Zeitz); ½1 Uhr Kittorfia 2. — Diemitz 3. (Zeitz); 2 Uhr Kittorfia 1. — Passendorf 1. (Dietleben).

Arbeiter-Kegelsport, Bezirk Halle

Ersuche um sofortige Meldung der Klubs, wieviel Teilnehmer an den Ausscheidungskegeln zu verteilen sind. Meldungen sind bis spätestens 3. Januar 1926 an den Kegelbruder Hermann Jaue, Halle a. S., Kleine Gelenstraße 4, zu senden.

Die Bezirkssportkommission. W. Jacob.

Ortsgruppe Halle. Am 10. Dezember schob Kegelbruder Karl Schneider vom Kegelklub „Frisch Drauf" auf 50 Kugeln 306 Holz, 45 Spitzen, 12,7 Punkte. Seiner Leistung ein dreifach kräftiges „Gut Holz".

D. B.-S.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Handball

Gesellspiele für Sonntag, den 20. Dezember

1. Klasse. 3 Uhr Zeitz — Emmendorf, Emmendorf (Wolter, Cöthen); 2 Uhr Giesleben — Schwimmer, Giesleben (Klopp, Achilles); 11 Uhr Sportlust gegen Wörmlitz, Sportlust (Kretzner Fichte).

2. Klasse. ½10 Uhr Minerva 1. — Bähnitz 1., Minerva (Krüllwitz); 10 Uhr Cöthen 1. — Fichte 2., Wörmlitz (Merseburg); 11 Uhr Merseburg — Lutania, Wörmlitz (Fichte); Emmendorf spielfrei.

Fortsetzungen. 10 Uhr ASC. — Fichte, Delitzsch (Minerva); 10 Uhr Krollwitz gegen Minerva, Minerva (Schwimmer); 10 Uhr Giebichenstein — Schwimmer, Leipzig (Giesleben).

Gesellschaftsspiele Sonntag, den 20. Dezember

10 Uhr Diemitz — Emmendorf 2., Passendorf (Fichte); 11 Uhr Fichte 3. gegen Meier 2. (Fichte (ASC.).

Zu dem Spiel Wörmlitz Sch. — Wider Sch. um 12 Uhr in Wörmlitz haben die Sportgenossen Heinrich (Minerva) und Bell (Merseburg) zu schiedsrichtern.

Die Vereine werden ersucht, die Spielleiter unseres Spielsaales Dienstag abend bei mir abzugeben. Von dem Spiel Schwimmer — Fichte Sportlerinnen fehlt noch das Formular vom 6. Dezember, bitte selbiges bald zu schicken. Dies den Schwimmern zur Kenntnis.

H. Bernkopf.

Fichte. Am Sonntag, dem 19. Dezember, abends 7 Uhr, bei Teichmann findet die Ausschußsitzung der gesamten technischen Leitung. Sämtliche Vorturner, Turnwarte, Spielleiter und Spielführer haben zu erscheinen.

Turnabteilung. Freitag, den 18. Dezember, nach der Turnstunde Abteilungsversammlung im „Volksport".

Handball. Am letzten Sonntag handen ich Fichte 1. — Schwimmer 1. im Serienspiel gegenüber. Schwimmer waren leider nur mit acht Mann auf dem Platze, so daß ein 11:0 für Fichte herauskam. Fichte war mit einem Mann Ersatz, während vergangenen Sonntag Fichte mit vier Mann Ersatz gespielt hat in Wörmlitz.

Fußballabteilung. Heutigen in der „Sonne" wichtige Sitzung.

Kinderausschuß. Sonntag, den 20. Dezember, 10 Uhr, auf dem Platz Sitzung.

Freier Wasserfportverein, e. V. (Schwimmer). Am Sonnabend, den 19. Dezember, abends 7½ Uhr, findet im Restaurant „Schpot", Berliner Straße, unsere Mitgliederversammlung statt. Für den gesamten Verein steht ab Montag, den 14. Dezember, abends von 7½ bis 8½ Uhr die Turnhalle der Johannesschule zur Verfügung. Mittwoch, 16. Dezember, abends 8 Uhr, bei Grote, Ludwigstraße, technische Sitzung.

Freier Wasserfportverein e. V. Halle (Handball). Sonntag, 20. Dezember, um 2 Uhr, spielt die 1. gegen Fritz auf Mittelfeld, in Mittelfeld in folgender Aufstellung: Oertel, Reinhardt Römer, Mottlek, Hennig 1, Riebel, Paalsch, Diederling, Mon. Hennig 2, Schmelli. Ersatz Will, Otto 1 und 2. Abfahrt wird in der Uebungsstunde bekanntgegeben. Die 2. und Schülermannschaft spielfrei. — Donnerstag alles in der Uebungsstunde erscheinen wegen der Weihnachtsfeier.

Arbeiter-Sportklub Halle. Am Freitag, den 18. Dezember, findet bei dem Sportgenossen Max Müller, Große Schlegenstraße 6, eine außerordentliche Vorstandssitzung statt, wozu hierdurch der erweiterte Vorstand eingeladen ist. Anfang der Sitzung 8 Uhr. Sämtliche Sportwarte, welche Listen im Bezirk aufzulegen haben, werden aufgefordert, bestimmt und pünktlich zu erscheinen, da sehr wichtig.

Arbeiter-Radsportklub, Ortsgruppe Halle. Die für Donnerstag, den 17. Dezember, abgesagte Ausfahrtunde findet doch statt. Die Mitgliederversammlung findet am Dienstag, dem 22. Dezember, statt.

5. Kreis, 4. Bezirk

An alle Turnspielmannschaften

Am Sonntag, dem 20. Dezember, vormittags 8 Uhr, findet eine Sitzung im Schiedsrichterheim für die Turnerspielleiter, Schiedsrichter und Mannschaftsführer statt. Auch können Spieler, welche Interesse daran haben, teilnehmen. Jeder Verein muß vertreten sein. Sonst kann er an den kommenden Serienspielen nicht teilnehmen. Mitgliedsbuch und Zahlbücher sind mitzubringen. Die Mannschaften der Gruppe findet auf dem Sportplatz am Roßbergfort zwischen Bundesmeister und Bezirksmannschaft statt. An diesem Tage ist für alle Mannschaften der Gruppe Zeit von 12 Uhr an Spielverbot.

Bezirkssportleiter.

Arbeiter-Turn- und Sportvereine des 4. Bezirkes!

Sonntag, den 3. Januar 1926, Bezirkssportwartstunde in der Oberrealschule in Zeitz. Beginn derselben 8 Uhr vormittags. Bekanntmachungen des Turnplanes daselbst. Allen Vereinsdelegierten zur Kenntnis, daß das Mitgliedsbuch zwecks Kontrolle mitzubringen ist und zur Teilnahme berechtigt. Die Zurückerstattung erfolgt erst am Schluß der Tagung. Die Vereinsleitungen werden deshalb gebeten, großen Wert darauf zu legen, damit nur solche Turngenossen delegiert werden, welche den Verordnungen entsprechen und durchhalten. Anschließend folgt die Sitzung im Lokal Steinschenke.

Veranstaltungen in Zeitz

Freitag, den 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag): Turnerbund Vereinsvergnügen „Gute Quelle" — Freie Turner Aue im Diana-Saal „Hühnenschaukurven". — Freie Radler Zeitz im „Deutschen Haus" Saalvorführungen und Ball.

Sonnabend, den 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag): Volkschor Konkordia Waldhorn im „Preußischen Hof" Frühkonzert. — Freie Turnerschaft Zeitz im Diana-Saal Weihnachtsfeier der Schülerabteilung.

Donnerstag, den 31. Dezember (Silvester): Turnerbund-Spielmannzug in der „Guten Quelle" Silvester-Vergnügen.

Arbeiter-Schachbund Zeitz. Aus Anlaß des Arbeiter-Schachbundtages in Jena (Oktober 1926), auf den der 6. Kreis gegen den 5. Kreis kämpft, müssen alle die zum 5. Kreis gehörigen Vereine ein Vereinsturnier austragen. Die Kreisspielleitung stellt dann die Spielstärken zusammen und ordnet sie für den Wettkampf in Jena. Unser Vereinsturnier hatte am 1. August begonnen und am 30. November seinen Abschluß gefunden. Gespielt wurden je zwei Partien. Beteiligt waren 15 Spieler. Den ersten Platz konnte auch diesmal unser bleisächtiger Klubgefährte, der Schachgenosse Walter Stephan, wieder einnehmen. Das Resultat der einzelnen Spieler ist folgendes: Stephan 29 Partien, 28:1; Beer 27, 24:3; Stanko 30, 21½:8½; Hemmann 28, 15:13; Jarzetke 24, 13½:10½; Werder 24, 13:11; Feigner 22, 10:12; Thieme 16, 10:6; Steppan 24, 9½:14½; Hermann 2 28, 8:20; Hanke 24, 5:9; Türing 20, 8:15; Berger 15, 4:14; Schmidt 26, 4:22; Barthel 22, 4:18. Anschließend an dieses Turnier kommt das Klubmeisterturnier für 1926 zur Austragung.

Die Spielleitung.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Weißenfels. Monatsprogramm für Januar. Donnerstag, 7. Januar: Politisch-lehrreicher Abend; Sonntag, 10. Januar, vormittags 9 Uhr: Jahresgeneralversammlung (Jugendheim); Donnerstag, 14. Januar: Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Gedenken; Donnerstag, 21. Januar: Unterhaltungsabend, Kino-Abend (Lieder, Vorlesungen, Biographie); Donnerstag, 28. Januar: Liedbücherverteilung. Instruktion. Jugendgruppe trifft sich jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, im Jugendheim. Genossinnen, welche Interesse an Naturlehre haben, leihen Dienstag in der Bürgerschule, Promenade. Wanderungen werden in den Dienstags- und Donnerstags-Zusammenkünften bekanntgegeben. Donnerstags-Zusammenkünfte finden abends 8 Uhr in der Bürgerschule (Promenade) statt. Gäste und Freunde unserer Bewegung sind willkommen.

Gruppenturnfest in Langendorf

Am 6. Dezember fand in Langendorf Gruppenvorturnerstunde mit anschließendem Gruppenturnfest statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahresbericht der Gruppenleitung. 2. Bericht von der Kreisfehrstunde in Gera. 3. Organisation und Veranstaltungen für 1926. 4. Wahlen. 5. Anträge und Verschiedenem.

Zu 1 hebt der Vorsitzende in seinem Bericht hervor, daß bei der diesjährigen Zusammensetzung der Gruppenfunktionäre ein gutes Hand-in-Handarbeiten zu konstatieren sei. Veranlaßt hat die Gruppe im laufenden Jahre: 1. Das Gruppen-Turn- und Sportfest in Weißenfels, welches den erwarteten Erfolg nicht brachte, weil die Beteiligung eine schlechte war. 2. Das Gruppen-Kinder-Turnfest in Langendorf, welches als gelungen zu bezeichnen ist. An der Olympiade in Frankfurt war die Gruppe durch 10 Teilnehmer vertreten. Zu Beginn des Geschäftsjahres zählte die Gruppe 10 Vereine. Ausgetreten sind zwei, ausgeschlossen mußte ein Verein werden, so daß am Jahresschluß 16 Vereine mit 1868 Mitgliedern verbleiben. Turnerische und Sportveranstaltungen werden 287 gelegen. 12 Vereine gehören Arbeiter-Sportkartellen an. Aufgabe der Gruppenleitung ist es, alle Vereine in Kartellen zusammenzufassen. Der Kassenbericht wurde entgegengenommen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Turnwart berichtet über 4 Vorturnerstunden mit einer durchschnittlichen Teilnehmerzahl von 18. 9 Vereine haben seine Turnstunde besucht. Zum Gruppenturnfest sagte er, wenn auch das gesteckte turnerische Ziel erreicht wurde, so trieb doch die Teilnehmerzahl zu wünschen übrig. Es muß in Zukunft mehr gesorgt werden, daß sich die Vereine rege an den Vorturnstunden beteiligen. Der Frau-Vorturnwart berichtet, das Frauenturnen ist zurückgegangen. Nur drei Vereine haben noch Frauenabteilungen. Zwei Turnstunden fanden statt. Im neuen Jahre muß dem Frauenturnen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Nach dem Bericht des Kinderturnwarts ist das Kinderturnen etwas vorwärts gegangen. Sechs Vereine haben Kinderabteilungen, eine Turnstunde wurde abgehalten, woran sich sechs Vereine mit 51 Kindern beteiligten. Im Kinderturnfest beteiligten sich fünf Vereine mit 131 Kindern. Eine Sportlehrstunde fand statt, an der vier Vereine teilnahmen. Für das Kampfrichterwesen muß im neuen Jahre mehr Interesse aufgebracht werden. Die die Mandatsprüfungskommission berichtet, sind anwesend 20 Delegierte, darunter 2 Turnerinnen, 2 von der Gruppenleitung, 1 Vertreter vom Bezirksrat, 6 Vereine sind nicht vertreten. An der hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich acht Sportgenossen.

Punkt 2: Bericht von der Kreisfehrstunde in Gera. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Kreisfehrstunde nicht das gebracht hat, was die Vereine davon erwarteten. Zu Punkt 3: Organisation und Veranstaltungen für 1926 referierte Sportgenosse Bürnicken. Sportgenosse Hilbert gab noch einige Ergänzungen.

4. Die alte Gruppenleitung wird einstimmig wiedergewählt, und zwar wurden hinzugewählt als Kinderturnwart Karl Schmidt (Langendorf), als Jugendleiter Karl Schmidt (Langendorf).

5. Anträge und Verschiedenes. Es sind zwei Anträge eingegangen: 1. Für das Jahr 1926 sind 10 Pf. pro Mitglied Gruppenbeitrag zu entrichten; 2. Bei allen Tagungen sind die Mitgliedsbücher abzugeben, letztere werden am Schluß der Tagung erst zurückgegeben. Beide Anträge wurden einstimmig angenommen. Genossen Hilbert teilt noch mit, daß am 13. und 14. Februar 1926 der Bezirkstag in Treben stattfindet. Am 13. soll eine Besichtung für Vorstandsmitglieder stattfinden. Sportgenosse Köhler macht bekannt, daß am 3. Januar 1926 in Zeitz Bezirksvorturnerstunde mit anschließendem Sportentag stattfindet.

Arbeiter-Turn- und Sportverein 1922, e. V., Hohenmölsen. Hohenmölsen 1. gegen Zeitz 1. 1:3. Nach dem Kreis, wo die Zeitzer beim Spiel auftürmten, hätte man meinen können, sie seien Jäger ein. Indessen war der mit 1:0 in Führung gelegt, mußten sie sich anfangen, um überhaupt etwas herauszuholen. Obwohl sie technisch etwas besser waren wie wir, so konnten sie doch nicht so überzeugen, wie man allgemein erwartet hatte. Zeitz zeigten auch die vielen Ungeschicke, wenn man immer wieder reklamierte, wenn ihr Tor haltwegs in Gefahr kam. Weitere Zeugen hierfür sind das Handmachen im Strafraum und das unfaire Angehen des Gegners mit Ellenbogen Stoßen vor dem Tor. Die in beiden Fällen verhängten Elmeter hätten glatt verwandelt werden müssen, die von H. angewandte Großzügigkeit war in letzterem Falle gar nicht am Platze. Wäre obendrein H. nicht gar so sehr vom Pech verfolgt gewesen, dann wäre wohl ein Unentschieden das allerwenigste gewesen, was für H. herausgekommen wäre. Auch war heute Pech, in der ersten Halbzeit ganz schlecht besetzt, wodurch manche gute Sache unterbunden wurde. Schließlich wurde eben die Mannschaft schon verzettelt abschließt, wodurch 3. immer eine leichte Ueberlegenheit besitzt. Das zum Spiel leistete Pech hatten jetzt das Spiel äußerst flott ein. Auf und ab geht es, die Tore werden hüben und drüben besucht. Für H. spielt bald die erste Ecke heraus, bringt aber nichts ein. Welter geht das Spiel, H. bald leicht, bald schwer, wobei sich noch Kräfte, sich bei 3. kommt das Tor wiederholt in Gefahr, doch wie ihen angeführt, alles scheitert am Pech. Sehr gut dagegen arbeitet die Mitte, ebenso L.-R. Der Halbrechte hätte mehr schießen müssen, sein Schüß ist zu hart, was manches verteilt. S. war bedauerlich eben etwas im Rückstand, was 3. geschickt ausnutzt und etwas in der letzten Spielzeit zum ersten Erfolg kommt. Unentwegt geht es weiter. 3. drängt immer wieder nach vorn, so daß das Tor der H. wiederholt in Gefahr kommt. Zum Ueberfluß ist die Verteidigung nicht reklos auf der Höhe, so daß 3. zum zweitenmal einsenden kann. Hier läßt 3. etwas nach, wodurch H. merklich aufkommt und ebenfalls brenzlige Momente vor dem 3. Tor schafft, wie vorhem umgekehrt. Mit viel Glück und reichlichem Pech der H. hatten diese aber ihr Heilmann rein. Mit 2:0 für 3. geht es in die Pause. Nach Wiederanstoß dasselbe Bild. Auf und ab wogt der Kampf. S. verschenkt einen Handelsmeter, während 3. zum dritten Tor kommt. Trotz H. gestaltet das Spiel immer offener und kommt durch einen gegen 3. verhängten zweiten Elmeter zum 1. Erfolg. Vielleicht angefeuert, konnten die bei Resultat meinstens noch etwas verbessern, doch größtes Pech und die schon angeführten Umstände verteilten alles. Es hieß bei dem Stande von 1:3 zur 3. und daß erlöst der Schluß ist bei guten Schiedsrichter.

Freie Turnerschaft Gießen (Kreisbahn). Resultate vom Sonntag: Gießen 1. gegen Lindenau 1. 2:7 (1:2). Bis Halbzeit ein flottes Spiel; es ging oft über die Karten Gießen hinaus. Der Turnwart von Gießen bekam reichlich zu tun. Lindenau ging zuerst in Führung, doch konnte Gießen bald ausgleichen. Durch einen Fehler des rechten Läufers von Gießen bekommt Lindenau einen 10-Meter-Ball ausgeführten, den Lindenau glatt verwandelt. Es ist dies unseres Erachtens eine Kreisverfehlung, denn Gießen hatte den Ball im Besitz. Vorausnehmen des Balles aus dem eigenen Strafraum ist kein 10-Meter-Ball, sondern eine Strafecke. Halbzeit 2:1 für Lindenau. Kaum waren die Seiten gewechselt, da verließen auch schon der Halbrechte und halbrechte Sturm von Gießen ohne jeden Grund das Spielfeld. Von nun an spielte Lindenau vollständig allein, konnten sie doch noch fünf Tore erzielen, denen Gießen nur noch ein Tor entgegensetzen konnte. Gießen 2. gegen Lindenau 2. 2:3. Ein schönes flottes Spiel. Lindenau gewann verdient. Der Gießener Turnwart leitete das Spiel. Am Sonntag, dem 26. Dezember findet der Gießener angesetzte Hinspiel, in dem der Olympiadesiegen „Die neue Gretchenuhr" gezeigt werden sollte, kann Umstände halber noch nicht stattfinden. Er wird nochmals bekanntgegeben. — Die Generalversammlung findet am Sonntag, 27. Dezember im Gasthof Kane statt. Das für Sonntag angesetzte Jugendspiel Gießen 1. Jugend gegen Lindenau 1. Jugend fällt durch den eingeschobenen Serienspiel aus.

Pleißerin. Spielbezirk vom 13. Dezember. 8. Bezirk: Vormärts 1. Bernburg gegen Sportfreunde 1. Pleißerin. Resultat: 4:0 (0:0) für Pleißerin. Eden 5:2. Am Sonntag, den 13. Dezember, weilte Vormärts 1. Bernburg bei Sportfreunde 1. Pleißerin zum Gesellschaftsspiel. Vormärts traf nur mit zehn Mann hier ein. Punkt 2 Uhr gab Sportgenosse Kruzial (Sandersdorf) den Ball frei zum Anstoß für Vormärts. Es entwickelt sich ein recht flottes Spiel, was gefreute Zuschauer, welches durchgeführt wird bis zur Pause, jedoch ohne etwas Zählbares zu erreichen. Nach Seitenwechsel macht sich eine Ueberlegenheit bei Sportfreunde bemerkbar durch besseres Zusammenspiel. Der Mittelstürmer muß keinen Plan dessen halten. In der 54. Minute ist es Sportfreunde vergönnt, das erste Mal einzusenden. Bei Vormärts wurde gut der 10. Mann ausschieben infolge Verhauung. Trotzdem sehen die Bernburger nicht nach, sondern zeigten ein ruhiges und humanes Spiel bis zum Schluß. Sportfreunde konnte noch drei Tore einsenden. Die Bernburger Mannschaft hinterließ einen guten Eindruck. Schiedsrichter leitete zur vollen Zufriedenheit. Resultat: 4:0 (0:0) für Sportfreunde, Eden 5:2.

Sportgeräte — Sportbekleidung
344 liefert auf bequeme Ratenzahlungen
Paul Sommer, Halle a. d. S., Leipziger Str. 14, I. u. II. Et.

Achtung! Die hallische Arbeiterschaft boykottiert die C.T.- u. Ufa-Lichtspiele!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251216-15/fragment/page=0010